



8. Heft | 25. April 1912

## LUDWIG QUESSEL · ZERSTÖRUNG DER LINKEN MEHRHEIT? · ZUM NATIONALLIBERALEN PARTEITAG

**S**ELTEN nur ist ein Wahlkampf für die Mehrheit, die bis dahin herrschte, mit so großen Verlusten verbunden gewesen wie der Reichstagswahlkampf von 1912 für den konservativ-ultramontanen Block, der fast 3 Jahre hindurch den Gang der innern Politik Deutschlands bestimmte. Der Verlust von 54 Parlamentssitzen, den die in jenem Block vereinigten 5 großen reaktionären Gruppen (Zentrum, Konservative, Reichspartei, Antisemiten und *Bund der Landwirte*) in den Januartagen zu beklagen hatten, war in der Tat ein Sturz von stolzer Höhe. Die Größe dieser Niederlage läßt sich nur recht ermessen, wenn man sich seine Folgen für ein parlamentarisch regiertes Land vergegenwärtigt. Wäre Deutschland eine nach parlamentarischen Grundsätzen geleitete Monarchie, so hätte zunächst das Ministerium Bethmann Hollweg sich durch Stellung einer Vertrauensfrage davon überzeugen müssen, daß seine frühere Mehrheit dahingeschwunden sei wie Schnee vor der Aprilsonne. Durch ein Mißtrauensvotum der neuen Mehrheit gestürzt, hätte der Kanzler des blauschwarzen Blocks in das Dunkel des Privatlebens untertauchen müssen. Die nächste Folge wäre gewesen, daß die Führer der neuen Mehrheit, Sozialdemokraten und Liberale, von der Krone den Auftrag erhalten hätten ein neues Ministerium zu bilden. Da nun das Stärkeverhältnis der liberalen Gruppen zur Sozialdemokratie sich wie 9 zu 11 verhält, so wäre der Sozialdemokratie als stärkster Einheit der neuen Mehrheit die Verpflichtung zugefallen für das neue Ministerium den Reichskanzler zu stellen, der dann die Vorstände der 7 Reichsämtler mit Sozialdemokraten und Liberalen zu besetzen gehabt hätte, und zwar so, daß der Sozialdemokratie als stärkster Partei das Übergewicht in der neuen Reichsregierung gesichert worden wäre. Der Notwendigkeit die Regierung verantwortlich zu leiten hätte sich die Sozialdemokratie auch durch Berufung auf Beschlüsse internationaler Sozialistenkongresse nicht entziehen können, da diese durch ihren großen Wahlsieg ja bereits insoweit überholt gewesen wären als nicht Vertreter der Sozialdemokratie in ein liberales, sondern Vertreter des Liberalismus in ein sozialdemokratisches Ministerium hätten eintreten müssen. Wir hätten also infolge unseres großen Wahlsiegs bei einem parlamentarischen Regime eine sozialistisch orientierte Arbeiterregierung erhalten, wie sie bisher nur im australischen Staatenbund zu verzeichnen war.

Die Rückständigkeit der politischen Zustände Deutschlands kann nun gar nicht besser dargetan werden als durch den Hinweis, daß die im schwarzblauen Block vereinigten Minderheitsparteien trotz ihrer schweren Niederlage sich nach wie

vor als die Herren des Reiches fühlen. Und sie fühlen sich nicht nur als solche sondern sind es auch. Zurzeit ist der direkte Einfluß der neuen Mehrheit auf die Reichsregierung so gut wie null, und ihr indirekter erschöpft sich im Grunde darin, daß die Reichsregierung keine Aussichten mehr hat neue indirekte Steuern bewilligt zu bekommen. Diese zurzeit noch bestehende Einflußlosigkeit der Linken wäre freilich leicht zu beheben, wenn die linksstehenden Parteien sich nicht bloß zu einer Gemeinschaft von Fall zu Fall sondern zu einem wirklich parlamentarischen Block zusammenschließen würden. Eine feste linke Mehrheit könnte durch planvolles Vorgehen sich bald einen maßgebenden Einfluß erobern, der sogar umgestaltend auf die Zustände in Preußen zurückwirken müßte. Die Aussichten eine feste linke Mehrheit zustande zu bringen sind vorläufig allerdings sehr gering. Nicht nur bei den rechtsstehenden Nationalliberalen, auch bei den *sozialrevolutionär* gesinnten Sozialdemokraten stößt der Gedanke eines parlamentarischen Blocks der Linken noch auf lebhaften Widerstand. Wer das Kesseltreiben des Leipziger, Bremer und Berliner *Radikalismus* gegen das aus politischer Notwendigkeit geborene Stichwahlabkommen unseres Parteivorstands beobachtet, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß unsere *Sozialrevolutionäre* einen wahren Schrecken vor dem Gedanken haben, es könnte auch einmal für Deutschland der Tag kommen, an dem wir genötigt wären unsere Stellung in den eigentlich großen Fragen, unbekümmert um alte Traditionen, der politischen Notwendigkeit anzupassen und direkt die Staatsregierung mit zu bestimmen.

So gering nun auch der tatsächliche Einfluß der neuen Reichstagsmehrheit auf die Haltung der Reichsregierung ist, so schließt das nicht aus, daß die rechten Parteien sie wie eine Bedrohung empfinden. Nicht mit Unrecht sagt man sich auf der Rechten, daß bei dem demokratischen Zug der Zeit die Herrschaft von Minderheitsparteien, hinter denen nur  $4\frac{1}{2}$  Millionen Wähler stehen, über Mehrheitsparteien, die  $7\frac{1}{2}$  Millionen Wähler hinter sich haben, auf die Dauer sich schwer aufrechterhalten lassen wird. Man muß dies im Auge behalten, um die Taktik der Rechtsparteien beim Sturz Wermuths und gegenüber den Wirren in der nationalliberalen Partei richtig zu verstehen. Der vollzogene Sturz Wermuths und die drohende Spaltung der nationalliberalen Partei legen gleichermaßen Zeugnis von dem Machtstreben der Rechtsparteien ab, das auf nichts anderes hinausläuft als darauf die frühere Mehrheit wieder zurückzugewinnen und damit das deutsche Volk um den Preis seines unter so großen Anstrengungen errungenen Sieges über die Reaktion zu bringen.

Es ist von hohem politischen Interesse die einzelnen Vorgänge, die zum Sturz Wermuths führten, in ihrem Zusammenhang begreifen zu lernen. Aus den Mitteilungen der *Deutschen Tageszeitung* wissen wir, daß vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags eine Besprechung der Regierung mit den Führern der Rechtsparteien stattfand, bei der Wermuth den Standpunkt vertrat, daß er als Vorstand des Reichsschatzamts auf eine Deckung der jährlich über 100 Millionen Mark erfordernden Wehrvorlagen durch neue Steuern bestehen müsse, daß er aber bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen nicht umhin können werde auf die Erbschaftssteuer zurückzugreifen. Man kann sich leicht vorstellen, mit welchen Gefühlen die Führer der Rechtsparteien diese Eröffnung aufnahmen. Die Erbschaftssteuer, derenwegen man Bülow gestürzt hatte, tauchte wieder drohend am Horizont der Zeiten auf. Wie ein mitternächtiges Gespenst stand sie vor ihren Augen, Unheil und Verwirrung kündend. Gelangte

die Erbschaftssteuer, die Wermuth plante, an den Reichstag, so war das Spiel der Rechten verloren. Die hitzigen Kämpfe, die sie seit 1909 dieser Steuer wegen im Parlament, in Versammlungen und Konferenzen geführt, die Unpopularität, die sie ihretwegen auf sich genommen, die 54 Parlamentssitze, die sie aus diesem Grund verloren hatte: all das waren vergebliche Opfer, wenn Wermuth jetzt den Stein von dem Grab wälzte, in das man 1909 diese Steuer versenkt hatte. Und das schlimmste am Ende war, daß ihnen jetzt die Macht fehlte Wermuth im Reichstag zu stürzen, wie man 1909 Bülow gestürzt hatte. Durch gütliche Überredung Wermuth von seinem Finanzprogramm abzubringen schien gleichfalls aussichtslos. Nach allem, was man von seinem Charakter erfahren, mußte man damit rechnen, daß sich dieser Mann weder durch Drohungen noch durch Lockungen von seinem Plan abbringen lassen werde. Nur ein Weg blieb noch offen dem drohenden Unheil zu entgehen: Man mußte Wermuth im Ministerrat isolieren, ihn in Gegensatz zur Mehrheit des Bundesrats bringen und ihn so zum Rücktritt zwingen. Das konnte um so leichter gelingen als Bethmann Hollweg diesen schwierigen Charakter stets unangenehm empfunden hatte. Und nicht nur Bethmann Hollweg, auch die übrigen Exzellenzen hatten Wermuth immer mit Mißtrauen betrachtet. Obwohl sie seinen Einfluß auf die Entschließungen der Krone möglichst eingeschränkt hatten, indem sie verhinderten, daß er als Staatssekretär zugleich preußischer Minister wurde, hatte er doch von Einem gestürzt und heftige Konflikte erfolgreich mit Tirpitz ausgefochten. Das blauschwarze preußische und das klerikale bayrische Ministerium in einer Front gegen Wermuth und die Erbschaftssteuer zu vereinigen konnte demzufolge nicht schwer fallen. Waren aber einmal die Ministerien der beiden größten Bundesstaaten gegen Wermuth und sein Erbschaftssteuerprojekt, so hatte er sein Spiel im Bundesrat verloren und mußte sang- und klanglos von der politischen Schaubühne abtreten, da ihm die zerklüftete und politisch ungeschulte linke Mehrheit des Reichstags Hilfe nicht beibringen konnte.

Man muß es bewundern, mit welchem Geschick die Rechtsparteien ihren Plan zum erfolgreichen Ende führten, und wie richtig sie alle Faktoren eingeschätzt hatten. Zunächst ließ man die Etatsdebatte herankommen, die Wermuth am 14. Februar mit einer Rede eröffnete, in der er sein Finanzprogramm entwickelte. Rücksichtslos wies Wermuth den Gedanken zurück, daß die für 1912 zu erwartenden Einnahmen ausreichen könnten ohne Erschließung weiterer Steuerquellen die neuen Wehrvorlagen zu decken. Die Rede Wermuths war eine kalte und schroffe Absage an die Rechtsparteien. Mit ätzender Ironie überhäufte er diejenigen, die aus den Zahlenreihen des Etats die tröstliche Zuversicht schöpften, daß wir schon wieder im Gold schwämmen. Er lehne es ab die bisherigen Bahnen zu verlassen und die Deckung neuer Ausgaben der Vorsehung und einem spätern Stadium zu überlassen, in dem das Wasser uns wieder an die Seele gegangen sein möchte«. Wenn noch ein Zweifel bei den Rechtsparteien bestanden hätte, ob Wermuth für ihren Plan zu haben sei die Schuldentilgung auszusetzen, um die Mittel zur Deckung der Wehrvorlage zu gewinnen, so hätten seine Ausführungen sie endgültig zerstören müssen. Da stand ein Mann vor ihnen, der über den Zustand unserer Finanzen reiflich nachgedacht, den Ursachen ihres Verfalls gründlich nachgespürt und ihren Gesundungsprozeß aufs genaueste beobachtet hatte, und der wies es nun stolz von sich den Wünschen der Rechtsparteien zuliebe von dem als richtig erkannten

Weg abzuweichen. Diesen Mann konnte man stürzen, aber nicht zu einer andern Ansicht bekehren. Kein Wunder, daß die Rede des Zentrumsabgeordneten Speck Kampfstimung atmete. Seine Parteifreunde, so erklärte er, würden die Wiedereinbringung der von ihnen im Jahr 1909 abgelehnten Erbanfallsteuer im jetzigen Zeitpunkt »als eine Brückierung derjenigen Parteien betrachten müssen, die das große Opfer gebracht und die Reichsfinanzreform geschaffen haben«. Neue Steuern zur Deckung der Wehrvorlagen seien nicht notwendig. Wermuth habe ein »künstliches Defizit geschaffen«. Rund 180 Millionen ließen sich für die neuen Wehrvorlagen frei machen. »Es muß gehen, und es wird gehen, daß wir die Anforderungen aus den bereits vorhandenen Einnahmen decken können.«

Damit das ging, mußte Wermuth gehen. Um seine Stellung zu untergraben, wurde unmittelbar auf die Kriegserklärung im Reichstag hin eine anonyme, aus Zentrumskreisen herrührende Denkschrift an die Mitglieder des Bundesrats verteilt. Mit einem geschickt gruppierten Zahlenmaterial suchte man darin den Bundesratsmitgliedern klarzumachen, daß die Einführung einer Erbschaftssteuer nicht notwendig, und Wermuths Finanzprogramm für die innere Ruhe des Reiches verderblich sei. Die Mitglieder des Bundesrats haben nun bekanntlich nur ein Amt, aber keine Meinung. Sie sind lediglich Bevollmächtigte der deutschen Staatsregierungen, die nur die Aufträge auszuführen haben, die ihnen von ihren Vollmachtgebern erteilt werden; sie haben nicht nach eigener Ansicht und eigener Überzeugung sich zu äußern und abzustimmen. Um Wermuth im Bundesrat zu isolieren, mußten die Rechtsparteien daher die Ministerien gewinnen, die die Bundesratsmitglieder instruieren und ihnen ihre Haltung vorschreiben. Nun ist aber die Erteilung eines Auftrags an den Bundesratsbevollmächtigten ein Regierungsakt, für den das Ministerium dem Landtag verantwortlich ist. »Die Landtage sind«, wie Fürst Bismarck erklärte, »immer befugt das Auftreten ihrer Minister in bezug auf die Reichspolitik vor ihr Forum zu ziehen und ihre Wünsche den Ministern kundzutun.« Alles kam deshalb darauf an den nötigen Druck auf die Ministerien auszuüben. Die Presse der Mehrheitsparteien des preußischen Landtags forderte in aufgeregten Artikeln von dem preußischen Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg, daß er als Vorsitzender des Bundesrats seinen ganzen Einfluß geltend mache, um das Gespenst der Erbschaftssteuer zu bannen. Gleichzeitig setzte auch die bayrische Zentrums Presse mit scharfen, gegen Wermuth gerichteten Artikeln ein, die sämtlich in dem Nachweis gipfelten, daß es Pflicht der bayrischen Landesregierung sei sich mit aller Macht dem Plan der Wiedereinbringung der Erbschaftssteuer im Bundesrat zu widersetzen. Im Einverständnis mit dem preußischen Ministerpräsidenten unternahm die bayrische Zentrumsregierung den ersten Vorstoß gegen Wermuth. Die für die ersten Tage des März vorgesehene Konferenz der Minister der Bundesstaaten wurde auf ihren Wunsch hinausgeschoben, damit sie Zeit gewinnen konnte bei den Regierungen der maßgebenden Bundesstaaten Einspruch gegen Wermuths Deckungspläne zu erheben. Aber auch in der Öffentlichkeit blieb die Frist bis zum Zusammentritt der Ministerkonferenz nicht unbenutzt. Gegen den halsstarrigen Leiter des Reichsschatzamts, der so bedenkliche Sympathieen für Lloyd Georges halbsozialistische Finanzpolitik zeigte, setzte nun in der Presse ein regelrechtes Kesseltreiben ein. Die Zentrumsorgane verlangten gebieterisch die Verabschiedung Wermuths, und Herr von Zedlitz beschwor im Tag den

Reichskanzler sich schleunigst von diesem Mann zu trennen, der selbst nicht davor zurückschrecken würde die Erbschaftssteuer aus den Händen der Sozialdemokratie entgegenzunehmen. Im Grunde bedurfte es dieser Beschwörung nicht. Der preußische Ministerpräsident wußte schon vorher, was er im Interesse der Mehrheitsparteien des preußischen Landtags zu tun hatte. Für ihn hatte es sich in der Wermuthkrise nur darum gehandelt das Dekorum zu wahren. Nun kam, was kommen mußte. In der stürmischen Ministerkonferenz, die am 14. März in Berlin stattfand, vermochte Wermuth, vom Reichskanzler verlassen, mit seinem Deckungsplan nicht durchzudringen. Er hatte die große Mehrheit des Bundesrats gegen sich. Am Sonnabend den 16. März erfuhr das gespannt aufhorchende In- und Ausland, daß der erste Sekretär des Reichsschatzamts, obwohl er für seine Deckungspläne eine sichere Mehrheit im Reichstag hatte, von dessen Minderheitsparteien auf dem Umweg durch den Bundesrat gestürzt worden sei, ohne daß die neue Mehrheit des Reichstags auch nur den Versuch gemacht hätte sich dagegen aufzulehnen.

Diesem Sieg der rechtsstehenden Minderheitsparteien folgte bald ein zweiter. Seit den Tagen der ersten Präsidentenwahl hatte die rechtsstehende Presse mit allen Mitteln der Drohung, Lockung und liebevollen Mahnung unaufhörlich die nationalliberale Reichstagsfraktion beschworen sich von der Linken nicht umgarnen zu lassen sondern in Wahrung der *großen nationalen Traditionen* nach rechts abzuschwenken. Dazu zeigte man in der nationalliberalen Fraktion freilich wenig Neigung. Man war dort sogar offenbar bemüht das Haus von blauschwarzen Elementen rein zu halten. Den mit Unterstützung des *Bundes der Landwirte* und des Zentrums gewählten Abgeordneten Freiherrn von Heyl und Dr. Becker wurde die Aufnahme in die Fraktion verweigert, und der Abgeordnete Strack-Friedberg wegen seiner Hinneigung zur Politik der *Wormser Ecke* nur als Hospitant zugelassen. Die auf Anschluß nach links drängenden Elemente hatten in der Reichstagsfraktion offenbar die Oberhand. Dieser Zustand stellte für die rechtsstehenden Minderheitsparteien eine offene Gefahr dar. Wenn man auch nach dem Sturz Wermuths jetzt sicher war, daß eine Erbschaftssteuer vorlage von der Regierung aus an den Reichstag nicht gelangen werde, so blieb doch die Gefahr bestehen, daß die linken Mehrheitsparteien den Deckungsplänen der Rechten eine Finanzreform der Linken, in der die Erbschaftssteuer nicht fehlen würde, entgegenstellen konnten. Solange die nationalliberale Fraktion geschlossen zur Linken hielt, war die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß der Reichstag die neuen Wehrvorlagen nur unter der Bedingung annehmen würde, daß ihre Kosten durch eine Erbschaftssteuer gedeckt werden. Bassermann reiste ja im Land umher, um für dieses Projekt Stimmung zu machen. erinnert man sich nun daran, wie sehr gerade eine Erbschaftssteuer des progressiven Ausbaus fähig ist, daß diese Steuer in England im Finanzjahr 1909-1910 im ganzen 434 Millionen Mark einbrachte, welche ungeheure Summe von nur 69 374 Hinterlassenschaften erhoben wurde, daß die englische Progression in letzter Zeit derart verschärft worden ist, daß von einer Hinterlassenschaft von 20 Millionen Mark unter Umständen nicht weniger als 5 Millionen als Erbschaftssteuer erhoben werden können, so wird man das Grauen der großen Kapitalsbesitzer vor dieser *sozialistischen* Steuer leicht begreifen. Selbst wenn diese Steuer sich in ihren Anfängen ziemlich harmlos gibt, schreckt man vor ihr wegen der Möglichkeit ihres weitern Ausbaus nach englischem Muster zurück. Ganz sicher vor dem Schreckgespenst der Erb-

schaftssteuer konnten aber die rechtsstehenden Parteien nur sein, wenn sie durch Sprengung der nationalliberalen Reichstagsfraktion wieder im Reichstag die Mehrheit erlangten. Nach dem Sturz Wermuths wurde dies ihr vornehmstes Ziel. 10 Tage nach der Ministerkonferenz, die zur Verabschiedung Wermuths führte, fand eine Sitzung des Zentralvorstands der nationalliberalen Partei statt, die mit einer empfindlichen Niederlage des linken Flügels endete. Daß zu dieser Palastrevolution der preußisch-hessischen Nationalliberalen gegen Bassermann die Gegner der Erbschaftssteuer die Minen gelegt hatten, kann keinem Zweifel unterliegen, wenn auch dabei viel mehr von der Präsidentenals von der Erbschaftssteuerfrage gesprochen wurde. Die Entwicklung, die der Zwist im nationalliberalen Lager seither genommen hat, die Förderung, die die rechtsstehenden Nationalliberalen durch die konservative und klerikale Presse erfahren, die Vorgänge auf dem nationalliberalen Landesparteitag für Hessen, wo der durch zweifelhafte Neugründungen künstlich gestärkte rechte Flügel die linksstehenden Elemente zu vergewaltigen suchte und schließlich zum offenen Auszug trieb, zeigt uns, daß die auf Bildung einer neuen Mehrheit durch Sprengung der nationalliberalen Partei gerichtete Taktik der Rechten von Erfolg zu Erfolg schreitet. Wie stark sich dabei der Einfluß des preußischen Ministerpräsidenten geltend machen muß, kann man leicht erkennen, wenn man die lange Reihe führender Nationalliberaler sich ansieht, die sich in staatlichen Stellungen befinden. Dazu gesellt sich der gewiß nicht geringe Druck, den das klerikale Ministerium Hertling zurzeit auf die bayrischen Nationalliberalen ausübt.

Es wäre müßig sich im gegenwärtigen Stadium in Betrachtungen zu ergehen, welcher Richtung auf dem nationalliberalen Parteitag am 12. Mai voraussichtlich der Sieg zufallen, oder ob es dort zur Spaltung der Partei kommen wird. Nur darüber sollte man sich klar sein, daß es sich hier um keine rein parteipolitische Angelegenheit handelt, der die anderen Parteien mit ruhiger Gelassenheit gegenüberstehen könnten, sondern um eine Frage von nationaler Tragweite, deren Bedeutung an die Entscheidung des 12. Januar heranreicht. Man braucht nur das leidenschaftliche Interesse zu verfolgen, das die rechtsstehende Presse jeder Phase dieses Kampfes entgegenbringt, um darüber im klaren zu sein. Gelingt es den rechtsstehenden Parteien die Nationalliberalen auseinanderzutreiben oder deren Reichstagsfraktion zum Abmarsch nach rechts zu bestimmen, so ist ihr Werk, das mit dem Sturz Wermuths begann, glorreich vollendet: Die linke Mehrheit ist beseitigt, das Gespenst der progressiven Besteuerung der reichen Erben gebannt, die nationale Schicksalsfrage, ob Deutschland feudal-bureaukratisch oder parlamentarisch-demokratisch regiert werden soll, auf lange hinaus zugunsten der feudal-bureaukratischen Elemente entschieden. Für unsere *sozialrevolutionär* gesinnten Parteifreunde wäre die Beseitigung der linken Mehrheit natürlich wieder ein willkommener Anlaß sich in Prophezeiungen zu ergehen, daß nun endlich eine Periode neuer, verschärfter Klassenkämpfe anbrechen werde. Diese Prophezeiungen sind freilich zu alt und abgenutzt, um auf denkende Parteigenossen Eindruck zu machen. Wir hören sie seit einem Vierteljahrhundert jedesmal, wenn unsere Versuche Deutschland zu demokratisieren durch die überlegene Taktik unserer Gegner vereitelt wurden. Zunächst würde freilich eine Spaltung der nationalliberalen Partei an den bestehenden Zuständen nicht viel ändern, weil die Rechtsparteien ja noch im Besitz der politischen Macht sind, obwohl sie die Mehrheit im neuen

Reichstag verloren haben. Beseitigt wäre nur die Aussicht ihnen allmählich die politische Herrschaft zu entringen. Die Rechtsparteien wären durch Beseitigung der linken Mehrheit in die Lage versetzt ihre Herrschaft ungestört fortsetzen zu können, wobei man nicht einmal zu befürchten hätte, daß sie einen noch reaktionärern Kurs einschlagen würden als bisher. Vorläufig fehlt zum Beispiel ein zwingender Anlaß dem Volk neue indirekte Steuern aufzupacken, da die Einnahmen des Reichs sich zurzeit in aufsteigender Linie bewegen. Auch liegt für sie kein Grund vor das Reichstagswahlrecht zu ändern, weil dies ohnehin infolge der zunehmenden Konzentration der Bevölkerung in industriellstädtischen Wohnplätzen immer mehr den Charakter eines agrarischen Pluralwahlrechts annimmt. Mit einem Wahlrecht, das  $4\frac{1}{2}$  Millionen rechtsstehender Wähler fast genau so viel politischen Einfluß verschafft wie den übrigen  $7\frac{1}{2}$  Millionen, kann sich auch ein ausgesprochener Reaktionär abfinden. Dazu kommt für die rechtsstehenden Parteien die Gewißheit, daß unsere *Sozialrevolutionäre* bei den nächsten Reichstagswahlen gewiß alles daran setzen werden, um zu verhindern, daß ein Wahlabkommen mit den linken Parteien zustande kommt, wodurch bewirkt werden könnte, daß auf die linksstehenden Wähler ungefähr so viele Mandate entfallen wie ihnen bei einem Proportionalwahlsystem zustehen würden. Ernstliche Gefahren aus der Beseitigung der linken Mehrheit drohen nur den Gewerkschaften, die mit einer weiteren Verschlechterung des Streikrechts werden rechnen müssen. Im übrigen werden sich die rechtsstehenden Parteien gewiß bewußt bleiben, daß ein Bogen, den man überspannt, leicht bricht. Das Ergebnis der Beseitigung der linken Mehrheit durch Sprengung der nationalliberalen Partei wird also nicht eine Reihe verschärfter Klassenkämpfe sondern einfach das sein, daß die politische Herrschaft der Rechtsparteien in ihren alten, gewohnten Formen unverändert bestehen bleibt. Die Hoffnung der großen Mehrheit der Nation, daß es jetzt, wo die Linke des Reichstags die Mehrheit erlangt, gelingen könnte das konservative Joch abzuschütteln, wäre dahin.

Noch ist allerdings das Werk der Rechten nicht vollendet. Erst der 12. Mai wird über den Erfolg ihrer Taktik entscheiden. Es ist aber von Wert schon jetzt klar zu sehen, was kommen kann. Vielleicht trägt die Erkenntnis, daß die Palastrevolution der Altnationalliberalen von der Rechten zielklar eingeleitet ist, sogar dazu bei den Widerstand des linken Flügels der Nationalliberalen zu stärken.

XX  
**IVANOE BONOMI · DER TRIPOLISFELDZUG UND  
 DIE ITALIENISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI**



**D**IE Zweifel hat der Krieg zwischen Italien und der Türkei um Tripolis in der sozialistischen Partei Zwietracht gesät und tiefe Beunruhigung in die italienische Arbeiterbewegung getragen. Dennoch wäre es falsch behaupten zu wollen, die Krise, die gegenwärtig den Sozialismus in Italien erschüttert, komme von einer verschiedenen Einschätzung der Kolonialfrage, das heißt es handele sich um einen Meinungsstreit zwischen den Freunden und den Gegnern des Kolonialsystems.

Der italienische Geist neigt nicht dazu sich über rein wissenschaftlich-theoretische Probleme leidenschaftlich zu ereifern. Daher hat zum Beispiel der

Versuch Mondainis, eines sozialistischen Professors, in einer an der Universität Rom gehaltenen Rede die Anschauungen K. Kautskys über Kolonialexpansion zu widerlegen keinerlei Widerhall in der sozialistischen Partei gefunden. Tatsächlich haben nur sehr wenige Sozialisten Mondainis Rede gelesen und sich für oder gegen seine Leitsätze erklärt. Auch unter den sozialistischen Parlamentariern haben sich nur wenige, unter anderen Podrecca und De Felice, offen für eine Kolonialexpansion ausgesprochen, die nach ihrer Meinung gerade durch die Förderung der Ausbreitung des Kapitalismus die Industrialisierung herbeiführen hilft, die wiederum als die notwendige Voraussetzung jedes weitem Fortschritts gelten müsse. Dagegen hat es die große Mehrheit der italienischen Sozialisten abgelehnt die prinzipielle Frage der Kolonialexpansion zu untersuchen und sich darauf beschränkt nach der oder jener Seite hin ein Urteil über die Stellung der Partei gegenüber dem Krieg und seinen Folgen auszusprechen. So haben vor kurzem bei der Kammerabstimmung über den Erlaß, der die Souveränität über Libyen proklamierte, sämtliche sozialistische Abgeordnete, sowohl Bissolati und seine Freunde wie Turati und dessen Anhänger, in gleicher Weise gegen den Erlaß gestimmt, um damit die Verantwortlichkeit der sozialistischen Partei von der der Regierung und der großen Mehrheit des Landes zu scheiden, die die Tripolisexpedition gewünscht hatten.

Der Meinungsstreit spielt sich also nicht etwa zwischen Verteidigern und Gegnern der Eroberung Libyens ab. Er beruht vielmehr nur auf der verschiedenen Art und dem verschiedenen Maß dieser Gegnerschaft. Die sozialistische *Linke* behauptet, diese Gegnerschaft müsse sich in einer fortgesetzten scharfen, ja heftigen Opposition gegen alle Parteien äußern, die den Feldzug gewünscht oder geduldet haben; die *Rechte* meint, sie müsse sich darauf beschränken die Verantwortlichkeit der Partei von der der Regierung zu trennen und die Forderungen der extremen Nationalisten und Militaristen einzudämmen. Wollen wir nun die Gründe dieser verschiedenen Haltung der beiden Gruppen verstehen, so müssen wir zunächst die Gesamtlage und die besondere politische Situation Italiens im gegenwärtigen Augenblick untersuchen.

Das heutige Italien unterscheidet sich stark von dem Italien vor 15 oder 20 Jahren. Damals war das Land wirtschaftlich sehr arm. Die ländliche Arbeiterschaft lebte in wahrhaftem Elend. Alle Versuche die Lebenslage des Proletariats zu heben scheiterten an dem unübersteigbaren Hindernis der allgemeinen Armut und an der feindseligen Haltung der Regierung, die in der Hand der reaktionärsten Parteien lag. Die Staatsfinanzen wiesen ein Defizit auf, und jede zur Lebenserleichterung der unteren Klassen vorgeschlagene Reform zerschlug sich angesichts der Unmöglichkeit im Staatsbudget die erforderlichen Geldmittel bereitzustellen. Unter derartigen Verhältnissen mußte jeder Gedanke an eine Kolonialexpansion als Tollheit erscheinen. Nicht allein die Sozialisten betrachteten ihn damals als schmähsch gegenüber dem Elend in Italien; auch alle bürgerlichen Demokraten bis hinauf zu den neuen industriellen Schichten des Bürgertums hielten ihn für unfruchtbar, schädlich und gefährlich.

Vor etwa 20 Jahren handelte es sich um die Eroberung von Erythrea, einer den meisten unbekanntesten Kolonie im Roten Meer, eine Eroberung, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht ratsam erschien. Die Demokratie in Italien lehnte sich deshalb übereinstimmend in heftiger Opposition



gegen die Regierung auf, die die Eroberung gewünscht und ohne genügende Rüstung in Angriff genommen hatte. So erschien die schwere Niederlage von Adua im Jahr 1896 nicht eigentlich als nationales Unglück; sie stellte vielmehr den Zusammenbruch einer unglückseligen Politik dar, die sich dem Aufstieg der demokratischen Kräfte in Italien widersetzt hatte. Heute liegen die Verhältnisse dagegen anders. Vor allem haben sich die wirtschaftlichen Zustände des Landes aufs tiefste verändert. In weniger als 20 Jahren hat die Landwirtschaft der nördlichen Landstriche an Reichtum die der besten Gegenden Europas erreicht. Ebenso hat die Industrie bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Langsamer hat sich der Süden entwickelt, wo indessen die Wirkungen der ökonomischen Wandlungen der Halbinsel sich ebenfalls in einer Verbesserung der früher unerträglichen Lebenslage der Landbevölkerung geltend machen. Die Finanzen des Staates sind heute, dank der Langmut der italienischen Steuerzahler, die mit die höchsten Steuern zahlen, gesichert genug, um den wachsenden Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens standhalten zu können. Unter solchen Verhältnissen ist ein so harter und bedingungsloser Klassenkampf wie vor 20 Jahren nicht mehr möglich. Damals standen sich quasi zwei einander fremde Nationen gegenüber, die aneinanderprallten und sich in tödlichem Zweikampf trafen; heute dagegen besteht nur der gewöhnliche Klassenkampf, der sich um ganz bestimmte wirtschaftliche und politische Ziele dreht. Damals wünschte das Proletariat die militärische Niederlage aus unversöhnlichem Haß gegen die eigenen Feinde; heute dagegen, unter weniger schlimmen und aufreizenden Zuständen, empfindet es neben den Antrieben zum Kampf auch die Gefühle, die uns daran hindern uns gänzlich von dem geschichtlichen, ethnologischen und politischen Organismus loszulösen, den man *Nation* nennt.

Aber mehr noch. Die Expedition nach Tripolis traf in Süditalien auf eine seelische Verfassung, die von der einstigen sehr verschieden war. Seit 10 Jahren wandern die Landbewohner des Südens in ungeheurer Anzahl aus. Seit mehreren Jahren hat jährlich eine halbe Million Menschen Italien und die Abruzzen verlassen, um das benachbarte Tunis und das ferne Amerika zu bevölkern. Zugleich hat diese ungeheure Auswanderung die wirtschaftlichen Verhältnisse im Süden gebessert. Die zurückbleibenden Landleute konnten gerade ihrer geringern Anzahl wegen die Löhne aufbessern und anständigere Arbeitsverträge abschließen. Die Bauern, die in Amerika Geld verdient haben, sind in diesen letzten Jahren in großer Zahl in ihr Vaterland zurückgekehrt; hier kauften sie von dem jetzt ruinierten Kleinbürgertum ein Feldstück und ein Haus, das sie sofort mit größter Sorgfalt bebauten und vergrößerten. So fangen die Bauern im Süden durch die Auswanderung an aus Sklaven, wie sie es eine Zeitlang waren, die in ihren Landstrichen herrschende Klasse zu werden.

Aber diese starke Auswanderung löste auch neue Empfindungen aus. Die auswanderungslustigen Bewohner des Südens, die schon daran gewöhnt sind mehrmals in ihrem Leben die Überfahrt über das Meer zu machen, sind natürlich auch Freunde der Kolonisation. Die Kolonialexpansion, die Eroberung neuer benachbarter Landstriche entspricht ihren lebhaftesten Wünschen. Und da es sich um Tripolis handelte, das an Tunis grenzt und so nahe bei Sizilien liegt, war ihre Begeisterung noch selbstverständlicher und spontaner. Daher also steht im Gegensatz zu den Vorgängen vor 16 Jahren

bei der Eroberung Erythreas das Proletariat des Südens der Kolonialexpansion nicht feindlich gegenüber, und daher sind die demokratischen Kräfte in Italien weniger geneigt sich außerhalb der nationalen Solidarität zu stellen und die Veranstalter der Tripolisexpedition zu bekämpfen.

Auch die politische Lage Italiens muß einer Untersuchung unterzogen werden. Als 1894 und 1896 die ganze italienische Demokratie, Demokraten, Republikaner und Sozialisten, gegen die Regierung kämpfte, die den Krieg gegen Abessinien führte, war Crispi am Ruder, dessen Politik darauf hinausging die radikalen Parteien und besonders die Sozialisten zu vernichten. Daher ist es wohl zu verstehen, daß die Opposition dieser Parteien leidenschaftlich und unversöhnlich sein mußte. Die gegenwärtige Situation ist indessen ganz anders. Die vereinten konservativen Mächte haben in Italien sehr an Boden verloren, besonders nach der Überspannung der Reaktion von 1898. Seit dieser Zeit trat eine Stärkung der Parteien der Linken und der Extrem-linken ein.

Bei der letzten Regierungskrise wünschte Giolitti nicht nur, daß die Radikalen einige wichtige Ministerposten übernehmen, er wandte sich auch an Bissolati und forderte diesen auf ins Ministerium einzutreten. Das Programm für dieses Bündnis zwischen der bürgerlichen Linken und dem sozialistischen Proletariat sollte in folgenden 2 Punkten bestehen: staatliche Monopolisierung der Lebensversicherung, um dadurch 1. die kapitalistische Spekulation in diesem Gewerbe zu unterdrücken und 2. die Profite für die Arbeiterversicherung zur Verfügung zu haben; ferner allgemeines Männerwahlrecht. Diese beiden Reformvorschläge, von denen der erste bereits verwirklicht ist und der andere es innerhalb weniger Monate sein wird, erwarben der Regierung die warme Zustimmung aller Sozialisten ohne irgendwelche Ausnahme. Auch diejenigen, die es für unzulässig hielten, daß ein Sozialist die Verantwortung der Regierungsgewalt auf sich nähme, erklärten sich bereit die Regierung gegen ihre konservativen Gegner zu unterstützen.

Nun aber kam der italienisch-türkische Krieg. Die Regierung gab, obwohl sie notorisch nicht zu einer Politik der Kolonialexpansion neigt, Erwägungen internationaler Natur Raum und unternahm die Eroberung von Tripolis. Angesichts dieser neuen Tatsache, die das organisierte Proletariat vergebens durch einen wenig glücklichen politischen Generalstreik zu verhindern gesucht hat, ist in der Situation der Parteien eine Veränderung eingetreten. Die Konservativen, die froh sind, daß der Krieg Ideen und Gefühle wieder zu Ehren gebracht hat, die schon sehr geschwächt schienen, nähern sich der Regierung und suchen sie zu überzeugen, daß sie sich ihnen zuwenden müsse. Die Sozialisten, so argumentieren sie, haben mit ihrem Generalstreik eine antipatriotische Stellung eingenommen und müssen also von der übrigen Nation getrennt bleiben; sie (die Konservativen) dagegen sind bereit die Regierung in ihrem Unternehmen zu unterstützen und ihr jede moralische Zustimmung zu gewähren, deren sie bedarf. Die Regierung scheint bisher diese Lockrufe nicht allzusehr zu beachten und geht ihren Weg, indem sie das mit den Sozialisten vereinbarte Programm zur Durchführung bringt. Indes, wie lange wird sich ein solches Wunder aufrechterhalten lassen: eine Regierung, deren eigentliche Freunde in Opposition zu ihr stehen und deren eigentliche Feinde mit ihr verbündet sind?

Diese Lage der Dinge und die geschilderte politische Situation vermögen nun das verschiedene Verhalten der Sozialisten beider Flügel zu erklären. Die sozialistische *Rechte*, die Bissolati führt, hält es für unzumutbar und unpolitisch eine heftige Agitation gegen den Krieg und eine scharfe Opposition gegen die Regierung zu entfalten. Eine populäre Agitation ist ihrer Meinung nach unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Italien, die von denen des Jahres 1896 sehr abweichen, nicht anzufachen. Heute ist es nicht möglich, außer bei den organisierten Arbeitern des Potals, die der afrikanischen Eroberung feindlich gegenüberstehen, im italienischen Proletariat Zustimmung zu einer solchen Agitation zu finden. Und selbst im Potal, wo der Klassenkampf durch die größere Reichtumsentwicklung mehr der Norm entspricht, ist eine revolutionäre Opposition nicht plötzlich zu entfesseln. Deshalb könne und müsse man zwar die Verantwortlichkeit der Sozialisten von der der Regierung trennen, aber man dürfe nicht wagen eine Haltung anzunehmen, die keinerlei Aussicht auf Erfolg hätte. Ferner behauptet die sozialistische *Rechte*, es wäre unzumutbar eine andere politische Situation zu schaffen. Gegenwärtig überwiege die Macht der Linken, und eine Regierung, die sich auf das Kleinbürgertum und das Proletariat stütze, habe starke Aussicht sich lange am Ruder zu halten und, sobald der Krieg erst beendet ist, für die arbeitenden Klassen wertvolle Aufgaben zu lösen. Bekämpfe man dagegen die Regierung und treibe sie so in die Arme der Konservativen, so zerstöre man diese günstige Situation, um an ihrer Stelle eine den demokratischen Interessen widerstrebende entstehen zu lassen. Auf alles dies antworten die *Linkssozialisten* mit einem äußerst einfachen Rasonnement: Die Sozialisten seien Gegner des Krieges; also müßten sie, um ihre Ideale aufrechtzuerhalten, sich mit aller Kraft gegen diejenigen wenden, die den Krieg begonnen haben oder dafür verantwortlich sind, selbst auf die Gefahr hin sich zu isolieren und eine Wiederherrschaft der Konservativen zu erleichtern.

So resultiert also der Meinungsstreit nicht aus einer verschiedenen Einschätzung der Kolonialpolitik sondern nur aus einer verschiedenen Haltung gegenüber der Regierung und den anderen Parteien. Die *Linkssozialisten* wollen des Krieges wegen jedes Zusammengehen mit den anderen Parteien und mit der Regierung aufheben, sich im Land isolieren, gegen die Konservativen wie gegen die Demokraten kämpfen, sich in die gleiche Opposition gegen alle stellen, die den Krieg gewünscht oder geduldet haben. Die *Rechtssozialisten* dagegen glauben nicht, daß es angezeigt sei einer bereits vollendeten und jetzt nicht mehr umzustößenden Tatsache wegen, wie sie das Tripolisunternehmen darstellt, die Arbeit von Jahren zu vernichten, und wollen deshalb die Demokratie nicht von neuem den Konservativen in die Arme treiben sondern lieber in Zusammenhang mit ihr bleiben, um neue Stellungen erobern zu können, wenn im nächsten Jahr statt 3 Millionen Wähler deren 7 Millionen an die Wahlurne treten werden.

Wie wird dieser Meinungskampf, der immer ernster zu werden droht, schließlich ausgehen? Sicher wird der kommende Parteitag von Reggio Emilia das Entscheidungswort sprechen. Und vielleicht wird es das scharfe Wort *Trennung* sein. In der Tat glaube ich, ohne hier Prophezeiungen aussprechen zu wollen, daß die Vereinigung zweier Gruppen von so verschiedener politischer Taktik in einem Parteiorganismus auf die Dauer schädigend für die Lebenskraft der Partei sein muß. Die *Linkssozialisten* könnten, in ihrer Pro-

pagandatätigkeit ungehemmt, ihre Aufgabe die Massen zu revolutionieren besser erfüllen. Die *Rechtssozialisten* könnten, von den alten Formeln der Intransigenz nicht mehr behindert, einen immer unmittelbarern und tiefergehenden Einfluß auf die Regierung gewinnen. Das Problem wird nun im wesentlichen darin liegen, daß man solche Vereinigungsformen zu finden sucht, die es auch nach vollzogener Trennung der einen Gruppe unmöglich machen die Erfolge der andern aufzuhalten.

XX  
**AUGUST KOLB · WAHLREFORM ODER NEUEINTEILUNG DER REICHSTAGSWAHLKREISE?**

**R**EI den letzten Reichstagswahlen hat es sich gezeigt, daß der Stimmenzuwachs der Linksparteien die Zunahme der Wahlberechtigten noch überflügelt hat; denn während jetzt gegenüber 1907 nur 1 091 047 mehr Wahlberechtigte existierten, betrug die Zunahme der für die Linksparteien abgegebenen Stimmen seit 1907 1 317 570. Ich gebe nachstehende Tabelle, um die Wahlresultate recht anschaulich zu machen und um die Zunahme (+) oder den Rückgang (—) der einzelnen Parteien seit den Wahlen von 1907 aufzuzeigen, habe dabei indes die Wilden und Unbestimmten, die 1,5 % der Gesamtheit ausmachen, ganz ausgeschieden.

Linksparteien		Mittelparteien		Rechte und Ultramontane	
Sozialdemokratie	4 250 329 (+)	National-liberale	1 672 619 (+)	Zentrum	2 035 290 (—)
Fortschrittliche Volkspartei	1 528 886 (+)	Polen	441 732 (—)	Konservative	1 129 274 (—)
Demokratische Vereinigung	29 444 (+)	Welfen	90 607 (+)	Reichspartei	370 387 (—)
Dänen	17 289 (+)	Elsässer und Lothringer	104 930 (+)	<i>Wirtschaftliche Vereinigung und Reformpartei</i>	356 375 (—)
		Bayrischer Bauernbund	48 219 (—)		
		Deutscher Bauernbund	29 148 (+)		
		Litauer	6 227 (+)		
<b>Gesamtstimmen</b>	<b>5 855 948</b>	<b>Gesamtstimmen</b>	<b>2 393 486</b>	<b>Gesamtstimmen</b>	<b>3 891 326</b>
Prozentanteil 1912	47,9	Prozentanteil 1912	18,6	Prozentanteil 1912	31,9
Prozentanteil 1907	40,0	Prozentanteil 1907	16,9	Prozentanteil 1907	38,0

Die Linksparteien stehen also 1912 nur um 428 864 Stimmen oder um 2,6 % hinter den beiden anderen Gruppen zurück. Da von den Neuwählern immerhin ein bestimmter Prozentsatz auf die Mittelparteien, ein kleiner Teil auch auf die Rechtsgruppen entfällt, so ergibt sich, daß über ¼ Million alter Wähler ihr Votum für die Linksparteien abgaben: ein Zeichen für die wachsende Demokratisierung. Heute überwiegen die Linksparteien die Rechtsparteien um die Hälfte, und es ist anzunehmen, daß bei gleicher Entwicklung die nächsten Wahlen den Linksparteien fast 60 % der Gesamtstimmen eintragen werden, während Rechte und Zentrum nur noch ein Viertel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen werden; der Rest verbleibt den Mittelparteien. Bei der Erörterung meines Themas ist es nötig festzustellen, daß die weitere Entwicklung

diese Perspektiven eröffnet. Selbst eine Steigerung der Wahlbeteiligung ändert das Resultat nicht mehr wesentlich, weil sie sich durchschnittlich nicht über 90 % stellen wird. Mit meiner Zusammenstellung der Parteien in obige 3 Gruppen dürfte ich die jetzige politische Situation und die voraussichtliche Entwicklung ziemlich richtig skizziert und wohl auch dem Vorwurf zu optimistischer Auffassung vorgebeugt haben.

Dem Reichstag liegen bereits Anträge auf Einführung der Verhältniswahl von den Sozialdemokraten und der fortschrittlichen Volkspartei vor. Letztere stellte schon 1903 einen Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise, den jetzt die Nationalliberalen aufnahmen. Petitionen dafür haben außerdem der *Hansabund* und der deutsche Städtetag eingereicht.<sup>1)</sup> Seit dem Bestehen des Reiches hat eine Vermehrung der Bevölkerung um 25 Millionen oder um 66 % stattgefunden, aber diese Vermehrung kommt in der gesetzmäßigen Vertretung nicht zum Ausdruck, obwohl das Gesetz auf je 100 000 Seelen 1 Abgeordneten vorschreibt. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 1912 14 441 777, also kommen auf den Durchschnitt eines Wahlkreises, analog der gesetzlichen Seelenzahl, 21 900 Wähler. Doppelt so viele Wähler, bis zu 15facher Seelenzahl, also über 44 000 bis 338 798 (Teltow) Wahlberechtigte sind bei der Wahl 1912 in 68 Kreisen vorhanden, 1½ mal so viel, also über 33 000 bis 44 000 Wähler zählen 84 Kreise. Das sind alles städtische Wahlkreise. 22 000 bis 33 000 Wähler zählen 178 Kreise und der Rest, 67, meistens ländliche Wahlkreise, hat unter 22 000 bis herab auf 10 709 Wähler. In den letzten 2 Kategorien ist eine Anzahl von Wahlkreisen, die stagnieren oder abnehmen. Jede weitere Wahl verschiebt diese krassen Unterschiede der Wahlkreise in Bevölkerungszahl und Wählerschaft noch stärker. So hat der Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg in 5 Jahren allein eine Zunahme von über 90 000, Hamburg III von 46 000, Niederbarnim von 40 000, Düsseldorf von 24 000, Berlin VI von 24 000, Recklinghausen von 23 000, Leipzig-Land von 22 000, Dortmund von 20 000 Wählern usw. Es haben also einzelne Wahlkreise so starke Wählerzunahmen wie die Durchschnittswählerzahl des Reiches beträgt, mit anderen Worten: Es wächst in 5 Jahren eine Anzahl neuer Wahlkreise aus einzelnen Wahlkreisen heraus. Die Vergleiche der Unterschiede ganzer Provinzen des Ostens mit solchen des Westens oder Mitteldeutschlands sind ja bekannt. Ebenso bekannt sind andererseits auch die Vergleiche der Steuerlastenträger, der Städte mit ländlichen Gegenden, von denen letztere nur ein Drittel der Steuern aufbringen, aber zwei Drittel der Reichstagsmandate besitzen.

Man versucht das jetzt bestehende Pluralwahlrecht zu verteidigen (nicht nur die Reaktion, sogar der Reichskanzler hat jüngst im Reichstag dafür eine Lanze gebrochen), indem man die genaue Bestimmung des Gesetzes über das gleiche Wahlrecht dahin zu interpretieren sucht, daß nicht die *Zahl*, sondern das *Land*, soll heißen der Grundbesitz, zu berücksichtigen sei. Diese von den Reaktionen inspirierte Einflüsterung bei der Regierung, die zu durchsichtig ist, würde aber die Einschätzung der Bevölkerung bei der Gründung des Reiches, worauf sogar ein Bismarck wohlweislich Rücksicht nahm, desavouieren. Denn

<sup>1)</sup> Ich verweise auf die vorzügliche Denkschrift des Städtetags, in der der Referent auf der Posener Tagung / 1911 /, Dr. Merkt-München, die Ungleichheit der Wahlkreise nach jeder Richtung hin beleuchtet hat und eine Zusammenstellung davon, allerdings nach den Ziffern für die Wahlen von 1907, gibt.

zur Zeit der Gründung des Reiches hat man die *Zahl* in den Kriegen sehr nötig gehabt. Dieser Tatsache muß man eingedenk sein. Heute, nach wenig mehr als 40 Jahren, glaubt man ihren Wert minder hoch einschätzen zu dürfen: im Hinblick auf die politische Entwicklung, nach meinem Dafürhalten, eine sehr gewagte Spekulation.

Wahlreform oder Neueinteilung der Wahlkreise wurden im Lauf dieser 40 Jahre von einer ganzen Reihe von Anträgen oder Vorschlägen behandelt. Ein Beweis, daß nur die Regierung und nicht das Volk die 40jährige wirtschaftliche Entwicklung ignoriert hat. Nie sind diese Anregungen verstummt, vielmehr haben sie immer bestimmtere Formen angenommen. Man wende nicht ein, daß Wahlfragen über den Parteien stehen, beeinflußt werden solche durch Parteirücksichten immer. Die neuen Wahlgesetze der Einzelstaaten sind Beweis genug. Was aber jetzt im Reichstag verlangt wird, das ist nicht nur Parteifrage sondern würde die Abschaffung eines Unrechts, die Gleichstellung aller Schichten der Bevölkerung bedeuten. Denn, daß zwei Drittel der Gesamtheit, die industriell-städtische Bevölkerung, nur zu zwei Fünfteln Anteil an legislativem Einfluß hat, während das eine Drittel, die ländliche Bevölkerung, zu drei Fünfteln daran beteiligt ist, ist nicht zu verteidigen. Dazu kommt, daß sich die ökonomische Entwicklung noch sehr rapide zuungunsten der Landbevölkerung steigert. Daraus resultieren die Vorschläge in den 40 Jahren. Es erübrigt sich sie alle aufzuzählen, da ein Teil durch die Entwicklung überholt ist, ihre prinzipiellen Forderungen und Gedanken aber, variiert, sich in den neuen Vorschlägen wiederfinden. Es sollen hier nur die wichtigsten dieser Anregungen besprochen werden. Einer dieser Vorschläge stammt von mir, und ich halte es deshalb für nötig von vornherein meine persönliche Stellung zu präzisieren.

Prinzipiell stehe ich auf dem Boden der Partei, unterstütze somit in erster Linie die *Verhältnismahl* ohne Klauseln, die ich für das gerechteste Wahlsystem halte. Sie gibt jeder Partei, was ihr gehört und scheidet die Stichwahlen aus: ein sicherlich hoch zu veranschlagender Vorteil. Unter den verschiedenen Proportionalwahlsystemen steht die *reine* Proportionalwahl an erster Stelle, weil sie den Sinn der Wahl am meisten trifft. Ein solches System hat Genosse Josef Bloch aufgestellt<sup>2)</sup>, und es ist schon deshalb richtig, weil die Sozialdemokratie bei ihrem Antrag nur diese Art der Verhältnismahl im Auge hat, was natürlich nicht ausschließt, daß sie auch einer Verhältnismahl in anderer Form zustimmen würde, vorausgesetzt, daß sie eine Verbesserung des jetzigen Wahlrechts darstellt, demokratisch wirkt, also nicht gegen das Grundprinzip unseres Reichstagswahlrechts verstößt. Die Besonderheit des Bloch'schen Systems besteht darin, daß die Anzahl der Abgeordneten einer jeden Partei selbstverständlich proportional ihrer Wählerzahl ist, daß aber die Nominierung der Kandidaten Sache der einzelnen Wahlkreise bleibt, und die Zusammensetzung der Fraktion auch die einzelnen Richtungen innerhalb der Partei widerspiegelt: Der Einfluß der Parteizentralen wird also nicht (wie bei anderen Proportionalssystemen) verstärkt, vielmehr wird der Föderalismus innerhalb der Parteien begünstigt.

Die reine Verhältnismahl besteht in folgendem: Die Anzahl aller Wählerstimmen wird durch die Zahl der Mandate geteilt, das Ergebnis zeigt an, wie-

<sup>2)</sup> Siehe Bloch *Für ein proportionales Wahlverfahren im Sozialistischen Akademiker*, 1896, pag. 541 ff.

viel Wählerstimmen auf ein Mandat fallen. Sodann werden die Stimmen aller Parteien aller Wahlbezirke addiert. Mit der Summe der Durchschnittswählerstimmen wird in die erzielte Gesamtzahl jeder einzelnen Partei dividiert; dieser Quotient bedeutet die Anzahl der Mandate, die der Partei zukommt. Bei jeder neuen Wahl sind die Teilungsziffern, gemäß der Entwicklung, neu zu ermitteln. Da bei jeder Teilung mit den Quotienten in die Stimmenzahl jeder einzelnen Partei ein Bruchteil bleibt, und dadurch die vollständige Mandatzahl nicht erzielt wird, bleibt somit ein kleiner Rest von Mandaten unbesetzt. Dieser Rest wird unter die größten Bruchziffern aller Parteien aufgeteilt, um die vollständige Mandatziffer zu erreichen, und damit auch die Zahl aller abgegebenen gültigen Stimmen, mit Ausnahme der zersplitterten, ihre Verwendung findet. Um dies Wahlverfahren verständlicher zu machen, möge nachstehende Tabelle dienen, bei der die Resultate der letzten Reichstagswahl 1912 zugrunde gelegt sind.

Partei	Stimmenzahl 1912	Die Stimmenzahl durch den Quotienten geteilt ergibt nebst Bruchteil	Parteien, bei denen Bruchteile berücksichtigt werden	Demnach erhält jede Partei nach der Verhältniswahl	Dagegen haben die Parteien 1912 erhalten	Sie besitzen also gemäß ihrer Stimmzahl zu wenig (-) oder zu viel (+) Mandate
Sozialdemokraten	4 250 329	138,1	—	138	110	— 28
Zentrum	2 035 290	66,1	—	66	92	+ 26
Nationalliberale	1 672 610	54,3	—	54	43	— 11
Fortschrittliche Volkspartei	1 528 886	49,7	+ 1	50	43	— 7
Konservative	1 129 274	36,6	+ 1	37	45	+ 8
Polen	441 736	14,3	—	14	18	+ 4
Reichspartei	370 387	12,03	—	12	13	+ 1
Wirtschaftliche Vereinigung	198 058	6,4	+ 1	7	4	— 3
Antisemiten	99 319	3,2	—	3	6	+ 3
Welfen	90 607	2,8	+ 1	3	5	+ 2
Elsässer	68 565	2,1	—	2	4	+ 2
Bund der Landwirte	58 998	1,9	+ 1	2	2	—
Wilde	48 638	1,5	+ 1	2	4	+ 2
Bayrischer Bauernbund	48 219	1,5	+ 1	2	2	—
Unbestimmt	37 654	1,2	—	1	—	— 1
Lothringer	36 356	1,1	—	1	3	+ 2
Demokratische Vereinigung	29 444	0,9	+ 1	1	—	— 1
Deutscher Bauernbund	29 148	0,9	+ 1	1	2	+ 1
Dänen	17 289	0,6	+ 1	1	1	—
Litauer	6 227	0,2	—	—	—	—
insgesamt		387 Mandate; fehlen 10, die auf die größten Bruchteile verteilt werden.	10 Man- date	397	397	

Die Zusammenstellung ergibt, daß die Sozialdemokratie und alle liberalen Parteien zu wenig Mandate, alle Rechtsparteien und das Zentrum nach Maßgabe der erzielten Stimmen zu viele Mandate besitzen, daß hier also die Verhältniswahl den gerechten Ausgleich schaffen würde, ohne eine Partei zu privilegieren. Somit hätte die Wahl 1912 nach dem reinen Verhältniswahlssystem, analog den Stimmen der Linksparteien auf meiner 1. Tabelle und unter Hinzurechnung der jungliberalen Abgeordneten aus der nationallibe-

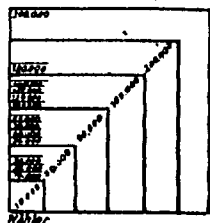
ralen Fraktion, eine wirkliche Linksmajorität gebracht. Daß eine solche durch die jetzige Wahlkreiseinteilung illusorisch ist, zeigen die Verhandlungen des Reichstags.

Seit dem Vorschlag Blochs ist die Proportionalwahl, abgesehen vom Ausland, in deutschen Bundesstaaten, wenn auch in verschiedenen Formen, schon zur Einführung gekommen. Darauf ausführlich einzugehen würde hier zu weit führen. Ich nenne nur die Gewerbegerichts- und die Gemeindewahlen in Bayern, wo in allen Gemeinden über 4000 Einwohner die Verhältniswahl besteht, und zwar mit Stimmenhäufung und dem Recht, daß verschiedene Parteien ihre Listen verbinden, um dadurch bessere Erfolge zu erzielen. Der badische Landtag hat die Verhältniswahl einstimmig beschlossen, auch alle nichtklerikalen Parteien des bayrischen Landtags verlangen den Proporz. Es bestehen also verschiedene Formen der Verhältniswahl, und da die fortschrittliche Volkspartei (nachdem Naumann, ihr geistiger Inspirator, seine Gegnerschaft aufgegeben hat), im Reichstag auch die Verhältniswahl fordert, dürfte der Vorschlag der *Frankfurter Zeitung* mit den Ansichten dieser Partei identisch, vielleicht sogar von ihr veranlaßt sein. In Form einer Broschüre liegt nämlich eine Artikelserie der *Frankfurter Zeitung* vor, die die reine Verhältniswahl, das ganze Reich ein Wahlkreis, dahin abändern will, daß der Proporz nur im Rahmen bestimmter und möglichst kleiner Wahlbezirke ausgeübt wird. Dieser Vorschlag soll die lokalen Verhältnisse mehr berücksichtigen, trägt aber schon wieder den Keim zu Kompromissen in sich, bringt also zur Hintertür die Stichwahlkorruption wieder herein. Bei Einteilung in viele abgegrenzte, kleine Wahlbezirke würde die Gesamtzahl der Abgeordnetenmandate auch eine Schwierigkeit bilden, da der alte Zustand der Bevölkerungsdichte nicht genügend berücksichtigt wird. So kommen heute in der Provinz Ostpreußen auf 1 Abgeordneten 121 433, im Königreich Sachsen 208 804, in der Provinz Westfalen 242 700 Seelen. Diese Frage müßte im Sinn der Zukunftsentwicklung geregelt werden, mindestens sollte eine periodische Neuregelung vorgesehen sein.

Die Sozialdemokratie will dagegen die reine Verhältniswahl: Jeder Partei so viele Mandate wie ihr gemäß der erzielten Stimmenzahl zukommt. Auf Grund der verschiedenen bestehenden Verhältniswahlssysteme bekommen auch die Vorschläge für Neueinteilung der Wahlkreise Bedeutung. Die nebenstehende Karte gibt ein anschauliches Bild von der Ungleichheit der Wahlkreise und nach dem neuen Wahlresultat eine klare Übersicht darüber, welche Parteien am meisten unter dem Mißverhältnis zu leiden haben. Zu der Neueinteilung liegen mehrere Vorschläge vor, wohl schon deshalb, weil für diese Änderung eine größere Wahrscheinlichkeit besteht. So haben Barth, von Gerlach, Blaustein usw. besondere Artikel als Hinweis auf die notwendigen Änderungen gebracht und neuerdings Jellinek, die *Münchener Neuesten Nachrichten*, der *Mannheimer Generalanzeiger* usw. 1892 erschien von Pfitzer eine Broschüre darüber, die jedoch undiskutabel ist; aus dem Jahr 1911 liegen 3 Broschüren vor: von Wieland, Schöbel und mir. Wieland will den Abstimmungsproporz, das heißt Abgeordnete sind nach Zahl und Gewicht ihrer Stimmen nicht mehr gleichberechtigt sondern erhalten Stimmrecht nach dem Verhältnis der auf sie entfallenen Stimmen. Die Abstimmung im Reichstag erfolgt nicht mehr nach der Kopffzahl der Abgeordneten sondern nach dem Stimmwert eines jeden, also Ungleichheit der Abgeordneten statt Ungleichheit der Wahlkreise.



Maßstab:



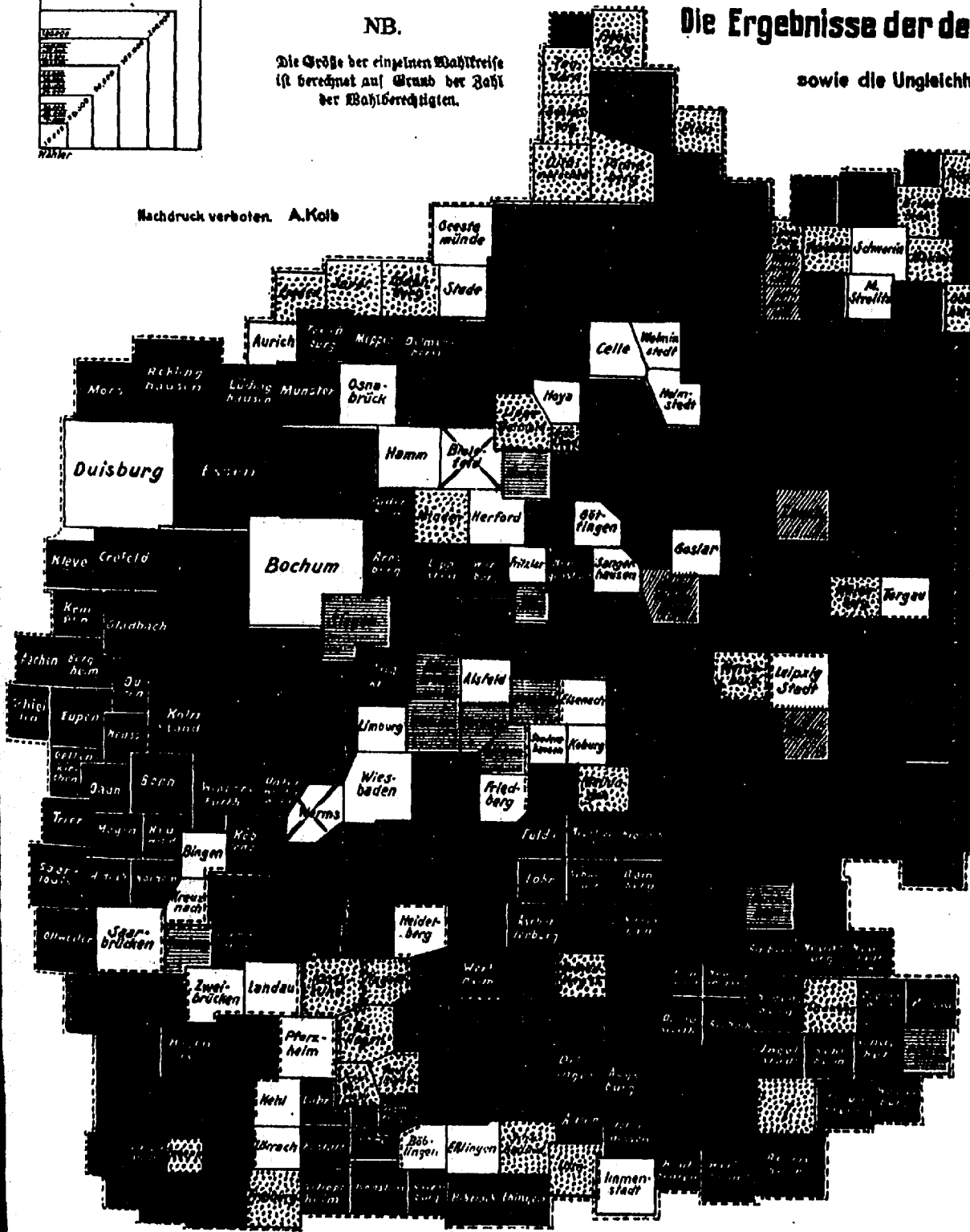
NB.

Die Größe der einzelnen Wahlkreise ist berechnet auf Grund der Zahl der Wahlberechtigten.

# Die Ergebnisse der deu...

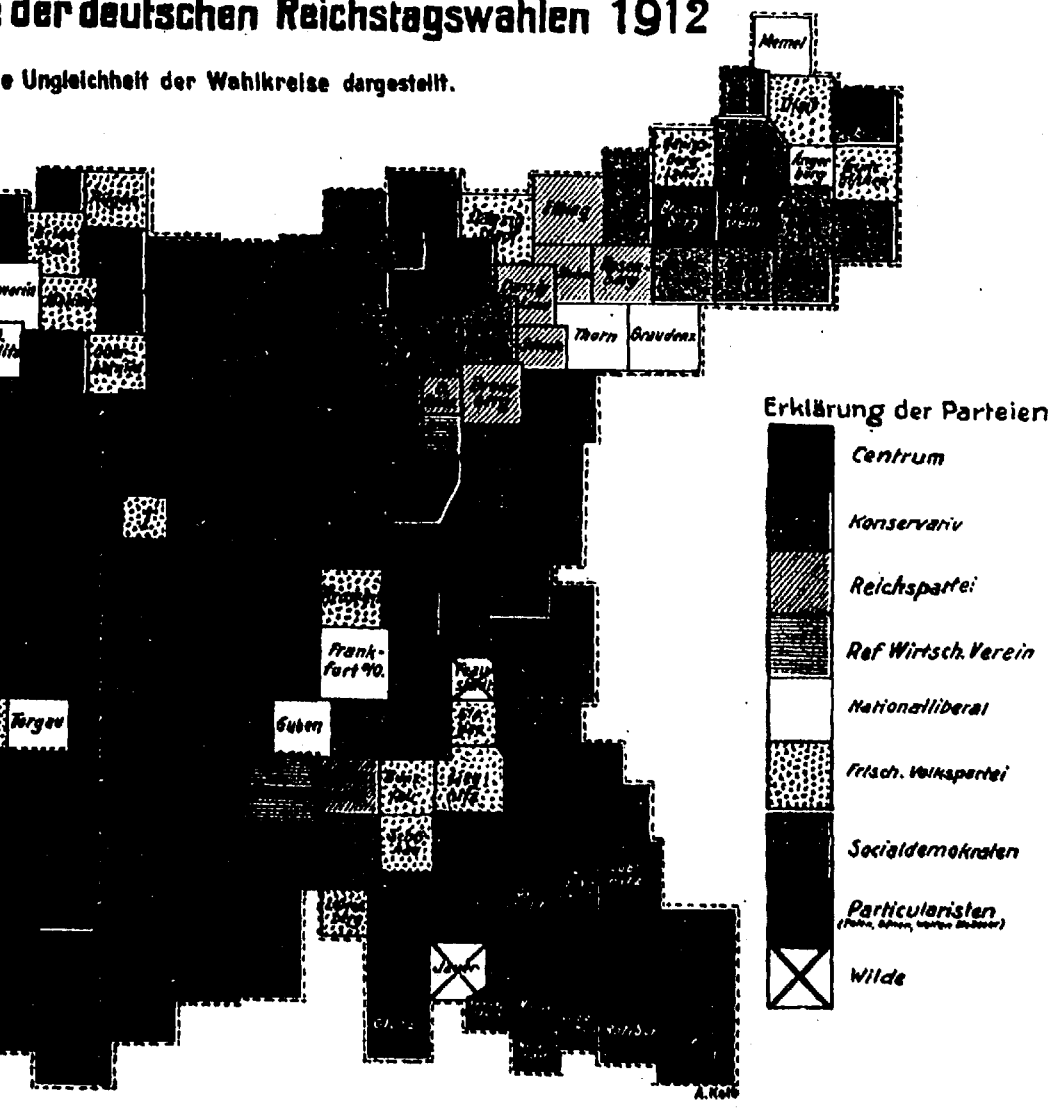
sowie die Ungleichheit

Nachdruck verboten. A.Kolb



# der deutschen Reichstagswahlen 1912

Ungleichheit der Wahlkreise dargestellt.



Stand der Parteien im neuen Reichstag 1912, alten Reichstag 1911.

Zentrum	92	103
Konservative	45	57
Sozialdemokraten	110	53
Nationalliberale	45	51
Fortschr. Volkspartei	44	49
Reichspartei	13	25
Ref. Wirtsch. Verein	13	22
Polen	18	20
Elsässer	7	8
Welfen	5	2
Däne	1	1
Wilde	4	6
	<b>397 Mandate</b>	<b>397 Mandate.</b>

Dazu ein komplizierter Abstimmungsmodus, der auch die Verhandlungen des Reichstags erschweren würde. Schöbel macht den Vorschlag die Wahlkreiseinteilung so zu belassen wie sie ist, lediglich den großen Wahlkreisen mehr Abgeordnete zu geben und in den betreffenden Wahlkreisen die Verhältniswahl einzuführen. Aber alle diese Vorschläge haben den Fehler das Grundprinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nicht zu erfüllen. Blicke vorerst nur eine Neueinteilung der Wahlkreise, so ist mein Vorschlag der Versuch, auf dem Grundprinzip des Reichstagswahlrechts fußend, den Ausgleich sukzessive vorzunehmen, wobei jede weitere Entwicklung berücksichtigt werden kann. Aus der Erkenntnis, daß für die Verhältniswahl die Zeit noch nicht reif ist, besonders aber, weil ich vorläufig keine Mehrheit dafür sehe, habe ich meinen Vorschlag der Öffentlichkeit übergeben.<sup>3)</sup>

So viel steht fest: Von dem neuen Reichstag wird eine Tat verlangt, die den bestehenden Ungerechtigkeiten ein Ende bereitet. Die Städte, die sich so rapid entwickeln, besonders die Großstädte, die die Riesenwahlkreise darstellen, verlangen ihr Recht. Von der jährlichen Bevölkerungszunahme von fast 1 Million entfallen fast 90 % auf die Städte und Industrieorte, also werden die Unterschiede der Wahlkreise immer stärker und unerträglicher. Die Regierung sollte sich dieser Tatsache nicht verschließen und das Verlangen des größten Teils des Volkes nicht ignorieren. Heute steht das Verhältnis schon wie 2 zu 1, 1920 aber wird es wie 3 zu 1 sein. Ist es so weit, sind die Tage der Reaktion ein für allemal vorüber. Dafür sorgt die Verhältniswahl, die dann durchzusetzen sein wird. Inzwischen ist es nötig dieser Forderung nachdrücklichste Verbreitung zu sichern, und der Vorschlag zur Gründung einer *Liga für den Proporz* dürfte sicher angebracht sein. Wenn da gleich von vornherein das Prinzip der reinen Verhältniswahl gewahrt wird, könnte sich die Sozialdemokratie ihr sehr wohl anschließen.

XX

## KASPAR SCHMIDT · HAT SICH DAS WAHLABKOMMEN BEI DEN BAYRISCHEN LANDTAGSWAHLEN BEWÄHRT?



JOHANNES Timm hat die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* bereits über die Ereignisse in Bayern und die Bedeutung der bayrischen Landtagswahlen orientiert und die Zweckmäßigkeit des sozialdemokratischen Wahlabkommens mit den übrigen Minderheitsparteien beleuchtet.<sup>1)</sup> Zweifellos ist Timms Ansicht, die auch die der Mehrheit der bayrischen Parteigenossen ist, richtig. Wenn auch das Ziel: die Beseitigung der Zentrumsmehrheit, nicht völlig erreicht wurde, so können die Minderheitsparteien doch zufrieden sein. Auf die Mehrheit von 5 Stimmen braucht das Zentrum nicht allzu stolz zu sein. Man kann ruhig sagen, daß sich das wahlaktische Abkommen vollständig bewährt hat. Extrem gegensätzliche Auffassungen über das Wahlabkommen sind, soweit mir bekannt, nur in den Parteiorganen von Halle und Bremen und von bayrischen Parteiblättern nur in denen von Hof und Bayreuth zum Ausdruck gekommen. Ganz

<sup>1)</sup> Siehe meine Schrift *Die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise* / Würzburg 1911 /.

<sup>2)</sup> Siehe Timm *Die Bedeutung der bayrischen Landtagswahlen 1912 und Noch den bayrischen Landtagswahlen 1912* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 84 ff. und 215 ff.

besonders scharf ging die *Oberfränkische Volkszeitung*, das Parteiorgan von Hof, gegen die Abmachungen und gegen die Blockpolitik vor. So heißt es in einem der überreich mit revolutionär klingenden Phrasen gespickten Artikel unter anderm:

»Was hat nun der ganze Kampf gebracht? Eine kleine Verschiebung der Parteien, die an den Machtverhältnissen absolut nichts ändert. Die gemeinsame Wahlparole *Für das Koalitionsrecht! Für den Proporz!* hat bei den Wählermassen nicht die Wirkung ausgelöst, die man erhofft hatte, namentlich dort nicht, wo das Zentrum in seiner Mehrheit gebrochen werden sollte.«

Es ist überaus charakteristisch, daß man auch in Bayern dort am schnellsten mit dem Urteil über die Bedeutung und Wirkung sowie über den *Mißerfolg* des gemeinsamen Vorgehens gegen das Zentrum fertig ist, wo man es am wenigsten kennt, wie das eben in Hof der Fall ist. Bemerkenswert ist, daß die *Rheinische Zeitung* und die *Essener Arbeiterzeitung*, die beide zweifellos auch etwas vom Kampf gegen das Zentrum verstehen, ein anderes Urteil als das Hofer Organ über den Wahlausfall und über die Rolle, die die Sozialdemokratie dabei spielte, fällten. Denn was von dem unheilvollen Einfluß der klerikalen Herrschaft in die große Öffentlichkeit dringt, ist verhältnismäßig unbedeutend und reicht nicht im entferntesten an das heran, was sich einem in den Zentrumsdomänen auf Schritt und Tritt entgegenstellt. Man muß eben alle die lokalen Einflüsse des Klerikalismus kennen, um über Zentrums politik und Zentrums herrschaft ein Urteil abgeben zu können. In den Kreisen erfahrener Politiker und Parlamentarier wird die Abnahme von 11 Zentrumsitzen und die Einbuße von 9 konservativen Mandaten für den bayrischen Landtag nicht als so klein und unbedeutend eingeschätzt.

Gewiß, für das nördliche Oberfranken (Hof, Bayreuth, Naila und Selb) war die Befolgung der Abmachungen äußerst schwierig. Dort kennt man kein Zentrum. Den dortigen Genossen wurde zugemutet die Liberalen, ihre Gegner bei den Reichstagswahlen, zu unterstützen. Indes kamen für diese Konstellation doch nur 4 Wahlkreise mit 6 Mandaten in Betracht. Und da konnte man denn doch nicht gut verlangen, daß wegen dieser 4 Kreise mit 6 Mandaten (von denen wir vielleicht bei sehr günstigem Wahlausfall 3 oder 4 den Liberalen hätten abnehmen können) die ganze Taktik aufgegeben werden sollte, ja, daß die übrigen etwa 155 Wahlkreise ihre Taktik dem Dritteldutzend oberfränkischer Wahlkreise unterordnen sollten. Vielleicht meint man in Hof auch, daß wir in Nürnberg oder München noch einige Mandate hätten gewinnen können. Das ist indessen höchst zweifelhaft. Auf uns allein angewiesen, hätten wir ebenso leicht Mandate, die wir bisher innehatten, verlieren können. Bei den Änderungen und Umwälzungen in den Geschäftszentren der Großstädte ist das nichts Seltenes. Es darf nicht vergessen werden, daß wir von den 9 Mandaten, die wir jetzt neu erobert haben, auch nicht ein einziges allein errungen hätten. Das ist unbestreitbar. Durch das gemeinsame Vorgehen haben wir also unsere Landtagsfraktion um 9 Sitze verstärkt, während die liberale Partei 5 Mandate mehr erhalten hat. Durch diese Tatsache wird sicher auch die Auffassung widerlegt, daß die Sozialdemokratie bei den Wahlen den kürzern gezogen, daß sie den Liberalismus auf eigene Kosten gestärkt habe: eine Auffassung, der man auch im Bremer Parteiorgan begegnete und die nur aus totaler Unkenntnis der wirklichen Sachlage erklärlich ist.

Das eine ist freilich richtig: Durch das gemeinsame Vorgehen der liberalen

Parteien mit der Sozialdemokratie gegen die klerikale Gewaltherrschaft hat der Liberalismus sein Prestige gestärkt, sein moralisches Ansehen, seinen Kredit gehoben. Es hat das Vertrauen der Wähler aus bürgerlichen Kreisen neu befestigt. Aber der Anschluß nach links, das gemeinsame Vorgehen des Liberalismus mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion wurde den Liberalen im Reichstag von unseren Parteigenossen öfter dringend geraten. Dieser Rat ist bis zu einem gewissen Grad bei den letzten Wahlen und bei der Präsidentschaftswahl im Reichstag befolgt worden, also dürfte konsequenterweise seine Befolgung in Bayern auch nicht mißbilligt werden. Der Sozialdemokratie gereicht dieser Anschluß des Liberalismus nach links nicht zum Schaden. Die neuen liberalen Wähler kommen teils aus den bisher indifferenten bürgerlichen Kreisen teils direkt aus dem Zentrumslager, während von den liberalen Wählern manche zur Sozialdemokratie übergehen. Das könnte zum Beispiel für Würzburg zahlenmäßig bewiesen werden. Ebenso verhält es sich mit Bamberg. Wir können mit Befriedigung diesen Verlauf der Entwicklung des Parteiwesens und der Politik feststellen. Wer freilich glaubt, daß es der Arbeiterklasse gleichgültig sein kann, ob sie etwas mehr oder weniger reaktionär beherrscht wird, wer ferner glaubt, daß wir »die bürgerliche Gesellschaft niederringen« (wie die *Oberfränkische Volkszeitung* wörtlich schreibt), zerstören müssen, der wird mit einem derartigen Vorgehen nicht sonderlich zufrieden sein. Es mag in Volksversammlungen angebracht sein sich an Kraftworten zu berauschen, von denen jedes zweite oder dritte *Kampf* oder *Klassenkampf* heißen muß; bei politischen Aktionen ist das vollständig deplaciert. Wir kämpfen nicht des Kampfes wegen sondern um der Arbeiterklasse mehr geistige, politische und wirtschaftliche Freiheit zu verschaffen.

Eigentümlich muß es auch berühren, wie in der *Neuen Zeit* Genosse Fritz Puchta-Bayreuth das Wahlabkommen in Grund und Boden verdammt.<sup>2)</sup> Mit einem großen Aufwand an Worten versucht er auf über 9 Druckseiten darzutun, daß das Abkommen fehlgeschlagen und für die Partei schädlich gewesen sei. Die sachlichen Gründe, die er gegen die Untauglichkeit und Schädlichkeit des Wahlabkommens anführt, sind äußerst oberflächlich, manche direkt absurd. So beispielsweise, wenn er als einen Beweis dafür eine ziffermäßige Gegenüberstellung der Wahlergebnisse bringt, die die Parteien des schwarzblauen Blocks bei den Reichstags- und bei den Landtagswahlen erzielten, und dadurch nachzuweisen sucht, daß das Zentrum bei den bayrischen Landtagswahlen verhältnismäßig besser abgeschnitten habe als bei den Reichstagswahlen. Überflüssig daran zu erinnern, daß das bayrische Landtagswahlrecht, das die Steuerleistung vom ganzen letzten Jahr, die bayrische Staatsangehörigkeit seit mindestens 1 Jahr, die Leistung des Verfassungseides von jedem Wähler verlangt, gerade die Arbeiterschaft am schwersten trifft und am ärgsten benachteiligt. Mit solch haltlosen Argumenten kann Genosse Puchta nicht viel Staat machen. In den folgenden paar Sätzen, die ich wörtlich zitiere, erschöpft sich der Gehalt der Puchtaschen Ausführungen: »Man will uns in das Garn der Block- und Kompromißpolitik jagen mit dem Hinweis auf die Schrecken, die ein Fortbestand der Zentrumshegemonie bringt. Das läßt uns kühl. Soll es das Zentrum wagen den Bogen zum Brechen zu biegen! Je sinnloser es seine Macht gebraucht, desto eher stürzt es. Je toller der Klerikalismus in Bayern die Interessen der arbeitenden Massen mit Füßen tritt, um so mehr arbeitet er jener Taktik in die Hände, die den Klerikalismus stürzen wird, nicht über Nacht, aber

<sup>2)</sup> Siehe Puchta *Die Landtagswahlen in Bayern in der Neuen Zeit*, 1911-1912, 1. Band, pag. 924 ff.

totsicher: es ist der rastlose zähe Kampf um die Hunderttausende einzelner Glieder des Zentrums, der Kampf um seine Anhänger im Lande. Die systematische sozialistische Aufklärungsarbeit unter dem irreführenden, urteilsunfähigen Arbeiteranhang des Zentrums, das ist das trefflichste Kampfmittel gegen die schwarze Gefahr.« Durch die Darlegungen Puchtas und die der *Oberfränkischen Volkszeitung* zieht sich wie ein roter Faden das Schema des rücksichtslosen Kampfes gegen die *eine reaktionäre Masse*, gegen die bürgerliche Gesellschaft. Wollten wir indes nach diesem Rezept handeln, so würden wir nur alle bürgerlichen Parteien gegen uns treiben, was zur Folge hätte, daß unsere Landtagsmandate auf zirka ein Dutzend zusammenschrumpfen würden und damit unsere nächste Wegetappe: Erringung des Proportionalwahlrechts, Gesetzgebung durch das Volk, in weitere Ferne gerückt würde. Nur wenn wir die uns günstigen Situationen nach Kräften ausnutzen, nur wenn wir im Kampf um politische Rechte für die arbeitenden Klassen brauchbare Hilfe nicht verschmähen, stärken wir unsere Kraft, konzentrieren wir sie auf einen Punkt und können wir Schritt für Schritt vordringen. So werden wir am raschesten und sichersten zur sozialen Demokratie, zum Sozialismus kommen.

Mehr denn je erfordert der Kampf gegen den enervierenden Einfluß des Ultramontanismus den Zusammenschluß der nach politischer und geistiger Freiheit Strebenden. Und dieser Kampf wird jetzt von der Linken in der Abgeordnetenkammer mit größerer Wirkung geführt als wenn eine an Zahl unbeträchtliche sozialdemokratische Fraktion ihn allein durchfechten müßte. Selten noch stand eine *Mehrheitspartei* jämmerlicher und hilfloser da als jetzt nach den Neuwahlen das durch ein ultramontanes Ministerium *gestützte* Zentrum. Und wenn es schließlich bei Abstimmungen infolge seiner Majorität seine Absichten auch durchzusetzen vermag, so ist es doch moralisch zumeist der unterlegene Teil. Nicht viel besser ergeht es dem homogenen Ministerium Hertling. Die von ihm in die Defensive gedrängten Minderheitsparteien haben durch gemeinsames Vorgehen und geschickte Ausnutzung der Situation das Ministerium in eine so unerquickliche Lage gebracht, daß ihm die Osterferien als rechte Erlösung erschienen. Damit ist natürlich an der unhaltbaren Situation nichts geändert, und so bald wird wohl auch keine Ruhe in der bayrischen Parlamentsstube herrschen. Diese Kämpfe bleiben nicht auf die Kammer beschränkt, sie finden ihren Widerhall draußen im Lande, bringen also Wahlkämpfe in Permanenz. Ob der permanente Krieg mit den Minderheitsparteien, hinter denen aber die überwiegende Mehrheit des Volkes steht, für den bayrischen Staat vorteilhaft ist: diese Frage läßt sich unschwer beantworten. Auf jeden Fall aber werden die koalitierten Linksparteien jeden Hieb zu parieren wissen.

XX

## JOHANNES SCHLAF · DIE LEBENDIGEN



INE Anzahl von Primanern und Sekundanern des Magdeburger *Klostergymnasiums*, ich als der einzige *Doimgymnasiast*, ein paar auswärtige Gymnasiasten als korrespondierende Mitglieder, ein Buchhändler und ein paar Kaufleute hatten wir uns Anfang der achtziger Jahre zu einem jener Jugendbünde zusammengetan, wie sie damals ganz unabhängig von einander, in Deutschland aufkamen, der sich der *Bund der Lebendigen* nannte. (Auch Gerhart Hauptmann hat ja solch einem Jugendbund angehört.) Wöchentlich einmal hatten wir in einem kleinen Hinterzimmer

eines Restaurants der Magdeburger Altstadt bei Bier und Tabak (aber es wurde mehr geraucht als getrunken) unsere Zusammenkünfte. Ein Vortrag wurde gehalten, an den sich eine Diskussion anschloß. Einer führte Protokoll. Ich selbst habe lange Zeit Protokoll geführt, wozu ich ein besonderes Talent besaß. Außerdem zirkulierten Aufsätze, Bücher und ein Heft, in das wir der Reihe nach oder auch in Form kurzer Abhandlungen unsere Gedanken eintrugen. Auch peripatetische Märsche in die Umgegend Magdeburgs hinein wurden unternommen.

Daß die Sache in strengster Heimlichkeit blieb, war recht vonnöten. Wäre sie herausgekommen, so wären wir sofort von der Schule fortgejagt worden. Ja, wir hätten uns wohl gar ernstlicher Freiheitsstrafen zu versehen gehabt. Einmal war es nahe daran, daß man infolge der Unvorsichtigkeit eines unserer auswärtigen Mitglieder Haussuchung bei uns hielt, und daß wir böse hineinfliegen. Doch wurde die Sache nachher noch vertuscht. Denn unser damaliges Stadium war, nun gar in jener noch so *scharfen* Zeit, natürlich so *rot* und *antikonventionell* nach allen Richtungen hin wie nur möglich. Auch weitausgreifende Pläne für die Zukunft pflegten wir. Ein großer systematischer, sozialistisch gesellschaftskritischer Broschürenfeldzug war zum Beispiel geplant. Viele von uns dachten an eine parlamentarische und sonstig politische öffentliche Wirksamkeit. (Nur einer von uns ist dann aber später sozialdemokratischer Redakteur und Reichstagsabgeordneter geworden.) Denn wir erwarteten bereits für die nächste Zukunft nichts geringeres als die allgemeine große gesellschaftliche Umwälzung.

Trotzdem ging nun neben dieser sozialistischen und in künstlerischer Hinsicht naturalistischen, allgemeineren Richtung unseres Bundes gleich von vornherein noch eine andere, neben der kommunistisch altruistischen eine individualistische her, mit der die spätere Einwirkung Nietzsches vorspukte, der denn auch etwas später, als wir Studenten waren, begeistert von dem gepriesen wurde, den wir als das Haupt und den Mittelpunkt unseres Bundes fühlten und anerkannten: von dem im gleichen Jahr wie ich geborenen Anhalter Hermann Conradi. Heute, wo bei Georg Müller in München eine von Dr. P. Ssymank und G. W. Peters besorgte, von erstgenanntem mit einer sehr umfangreichen, fleißigen und soliden Einleitung versehene, auf 5 splendide Bände berechnete Gesamtausgabe von Hermann Conrads Schriften erscheint, die in dieser Zeitschrift noch zu besprechen sein wird, wenn sie erst vollständig vorliegt (vorläufig sind 3 Bände zur Ausgabe gelangt), mag es sich wohl lohnen, daß gerade ich, als einer von Conrads ehemaligen Schul- und Jugendfreunden und Bundesbrüdern, einiges über die *Lebendigen* und Conradi selbst mitteile. Es kann schon sein, daß man später einmal den Jugendbünden von damals eine besondere Aufmerksamkeit schenkt; und dann könnten wohl auch diese Zeilen von Nutzen sein.

**I**N einem Aufsatz, den ich vor Jahren in einem der ersten Jahrgänge der *Freien Bühne* hatte, habe ich Conradi folgendermaßen charakterisiert: »Mit seinem blassen, verbissenen Gesicht, die grauen scharfen Augen hinter dem Kneifer vor, die unster und friedlos an Menschen und Dingen hinirren, die beiden tiefen Furchen von der Stumpfnase zu den herben Mundwinkeln herab, den breitrandigen schwarzen Kalabreser schief auf den roten Locken: So wandelt er neben mir mit unsicherm Poetenschritt durch das Berliner

Winterschlackerwetter, durch das Gewimmel des Rosenthaler Viertels und deklamiert Verse vor sich hin, zischt Paradoxen und Sarkasmen in das Gewühl hinein, das durch das nasse Schneegestöber schwarz an uns vorüberlärmmt. Der ganze wunderliche Mensch, mit all seinen Verwicktheiten, mit seinen Posen, mit seinem Pathos und seiner warmen Gemütsiefe, mit seinen schneidenden Sarkasmen und seiner Leidenschaftlichkeit, mit seinen Brutalitäten, Blasphemien und Romantizismen, mit all seinem herben, bitteren Ringen und seinen Verzagtheiten, wird wieder vor mir lebendig. Und aus diesen Büchelchen [den *Liedern eines Sünders*] durchschauert mich ein ehrlich und bitter durchkämpftes Menschenschicksal, da bin ich im Bann eines Menschen und Dichters.«

Geschrieben diese Zeilen kurz nach seinem Tod. Conradi starb 1890, 28jährig, in Würzburg, eben im Begriff seinen Doktor zu machen. Daß er Hand an sich selbst gelegt haben soll, ist unrichtig. Er litt, seit frühester Jugend schon, sehr schwer an Asthma. Ich selbst habe gelegentlich mal in unserer Berliner Studentenzeit einem solchen Anfall auf Conradis Bude mit beigewohnt. Er war schon für uns, die wir dabei waren, eine schwere Strapaze. Seine Lungen waren schließlich von diesen fortwährenden Anfällen auf das äußerste geschwächt. Er hatte sich eine Influenza zugezogen, die in ein tödliches Lungenemphysem ausgeartet war. Der 1. Band der oben erwähnten Gesamtausgabe hat übrigens die Reproduktion einer Photographie, die Conradi auf dem Totenbett zeigt.



ONRADI war einer der paar wenigen, die von uns damaligen Bundesbrüdern bei der Stange geblieben und nicht ins Philisterium übergeschwenkt sind. Die anderen sind heute Rechtsanwälte, Ärzte, Bibliothekare, Zeitungsbesitzer und sogar Gymnasiallehrer und werden sicherlich unserer damaligen Debatten sich nur noch mit einem Lächeln erinnern, gemäßigt liberale und humanitäre, wohlbestallte Mitteleuropäer, die sie geworden sind. Das Abschwenken zu Brotstudium und Philisterium begann übrigens schon in der zweiten Hälfte der Studienzeit. Conradi für seine Person war damals schon fast mit uns allen auseinander. Auch mit mir. Zwei entgegengesetztere Naturen als wir beide ließen sich freilich auch so leicht nicht zum zweiten Mal denken. Obschon ich sonst notorisch sehr verträglicher Natur war und auch einen sehr konträren Gegensatz meines Charakters und Naturells länger auszuhalten und zu verarbeiten, auch zu verstehen imstande war als so leicht ein anderer.

Niemand konnte in seinen Stimmungen wechselvoller und zwiespältiger und in jähren Übergängen wechselnd sein als Conradi. Und niemand war so bis zum Hysterischen, oft giftig, ich möchte sagen: mephistisch Hysterischen empfindlich und reizbar. Ich habe Augenblicke der liebenswürdigsten, freundschaftlichsten, spontansten Fröhlichkeit und warm erschlossener, sympathischer Herzlichkeit mit Conradi gelebt, obgleich ich keineswegs der nächste und intimste seiner Freunde war. So entsinne ich mich eines schönen, sonnenklaren, weißverschneiten Winternachmittags, an dem er sich mit mir draußen vor der Stadt im Stadtpark bei der Elbe nach Herzenslust geschneeballt hat, was etwas ganz Außergewöhnliches, ja Erstaunliches bei ihm war. Und doch endete unsere Freundschaft eines Tages mit einer jähren und schneidenden, schon giftigen Dissonanz. Er war damals nach Leipzig gegangen und kam an einem Spätherbstnachmittag noch mal nach Berlin, seiner Exmatrikel



wegen. Ich holte ihn vom Anhalter Bahnhof ab, und, wie es unter uns Jugendbündlern damals Sitte war, umarmte er mich herzlich und tauschte mit mir den Bundeskuß aus. Er logierte dann mit mir auf meiner Studentebude in der Sophienstraße, und wir verbrachten in durchaus freundschaftlich herzlichem Einvernehmen zwei Tage mit einander, verabschiedeten uns dann auch in aller Freundschaft und Herzlichkeit. Kurz darauf schickte er mir von Leipzig aus seine *Lieder eines Sünders* mit einer schönen und sehr lieben gemeinten Dedikation; außerdem seinen Roman *Phrasen*. Er hatte mich gebeten ihm mein ungeschminktes Urteil zu senden. Ich gab ihm das dann auch. Das heißt: ich hatte die Bedeutung seiner Arbeiten, besonders des Gedichtbuchs, durchaus anerkannt, ihm im übrigen aber diese und jene Bedenklichkeiten, wie sie der Gegensatz unserer Charaktere mit sich brachte, nicht verhehlen können. Nun, die Folge davon war, daß er mir sofort einen langen Brief schrieb, der von Injurien und ätzenden Giftigkeiten nur so strotzte, und der seine Beziehungen zu mir in schroffster Weise ein für allemal abbrach . . .

Mit solch einem Temperament war Conradi sicherlich für den Geist, der unter uns *Lebendigen* herrschte, nun zwar nichts weniger als typisch, denn wir verkehrten alle freundschaftlich und brüderlich mit einander, so viele individuelle Reibungen sich auch selbstverständlich mitunter ergaben, wir waren ganz und gar nicht übelnehmerisch: trotzdem aber ist kaum ein zweiter für Wesen und Temperament des damaligen jüngstdeutschen Individualismus so kennzeichnend wie Conradi. Er war hier ganz und gar ein Nietzsche in zweiter Person. Und wer unter den damaligen Berliner Dichtercharakteren verkehrt hat, etwa noch Wilhelm Arent gekannt hat, der wird wissen, wie ganz außerordentlich typisch gerade Conradi hier war.



ENN wir uns damals mit Recht, nur mal die Dichtung in Betracht gezogen, gegen das bisherige, das wir ablösten (übrigens habe ich für meine Person niemals eigentlich mit den Jüngstdeutschen mitgetan) die *Lebendigen* nannten, so würde sich die Frage lohnen, welche waren die Lebendigeren unter uns: jene Individualisten vom Schlag Conradis oder jene anderen, mehr modern sozialistischen, demokratischen, altruistischen (Conradi ist eigentlich nie recht Sozialdemokrat oder Sozialist gewesen), die von der Basis der exakten Wissenschaft aus auf eine positive, rund in sich geschlossene moderne Weltanschauung und Ordnung hinaus waren, und die nachher jene erste lyrisch individualistische Genierichtung in die streng positiv arbeitende des Naturalismus überführten?

Diese Frage kann nur von dem so ganz außerordentlich wichtigen und ganz gewiß in allen Fragen der Kultur einzig ausschlaggebenden Individualitätsproblem als solchem aus beantwortet und gelöst werden. Hier aber ist es ein Fehler, der den besten, wertvollsten, sichersten, fundamentierendsten Ausmachungen der empirischen Wissenschaft und der Entwicklungstatsache vollständig widerspricht, das hervorragende Individuum abgetrennt von der Masse zu betrachten, es zu ihr in schroffen Gegensatz zu stellen. Zwar kann das hervorragende Individuum, kann die große Ausnahmepersönlichkeit ebensowenig durch die Masse, wie diese durch jenes negiert werden, indessen eignet ihm, vertritt es in der Masse, über der Masse, für die Masse eine ganz bestimmte motorische Funktion. Damit ist ein eminent fester, gänzlich unveräußer-

licher organischer Zusammenhang von Ausnahmepersönlichkeit und Sozietät ausgesprochen. Und zwar schließlich durchaus in dem Sinn, daß die Sozietät in der Ausnahmepersönlichkeit sich selbst über sich, vor sich hat; daß also die Ausnahmepersönlichkeit unter allen Umständen und in allen Fällen Kollektivpersönlichkeit ist.

Es wäre hier nun zwar noch eine andere, sogar höhere und eigentlichere, Auffassung der großen Ausnahmepersönlichkeit am Platz. Indes, ich müßte allzu weit ausholen, als daß ich hier näher darauf eingehen könnte. Jedenfalls aber würde diese höhere und eigentlichere Auffassung jenen unveräußerlichen organischen Zusammenhang, jene polare Beziehung von Ausnahmepersönlichkeit und Masse, die vorhin betont wurde, keineswegs aufheben sondern sie lediglich bestätigen, oder, ich will sagen: mit einschließen.

Diese Definition der Ausnahmepersönlichkeit nun aber, wie gänzlich unerläßlich, in Erwägung gezogen und gegen die Auffassung gehalten, wie sie damals gerade auch von Conradis vertreten wurde, so ist diese letztere eine vollständig dekadente und unfruchtbare. Man braucht bloß Conradis Schriften zu lesen, um zu erkennen, daß hier die große Individualität bis zum vollständigen Größenwahn aus ihrem unveräußerlichen organischen Zusammenhang mit der Masse heraus bis zum Unmöglichen steril isoliert, daß ihr geradezu ihr notwendiger Lebensnerv unterbunden ist. Das große Individuum Nietzsches wie Conradis hat nichts als die schroffste Verachtung für die Masse, wie geistreich, unter Umständen gerade auch altruistisch sie sich hier kaschieren mag, und für die großen neuen Lebensformen, die sie entwickelt hat. Das aber kann nur auf die Agonie der Ausnahmepersönlichkeit hinauslaufen. Würde diese steril isolierte, von ihren eigentlichen polaren Lebensbedingungen abgebundene Auffassung von der Ausnahmepersönlichkeit wirklich allgemein angenommen werden und durchdringen, so könnte das lediglich gleichbedeutend sein mit dem völligen Untergang der europäischen Sozietät.

Doch ein solcher Untergang ist unmöglich. Trotz des so weitausgedehnten Einflusses, den Nietzsche geübt hat (er ebbt übrigens neuerdings auffallend ab), handelt es sich hier nur um den allerdings sehr lehrreichen und interessanten, auch notwendigen, Untergang, den tragischen Untergang einer ganz bestimmten bisherigen Form und Auffassung der großen Ausnahmepersönlichkeit: um den Untergang der romantischen Form. Die heute, mit den sozialen Komplexen, die sie vertrat, endgültig ihren Tag gelebt hat. Kennzeichnend ist hier schon das sterile, allzu narzisselnd sich selbst beständig betastende, so ausschließliche abstrakte Reflektieren über die Ausnahmepersönlichkeit und ihr Wesen. Ferner der Umstand, daß man so gänzlich außerstande war die Funktion und Aufgabe, die sie heute zu verrichten hat, mit gesund konkreter Bezüglichkeit positiv zu fixieren und vorzuzeichnen. Wie hätte man das auch leisten können, da diese Ausnahmepersönlichkeit doch gerade das, was zum mindesten ihr Instrument, ihre Resonanz sein müßte, und da sie allzu exklusiv gerade die heutigen entwicklungsgeschichtlich gewordenen Formen und Funktionen der Sozietät mißachtete, da sie vor allem die neue demokratische Sozietät und ihr notwendigstes Lebensprinzip mißachtete?

Daß sie dies aber tat, daß sie es (die tragische Seite der Angelegenheit) tun mußte, das bedeutete sowohl den persönlichen Untergang Nietzsches wie Conradis. Gerade ich darf wohl versichern: Conradis früher Tod war in

keiner Hinsicht ein bedauerlicher Zufall; vielmehr hätte Conradi keinerlei Entwicklung vor sich gehabt; er würde sich lediglich so lange in dem so schrecklich kapriziösen, innerlichst zerrissenen und zersplitterten *Circulus vitiosus*, den sein Leben bedeutete, herumgetrieben haben, bis er eines Tages, wie Nietzsche, irrsinnig geworden wäre oder sich wirklich das Leben genommen hätte. Es gibt wohl keinen einzigen von seinen damaligen Freunden, der Conradi gegenüber nicht dieses geradezu tragisch unheimliche Gefühl gehabt hätte. Ich muß aber sagen, daß mich kaum je etwas so tief innerlich berührt hat wie die letzte Äußerung Conrads kurz vor seinem Aushauchen: »Ach, es ist ja aber zu langweilig!« Sein innerstes, eigentlichstes, vornehmstes Wesen hat sich mit diesen Worten offenbart! Das beständig ungeduldige, an seinen Erdenbanden zerrende und rüttelnde edle Gefühl, daß er nicht von dieser Welt war, daß er irgendeinem Jenseits und Drüberhinaus zustrebte, das in allem großen Zusammenhang aller Dinge und Erscheinungen seiner harrete und ihn polar hinüberzog. Völlig war Conradi das, was ich den tragischen Edeldekadenten nennen möchte, eine tief und tragisch übermäßig spröde, innerlichst edle und aristokratische Natur. Ich sehe ihn förmlich leibhaft vor mir, wie er gelegentlich wohl auch als noch Lebender eine solche Äußerung tat, mit jünglingshaft geschürzter Lippe, einen bitter wehmütigen und zugleich stolzen Zug zwischen den Brauen, den rotlockigen Kopf mit einer unbeschreiblich vornehmen Gebärde zurückgeworfen. Alles andere, auch sein jähler und so vielseitig, freilich zersplittert und unstedt engagierter Trieb ins Leben hinein war nichts als Krampf, Fieber, eine überspröde Stutzigkeit vor dem Leben und der jungen, so robusten Moderne, die mit verzweifelterm Bruskieren gerade auf das losgeht, was sie leiden macht, und doch nichts mit ihm anzufangen weiß. Das Eigentliche war dann, das Edelste, im literarisch-künstlerischen Sinn Dauerndste in Conrads Natur, jenes tief in ihm eingesenkte hohe Todes- und Untergangsbewußtsein und seine edle Ungeduld, die immerhin nur halb bewußt sein mochte, *hinüber* zu kommen, wie es sich in seiner reifsten, bleibenden Schöpfung so wahr, unmittelbar und so tieferschütternd und bannend, in den *Liedern eines Sünders*, ausgesprochen hat . . .



MIT den Nietzsche und Conradi, den großen individualistischen Edeldekadenten, zersplitterte die romantische Form der großen europäischen Ausnahmepersönlichkeit in tausend blendende, blinkernde Scherben; in Chaos und Untergang hinein, hinein in irgend ein Hinüber jenseit der Grenze des Todes.

Und so waren denn keineswegs die Individualisten von damals die Lebendigeren, die eigentlich Lebendigen; sondern das waren sicherlich die ungleich schlichteren robusteren Arbeiter von damals, die ihren gesunden organischen Bezug zur modernen Sozietät und ihren neuen Formen und Funktionen hatten, die auf eine endgültig positive organische Weltanschauung und Gesellschaftsordnung hinaus waren. Es kann heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß auf ihrem Weg eines nicht mehr fernem Tages jene wirklich gesunden und fruchtbaren Ausnahmepersönlichkeiten erreicht werden, die über das Wesen der Ausnahmepersönlichkeit nicht mehr abstrakt reflektieren und aus einer Selbstbetastung nicht herauskommen sondern statt dessen mit unmittelbarstem konkreten Bezug am Werk sein werden. In ihnen aber wird lediglich die Masse sich selbst erkennen, wie andererseits sie sich als Masse und mit dieser

in blutwarm lebendigem organischen Zusammenhang fühlen werden. Wie ihre Kraft ihnen beständig aus diesem Zusammenhang zuströmt, so wird der Masse ihre Kraft, ihr vollstes Bewußtsein ihrer selbst von diesen neuen großen Ausnahmepersönlichkeiten, diesen so ungleich schlichteren, wirklicheren, lebendigeren als es die letzten romantischen Individualisten waren, herzuströmen. Das ist die demokratische, moderne Auffassung von der großen Ausnahmepersönlichkeit. Oder vielmehr: Es ist die positive **Tatsächlichkeit** der großen Ausnahmepersönlichkeit.



**T**ROTZDEM sind sowohl der Fall Nietzsche wie der Fall Conradi keineswegs zu verachten. Und zwar vor allem wegen der höchst interessanten Berührungen gerade, wegen gewisser vorläufiger Gemeinsamkeiten, die diese Individualisten mit den eigentlichen, gesund aufstrebenden und vorwärts arbeitenden positiven Modernen zeigen. Denn es besteht der eigentümliche Umstand, daß die Individualisten von damals ein ganz bestimmtes Verhältnis zur exakten Wissenschaft hatten, daß diese ihnen zu einem sehr eigenartigen zwingenden Erlebnis wurde.

Wie es nicht anders sein konnte, gerieten sie an die Wissenschaft, und diese imponierte ihnen sofort im höchsten Grade. Doch empfingen sie von ihr lediglich einen abstrakt ästhetischen, sehr allgemeinen und peripherischen Eindruck. Sie erschien ihnen nämlich als etwas überaus Männliches, Gesundes, Robustes, etwas, das Eisen im Blut hatte. Das aber tat ihnen gut, wie etwa einem hysterischen Menschen, einem übernervösen, seelisch zersplitterten und haltlosen, ein ruhiger, gesunder Mann wohl tut. Aber sie vermochten keine lebendige, gesunde, ruhige Kraft aus der Wissenschaft zu ziehen; sie waren nicht imstande sich in eine wirklich organische praktische Beziehung zu ihr zu bringen noch auch andererseits die Wissenschaft und ihr Prinzip von ihm selbst aus zu kritisieren und sie auf solche Weise zu fördern, weiterzubauen, vor allem aber das zu vollbringen, worauf heute aber auch alles ankommt: eine Weltanschauungs- und religiöse Synthese aus ihr hervorzuarbeiten.

Anders war das Verhältnis der wirklich positiv modern Gerichteten. Sie setzten sich weniger in solche, nur abstrakt reflektierende, peripherisch ästhetische Beziehung zur exakten Wissenschaft sondern griffen zunächst mit gut und gesund gerichtetem Instinkt praktisch ihre Formen und Wertungen, ihr Prinzip auf (wenn zunächst auch noch nicht kritisch; eine Kritik, die aber nur eine solche sein kann und darf, die vom Prinzip der exakten Wissenschaft selbst aus auf diese gerichtet ist), arbeiteten sie nach allen Richtungen hin durch und machten sie, vor allem auch für Kunst und Dichtung, fruchtbar. Es eignete ihnen also ein gesund **ethischer** Bezug zur Wissenschaft.

Freilich hatten sie dabei aber zunächst auch noch ein anderes mit dem dekadenten Individualismus gemein. Nämlich dessen Skepsis, dessen zumeist pessimistisch kritische, gesellschaftskritische, analytische Funktion. Doch während die Individualisten mit dieser nicht nur alle kulturellen Atavismen, ferner das sogenannte *moderne Bildungsphilisterium*, das moderne demokratisch altruistische Prinzip, sondern vor allem auch sich selbst zerstörten, weil sie nur zu sehr selbst an allen möglichen romantischen Atavismen und Wertungen litten und an ihrem abstrakten, sterilen, genial romantischen, isolierten Größenwahn, zerstörten die positiv Modernen lediglich all diese Atavismen.

Ihre Analyse war also gesund (trotz allen Pessimismus), war schließlich aufbauend und schöpferisch, während die Individualisten lediglich destruktiv waren und eigentlich ihrem ganzen Wesen nach negativ, nihilistisch. Wenigstens kann in der Konsequenz jenes dekadenten Individualismus schließlich einzig der krasseste und grauenvollste Nihilismus liegen. Dagegen kann sich heute kein auch nur halbwegs Einsichtiger mehr verschließen.

**N**UN, wenn die gesünderen, lebendigeren, positiv Modernen, im positiven Geist der exakten Wissenschaft Vorwärtstrebenden mit ihrer Skepsis, ihrer Analyse und ihrem *Pessimismus* eines Tages zu Rande gekommen sein werden, so werden sie auch jene Synthese aus der exakten Wissenschaft hervorgearbeitet haben, auf die es heute für Europa, für die Menschheit ankommt. Ein hohes, edelstes, begeisterungswürdiges und entflammendes Ziel. Und uns heute bereits die unumstößlichste aller Gewißheiten, weil unser zähester und triebstärkster, notwendigster Wille.

Hier haben wir allerdings bereits heute wieder etwas mit jenem ersten Individualismus gemeinsam, mit dem wir anfänglich noch Reih' in Reih' gingen: nämlich die Einsicht in die Haltlosigkeit der mechanistischen Wissenschaft und Weltanschauung. Das bedeutete immerhin noch ein latentes letztes religiöses Moment des dekadenten Individualismus, das wenigstens nicht ganz ohne Fruchtbarkeit war. Und in diesem, all solchem Sinn möchte ich denn zum Abschluß hier die oben erwähnte Gesamtausgabe von Conradis Schriften als eine höchst dankenswerte Leistung der beiden Herausgeber und des Verlegers bezeichnen.

XX

## WILHELM HAUSENSTEIN · VORFRAGEN EINER ÄSTHETIK DER BILDENDEN KUNST

**W**ILHELM Worringer, der Berner Stilpsychologe, dem wir ein sehr fein gedachtes (wenn auch sachlich problematisches) Buch über Lucas Cranach verdanken,<sup>1)</sup> veröffentlichte vor kurzer Zeit eine Arbeit über die Formprobleme der Gotik, die so revolutionierende Gesichtspunkte in die Ästhetik trägt, daß man das Gefühl hat in den Anfängen einer epochalen Wandlung der Kunstbetrachtung zu stehen.<sup>2)</sup> Nicht daß Worringer alle Möglichkeiten einer neuen Kunstbetrachtung aufwiese. Aber er zeigt höchst wesentliche. Denn die Problemstellungen, die er bietet, sind aus den lebendigen Interessen der gegenwärtigen Kunstentwicklung geboren. Worringers Buch entstand als eine helfende Kraft mitten in der schöpferischen Not der Zeitkunst und der Zeitseele. Darum soll hier ausführlich davon die Rede sein.

Worringer spricht eingangs von den »Vertretern des naiven historischen Realismus«:

»Sie machen skrupellos die relativen Voraussetzungen ihrer jeweiligen Menschlichkeit zu absoluten Voraussetzungen aller Zeiten und leiten so gleichsam aus der Beschränktheit ihres historischen Erkenntnisapparats heraus das Recht auf konsequente Geschichtsfälschung ab.«

<sup>1)</sup> Siehe Worringer *Lucas Cranach* / München 1908/.

<sup>2)</sup> Siehe Worringer *Formprobleme der Gotik* / München 1911/.

Es handelt sich für diesen Realismus (für die geschichtliche Spielart, der wir gegenüberstehen) um eine Betrachtung der Dinge, die in dem reichlich dünkelfaften Narrationalismus der bürgerlichen Aufklärung, in ihrem absolut irreligiösen Intellektualismus wurzelt und alle Fragen ignoriert, die jenseits der automatisch-selbstgefälligen Funktionen rationalistischen Geistes liegen. Es handelt sich um eine Weltanschauung, deren Gesichtsfeld mit den Brettern angeblich wissenschaftlicher Sicherheit vernagelt ist. Im Gegensatz zu diesem Weltbild ruft Worringer die intuitiven, divinatorischen, oder sagen wir einfach: musischen Fähigkeiten der weltempfindenden und kunstempfindenden Seele herauf. Er ist sich bewußt, daß dies nicht Wissenschaft im traditionell-präzisen Sinn ist. Aber ist der historische Realismus denn Wissenschaft? Er ist nach Nietzsche die Fertigkeit »die Vergangenheit der zeitgemäßen Trivialität anzupassen«. Der wissenschaftliche Unwert sogar, nicht nur der rein menschliche, der sogenannten *objektiven Ästhetik*, wie sie im überlieferten Schema der Kunstbetrachtung gegeben ist, zeigt sich darin, daß diese Ästhetik mit spezifischer, höchst unwissenschaftlicher Befangenheit nur einer einzigen Erscheinung der gesamten Kunstgeschichte normativen ästhetischen Wert zuspricht: der klassischen Kunst. Sehen wir zu, *sine ira et studio*. Worin besteht das Wesen klassischer Kunst, wie sie sich etwa seit den Polykletikern, bei den Künstlern des späten 5. und des 4. Jahrhunderts, dann bei den Hellenisten, den Rhodesiern, den Römern entfaltetet?<sup>3)</sup> In einem zwar noch künstlerisch gebändigten, aber immerhin sehr weit getriebenen Illusionismus. Ähnliches gilt von der Renaissance. Es handelt sich da überall um eine bereits die Grenzen des Unkünstlerischen (ein Kulturphilosoph sagte: des Panoptikumsmäßigen) streifende Intimität des Künstlers im Verhältnis zum ästhetischen Phänomen. Das ist rein sachlich gemeint. Worringer:

»Die wachsende Lebenswahrheit und Natürlichkeit des Dargestellten wurde . . . ohne weiteres als künstlerischer Fortschritt gewertet. Die Frage nach dem künstlerischen Wollen wurde nie aufgeworfen . . . Nur das Können wurde zum Problem der Wertung, nie das Wollen. Man glaubte . . . wirklich, die Menschheit habe Jahrtausende nötig gehabt, um richtig, das heißt naturwahr zeichnen zu können, glaubte wirklich, daß die künstlerische Produktion ihre jeweilige Gestaltung nur durch ein Plus oder Minus von Können erhalte.«<sup>4)</sup>

Schon hier manifestiert sich der außerordentliche pragmatische Wert dieses Buches: Es führt den Kampf gegen die Ästhetik des Nurillusionismus, jene Ästhetik des Exakt-Naturtreuen, die ihren extremsten Ausdruck in der bürgerlich-illusionistischen Genrekunst der Niederländer des 17. Jahrhunderts (Mieris, Dou, Terborgh) gefunden hat.

Längst schon hat die ethnologische Ästhetik eine Menge wertvollen Materials zusammengetragen, mit dem man seit Jahren die akademische Ästhetik hätte revolutionieren können.<sup>5)</sup> Allein die hochillusionistische Ästhetik, die

<sup>3)</sup> Siehe Kekulé von Stradonitz *Die griechische Skulptur* (Berlin 1907) und Furtwängler-Urlichs *Denkmäler griechischer und römischer Skulptur* (München ohne Jahr).

<sup>4)</sup> Den hier von Worringer abgelehnten Standpunkt vertritt am gelstvollsten wohl das literarische Gesamtwerk des verstorbenen Kopenhagener Kunsthistorikers Lange, der unter anderm folgendes schrieb: *Darstellung des Menschen in der ältern griechischen Kunst* (Straßburg 1899) und *Die menschliche Gestalt in der Geschichte der Kunst* (Straßburg 1903).

<sup>5)</sup> Einiges aus dieser Literatur: Hörnæs *Urgeschichte der bildenden Kunst in Europa* (Wien 1898); Cartailhac und Breuil *La Caverne d'Altamira* (Monaco ohne Jahr); Piette *Notes pour servir à l'histoire de l'art primitif*, in *L'Anthropologie*; Grosse *Die Anfänge der Kunst* (Freiburg 1894); von Luschan *Ober-Buschmannsmalereien in den Drakensbergen*, in der *Zeitschrift für Ethnologie* 1908; Hein *Malerei und technische Künste bei den Dayaks*, in den *Annalen des naturhistorischen Hofmuseums zu Wien*, 1889-1890; Stübel, Reiß und Koppel *Kultur und Industrie südamerikanischer Völker* (Berlin 1889); Strebel *Alt Mexiko* (Hamburg 1885).

seit der professoralen Nachahmungstheorie des Aristoteles die Köpfe beherrscht, wollte von *a priori* so untergeordneten Dingen wie prähistorischer Kunst und Naturvölkerkunst oder exotischer Kunst nichts ahnen. Es gibt noch immer Kunstgelehrte, die sogar die märchenhafte Kunst der alten Inder bemitleiden.<sup>6)</sup> Die Objektivität dieser Ästhetik duldet es nicht anders.

Um die nötige Weite zu gewinnen, analysiert Worringers Buch 3 Typen der welterlebenden und kunstschaftenden Psyche: den primitiven, den orientalischen und den klassischen Menschen.

Die primitive Seele lebt in der Welt mit einem andauernden Gefühl der Verängstigung durch die Dinge, deren Zusammenhänge sie nicht versteht. Aus diesem Furchtverhältnis entspringt »der Drang nach Notwendigkeiten«. Der Primitive schafft unter dem Druck dieser starken »metaphysischen Verängstigung« eine spezifische Kunst, deren Wesen eine *b e s c h w ö r e n d e R h y t h m i k* ist:

»Der primitive Mensch schafft sich in freier seelischer Tätigkeit Symbole des Notwendigen in geometrischen oder stereometrischen Gebilden. Vom Leben verwirrt und verängstigt, sucht er das Leblose, weil aus ihm die Unruhe des Werdens eliminiert und eine dauernde Festigkeit geschaffen ist. Künstlerisch schaffen heißt für ihn dem Leben und seiner Willkür ausweichen, heißt ein festes Jenseits der Erscheinungen anschaulich fixieren, in dem ihre Willkür und Wandelbarkeit überwunden ist.«

Es kommt dem primitiven Künstler alles darauf an eine ganz gebundene Kunst zu schaffen; Naturalismus ist für ihn eine vitale Unmöglichkeit. Er vermeidet alle Mittel der Illusion, so beispielsweise die Dreidimensionalität; nicht aber etwa durch einen Akt bewußter Ausschaltung der dritten Dimension; sondern weil diese Dimension seiner spezifischen Vitalität feindselig ist, weil sie jenseits der Welterklärungsbedürfnisse der primitiven Seele liegt, deshalb vermeidet der Primitive das illusionistische Mittel der Perspektive. Worringer führt dazu aus:

»Nur in der Fläche liegen die Möglichkeiten für die geschlossene anschauliche Fixierung eines Vorstellungsbildes. Die dritte Dimension, die Tiefendimension, macht die eigentliche Körperlichkeit des Gegenstandes aus. Sie ist es, die der einheitlichen, geschlossenen Fixierung des Gegenstandes den stärksten Widerstand entgensetzt. Denn sie bezieht ihn in den Raum und damit in den grenzenlosen Relativismus der Erscheinungswelt ein. Unterdrückung der körperlichen Räumlichkeit durch Übersetzung der Tiefendimension in Flächendimensionen mußte also das nächste Ziel jenes Dranges sein, der das Relative und im Raum Fluktuierende der Erscheinungswelt in absolute und bleibende Formen umzuprägen suchte.«

Solche Erörterung ist offenkundig zugleich eine Psychologie der keimenden modernen Kunstpsyche. Diese Seele (sie ist das dialektische Widerspiel der analytisch-impressionistischen Seele; der Seelentypus, der die moderne Kunst, die von morgen, schafft) ist expressionistisch, synthetisch, der Wissenschaft und der Natur abgeneigt, dem Naturalismus diametral entgegengesetzt, einfach, unbefriedigt von der Identität der impressionistischen Seele mit der Natur. Der moderne Seelentypus ist des Wissenschaftlich-Analytischen, das doch nur Grenzen zeigen kann, so tief es auch dringt, sehr müde, strebt über diese Grenzen hinüber und schafft mit einer allen Begriffen des bürgerlichen Illusionismus fremden, ganz irrationalen, ganz religiösen Ausdrucksgewalt.

Der klassische Mensch ist anders. Er ist von einem heitern, ewig besonnenen Rationalismus erfüllt. Die Klassik ist der geschichtliche Moment, in dem der

<sup>6)</sup> Siehe Griffith *The paintings in the buddhist cave temples of Ajanta* London 1896. Ein prachtvolles Anschauungsmaterial, das alle Bedenklichkeiten des klassischen Geschmacks widerlegt.

Griechen der Welt mit rationaler Beruhigung gegenübertrat: ein Moment wunderbar gesättigter Problemlosigkeit. So ist die Kunst Polyklets. Worringer charakterisiert diese Zeit eines klaräugigen Monismus, der innigen Identität zwischen Mensch und Welt so:

»Mit dem klassischen Menschen erlischt der absolute Dualismus von Mensch und Außenwelt, erlischt infolgedessen auch der absolute Transzendentalismus von Religion und Kunst . . . Es findet ein allmählicher Ersetzungsprozeß der Religion durch die Wissenschaft respektive die Philosophie statt . . . Der klassische Mensch kannte nicht mehr das Leiden an der Relativität und Unklarheit der Erscheinungswelt, kannte nicht mehr die Anschauungsqual des primitiven Menschen . . . So wird auf dieser klassischen Stufe der Menschheitsentwicklung das Kunstschaffen zur idealen Veranschaulichung bewußt gewordener und geläuterter Vitalität; sie wird zum objektiven Selbstgenuß. Von allen dualistischen Erinnerungen befreit, feiert der Mensch in der Kunst wie in der Religion die Erfüllung eines beglückenden seelischen Gleichgewichtszustandes.«

Wieder anders ist der orientalische Mensch. Er bedeutet die bewußte Verschmähung des Rationalen, die Einsicht in die, wenn ich so sagen soll, absolute Relativität der rationalen Welterkenntnis, die Wiedererweckung des Dualismus zwischen Intuition und Wissenschaft. Worringer stellt das so dar:

»Das dualistisch gebundene Weltempfinden des Orientalen spiegelt sich klar wider in der streng transzendentalen Färbung seiner Religion und seiner Kunst. Das Leben, die Erscheinungswelt, die Wirklichkeit, kurz alles, was der klassische Mensch in seiner glücklich naiven Weltfrömmigkeit positiv wertete, wird durch die tiefer gehende Welterkenntnis des Orients wieder bewußt relativiert und einer höheren Wertung unterstellt, die sich an einer hinter allem Diesseits liegenden höheren Wirklichkeit orientiert.«

Auch der gotische Mensch ist dem edel gefügten Rationalismus der klassischen Psyche und ihrer Kunst fremd. Zwar nicht in der Art des Orientalen. Aber wenn der Gotiker auch nicht die Metaphysik der Ruhe, das Bild des Jahrhunderte unbeweglich beherrschenden Buddha kennt, so kennt der Gotiker doch wenigstens die Metaphysik der Selbstergebung in den christlichen Krampf.

Es gibt Aufklärer, die uns beweisen, daß uns das Christentum eigentlich gar nichts angehe: uns bessere Westeuropäer, weil es ja das religiöse Idiom eines beliebigen jüdischen Orientalen gewesen sei. Die Mittelalterfrömmigkeit ist nach diesen sublimen Ansichten eigentlich nichts als ein kleines Versehen der Weltgeschichte gewesen. Die Sache liegt anders. Abgesehen davon, daß das Christentum, geistesgeschichtlich gesprochen, eine dialektisch notwendige Reaktion auf den griechisch-römischen Rationalismus war, zu der sich die Jesuschichten verhalten wie der Anlaß zur Ursache, war die metaphysische Disposition bei den Menschen des nordischen Mittelalters und der nordischen Urzeit durchaus gegeben, und sie mußten die christlichen Formeln um so mehr rezipieren, als sie die stark orientalisierte römische Gesamtkultur überhaupt annahmen: wozu noch kam, daß die wesentlichen Inhalte aller Religionen einen Drang zu internationaler Übereinstimmung haben. Die metaphysische Disposition der Germanen aus der Völkerwanderungsperiode zeigt sich deutlich in jener magischen germanischen Ornamentik, deren Psychologie von Lamprecht eindringlich verfolgt worden ist.<sup>7)</sup> Worringer äußert sich darüber:

»Unser organisch temperiertes Vitalgefühl scheut zurück vor dieser sinnlosen Ausdruckswucht wie vor einer Ausschweifung. Wenn es aber endlich dem Zwang gehorchend seine Kräfte in diese an sich toten Linien einströmen läßt, fühlt es sich in einer unerhörten Weise fortgerissen und zu einem Bewegungstaumel gesteigert, der

<sup>7)</sup> Siehe Lamprecht *Deutsche Geschichte*, 1. Band [Berlin 1902], pag. 184 ff.



alle Möglichkeiten organischer Bewegung weit hinter sich läßt . . . Wie jene Linienkritzeleien nur als Auslösung eines inneren seelischen Drucks erscheinen, so wirkt das Aufgeregte, Zuckende, Fiebernde des nordischen Lineaments auch unzweideutig ein Schlaglicht auf das unter einem starken Druck stehende Innenleben der nordischen Menschheit . . . »

Von hier aus entwickelt Worringer unmittelbar die Psychologie der Gotik, das heißt der Kunst der Völker, die als Germanen oder germanisch-römische, germanisch-keltische, germanisch-iberische Mischblüter im Norden und Westen des alten römischen Reichszentrums wohnten und von der klassischen Kunst nicht einbezogen waren. Die Gotik ist eine durch und durch transzendente Kunst. Sie ist, wie die des Primitiven und des Orientalen, »verankert in einem Erlösungsbedürfnis«. Sie kennt nicht das ideal monistische Identitätsverhältnis zwischen Mensch und Welt, das in den klassischen Epochen erreicht war. Zwar besitzt die Gotik eine ungeheuer starke Kraft zur Wahrnehmung des Wirklichen. Aber sie entdeckt innerhalb dieses Wirklichen nicht das Natürliche, nicht eine immanente Gesetzlichkeit, nicht, wie der Grieche, etwas Organisches, Kosmisches. Der Gotiker bindet die Erscheinung statt durch ihre eigenen Gesetze (die ihm verschlossen sind, und die allein eine illusionistische Kunst tragen können) durch das dogmatische Apriori christlicher Weltbetrachtung, durch die Anschauungsformen, die in der christlichen Metaphysik, in der Scholastik, in der Vulgärtheologie vorgezeichnet sind. Eine Hauptformel Worringers:

Die Gotik »hat die Unschuld der Erkenntnislosigkeit verloren, sie hat sich aber weder zum großartigen Erkenntnisverzicht des Orientalen noch zu dem Erkenntnisglück des klassischen Menschen durchringen können, und so kann sie sich, aller klaren natürlichen Befriedigung beraubt, nur in einer krampfhaften unnatürlichen Befriedigung ausleben. Nur diese gewaltsame Steigerung reißt sie zu Empfindungssphären fort, in denen sie endlich das Gefühl ihrer inneren Disharmonie verliert, in denen sie Erlösung findet von ihrem unruhigen, unklaren Verhältnis zum Weltbilde. An der Wirklichkeit leidend, von der Natürlichkeit ausgeschlossen, strebt sie einer Welt des Überwirklichen, des Übersinnlichen zu. Den Taumel des Empfindens braucht sie, um sich über sich selbst hinauszuhoben, nur im Rausch spürt sie Ewigkeitsschauer. Diese erhabene Hysterie ist es, die vor allem das gotische Phänomen kennzeichnet.« Die Klassik schafft einen Baustil, der auf dem Wesen des Materials beruht und insofern organisch heißen muß. Die Gotik baut aus den christlichen Abstraktionen heraus, nicht aus der Immanenz des Materials. Sie baut und meißelt und malt anorganisch, entmaterialisierend, höchst spirituell. Der Stein ist da nicht wie in der Antike Stein. Der Grieche behandelt den Marmor ganz im Sinn der Materie, man könnte sagen materialistisch. Der Gotiker behandelt den Stein wie einen Empfindungs- oder Begriffsstoff. Dürer erst bedeutet das völlige Gleichgewicht zwischen gotischem Apriorismus und gotischer Wirklichkeitsempfindung; in seiner Kunst hat sich das gotische Apriori wundervoll beschwichtigt.

Dann kommt die Renaissance.

»Die Gotik war in ihrem innersten Wesen irrationell, überrational, transzendental gewesen: jetzt tritt die verinnerlichte Rationalität klassischer Harmonie und klassischer Gesetzmäßigkeit als verführerisches Ideal an den zum Individuum gewordenen nordischen Menschen heran, jetzt hofft er, der die Kraft nicht mehr hat zu idealem Überschwang transzendentalen Wollens, in jener hohen idealen Ratio, durch jene ihm so ferne und fast unerreichbare klassische Harmonie von sich selbst loszukommen, sich von seiner inneren Misere zu erlösen.«

Kurz: Das religiöse Ideal wird durch das bürgerliche Bildungsideal der beginnenden Neuzeit ersetzt. Der bürgerliche Humanismus beslegt den Glauben,

besiegt sogar jene Mystik, in der sich dem Norden zuerst das Selbstgefühl des bürgerlichen Individuums, wiewohl in religiös-lyrischer Gestalt, offenbart hatte. Die Renaissance selber wird alsbald durch ihr dialektisches Widerspiel beseitigt: durch das Barock. Der florentinische Naturalismus des jungen Michelangelo wird durch die religiösen Konvulsionen des alternden überwunden. Leonardos eminent wissenschaftlicher Geist, sein schroff atheistischer Materialismus befriedigt den Künstler Leonardo nicht. Denn Künstler ist er in gewaltigem Sinn: und als Künstler fühlt er die Relativität des Wertes naturwissenschaftlicher Geistesbefriedigung, fühlt sie fürchterlich in den konfliktschweren Stunden, in denen die Erkenntnis des immer tätigen Reflexionsvermögens die schaffenden Hände des bildenden Künstlers lähmt.<sup>8)</sup> Das Barock war die unausbleibliche Reaktion. Es war, schon in den Werken des alternden Michelangelo, von pathetischer Religiosität; am meisten zeigt dies Greco. Die Kunst erhält wieder übersinnliche Richtung, wieder expressionistischen Charakter. Greco mußte erscheinen: so wie er in diesen Tagen wiederentdeckt werden mußte. Worringer bezeichnet das Barock sehr gut als eine Art von Neogotik.



ICH versuchte Worringers Grundgedanken kurz nachzuformulieren und sie dabei mit meinen persönlichen Anschauungen zu verbinden. Nun noch kurz ein paar Worte, die in ganz großen Zügen andeuten sollen, inwiefern meine eigenen Anschauungen sich von denen Worringers scheiden.

Was gibt Worringer? Eine Sozialpsychologie der Stilgeschichte. Das bedeutet ohne Zweifel einen höchst wertvollen und noch lange nicht erschöpften Komplex von Möglichkeiten; auf die Dauer vielleicht sogar den entscheidenden, insofern nämlich als Kunst eine im weitesten Sinn geistesgeschichtliche Kulturleistung ist. Aber als alleinige Orientierung ist die sozialpsychologische Einfühlungsästhetik nicht zureichend. Sie selbst fordert wieder ihre Grundlegung, und diese Grundlegung liegt meines Erachtens auf dem Feld der Sozialökonomik. Ich möchte darauf verweisen, daß ich wiederholt in den *Sozialistischen Monatsheften* den Versuch sozialökonomischer Stilklärung gemacht habe.<sup>9)</sup> Ich glaube, daß es möglich ist Worringers Stilpsychologie mit den in meinen Aufsätzen niedergelegten Grundgedanken (von unten her, von der Seite der sozialökonomischen Materie) zu unterstützen. Dann erst wäre der letzte menschlichem Bewußtsein erreichbare Untergrund der Dinge, gleichsam ihr animalisch-materieller Ursprung, dargetan.

Die Geschichte des Stils zerfällt wie die der ökonomischen Produktion und der Gesellschaft in 2 große, dialektisch ewig alternierende Typen: in gebundene und ungebundene oder, saint-simonistisch gesprochen, in organische und kritische Typen. Die Zeitalter streng gebundenen Stils sind auch die Zeitalter der Gebundenheit ökonomischer Produktion und des gesellschaftlichen Lebens. So ist die romanische Kunst (Worringers »latente Gotik«) und die entwickelte Gotik der stilgeschichtliche Überbau einer Gesellschaft, die auf der feudalen Bindung der Agrarproduktion, auf der hofrechtlichen, dann zünftlerisch anonymen Bindung der gewerblichen Produktion, auf der gildenmäßigen Bindung des Handels und auf der ständischen Bindung der mittelalterlichen Gesellschaft

<sup>8)</sup> Siehe Weene *Renaissanceprobleme* (Bern 1906).

<sup>9)</sup> Siehe meine Artikel *Gedanken zu einer Soziologie des Stils* und *Die französische Kunst des 18. Jahrhunderts* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 319 ff., und 3. Band, pag. 1343 ff.

beruht. Die Zeitalter gelösten Stils sind die Zeitalter liberalisierender, geldwirtschaftlich-großstädtischer Ökonomie und Gesellschaft. Seit der Kunst der ionischen Städte<sup>10)</sup> und der bürgerlichen Demokratie Attikas nach den Perserkriegen ist die Kunst in den individualistisch-liberalen Zeitaltern auch ihrerseits individualistisch, liberalisierend, oder, was fast das selbe bedeutet, in die Richtung auf Illusionismus, Naturalismus, Impressionismus gedrängt. Jederzeit war der geistige Gesamthabitus gebundener Perioden irrational, der gelöster Perioden rationalistisch-wissenschaftlich. Und jederzeit waren die, saint-simonistisch zu reden, organischen Zeitalter wesentlich feudal und hierarchisch oder, allgemeiner gesprochen, genossenschaftlich, die kritischen Zeitalter bürgerlich und individualistisch.

Es käme nun darauf an etwa zu prüfen, ob die feudalgeschichtlichen Analogieen sich auf die indische, chinesische, japanische, auf die assyrisch-babylonische, ägyptische, altpersische und auf die romanisch-gotische Kunst anwenden lassen. Ich glaube, sie lassen sich anwenden; selbstverständlich unter Ausscheidung der anthropogeographisch bedingten Differenzen. Sie treffen auch auf die archaische Kunst der Griechen zu, auf die Kultur von Knosos, Tiryns, Mykene, auf die ganze Kunst vor Myron und Phidias, auf die griechische Kunst der vorkommerziellen und vorindustriellen, vordemokratischen oder, wenn man will, ritterlich-heroischen Periode. Sie treffen auch für die in hierarchisch-feudalem Boden wurzelnde chinesische und japanische Kunst zu.

Damit wäre gesagt, daß es nicht angeht, wenn Worringer ohne Differenzierung einfach *den* klassischen Menschen oder *den* orientalischen Menschen hinstellt. Wir brauchen einen viel differenziertern Einteilungsgrund. Hellas hatte eine Zeit gebundenen Stils und gebundener Sozialwirtschaft und darauf erst einen bürgerlichen, bis zum Genre, zum Naturalismus und Impressionismus hinausgetriebenen Kulturstil.

Noch eins, das sowohl Worringers als meine Auffassung berichtigt. Die Formel, die Worringer für den primitiven Menschen findet, ist nicht restlos typisch sondern eine Vorenthaltung wesentlicher Dinge. Am Uranfang der Kultur und der Kunst steht weder metaphysische Verängstigung noch stilistisch-ornamentale Bändigung der Dinge sondern ganz einfach ein Naturalismus, der wie die Renntierbilder der Steinzeit oder die phänomenalen Tierbilder der Buschleute oder die Tierzeichnungen der Polarvölker eine optisch-animalische Identität mit der Welt der Erscheinungen verrät. Es gibt einen Urimpressionismus von hoher künstlerischer Wichtigkeit, eine Urstufe des Lebensgefühls von fast individualistischer Art. Und es ist nicht Zufall, daß diese Stufe, sozialgeschichtlich gesprochen, Jägerkunst ist: die Kunst eines frühnaturalistischen Individualismus, der jener relativ individuellen (nicht kooperativen) Gütergewinnung des Urjägers entsprach.

Über die Bedeutung aller dieser Probleme gerade für die lebende Gegenwart ist kaum eine Silbe nötig. Stehen wir doch offenbar in einem Moment, in dem sich der These des bürgerlichen Individualismus und Impressionismus eine Antithese gegenüberzustellen beginnt, die in den gezeigten Problemen nachdenkliche Parallelen findet.

<sup>10)</sup> Siehe Hamann *Der Impressionismus in Leben und Kunst* / Köln 1907/, pag. 205 ff.

XX

## HERMANN MÜCKE · EINWIRKUNGEN DER ARBEITERBEWEGUNG AUF DAS GEMÜTSLEBEN DER BERGARBEITER



IEDERUM ist die allgemeine Aufmerksamkeit auf jene Arbeiterkategorie gerichtet worden, die unter denkbar ungünstigen Bedingungen schwere physische Arbeit verrichten muß: die Bergarbeiterschaft. Aber es ist nicht nur diese schwere Arbeit an sich, unter der die Bergarbeiter zu leiden haben: in mindestens dem gleichen Maß leiden sie unter dem Druck des herrschenden Arbeitssystems. Wie diese beiden Momente zusammenwirken, um die Psyche der Bergarbeiter dauernd zu beeinflussen, ungünstig auf sie einzuwirken, das habe ich bereits früher des längern an dieser Stelle zu schildern versucht.<sup>1)</sup> Und daß seither das System der Grubenarbeit in keiner Weise eine Änderung erfahren hat, das bewiesen eben jetzt die Vorgänge in der englischen Bergwerksindustrie sowie die rapide Ausbreitung der Bewegung im Ruhrrevier und die spontanen Ausbrüche des Unwillens oberschlesischer Förderleute aufs neue. Die ungünstigen Einwirkungen gerade des herrschenden Arbeitssystems auf das Seelenleben der Bergarbeiter würden vielleicht nie eine Hebung ihres geistigen Niveaus zulassen, wenn es nicht etwas gäbe, das die schädigenden Einflüsse paralyisierte, etwas, das die Gedanken der Arbeiter von den Vorgängen in den Gruben ablenkte. Und dies Etwas, dem unbedingt ein maßgebender Einfluß auf die Gemütsbildung der Arbeiter eingeräumt werden muß, sind die Ideen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Wenn man heute schon beobachten kann, daß die Bergarbeiterschaft, zwar langsam, aber beständig, geistig emporsteigt, so ist das ausschließlich ein Verdienst der Arbeiterbewegung. Sie ist es, die dem Leben der Bergarbeiter, wie dem Leben der Arbeiterschaft überhaupt, neuen geistigen Inhalt gibt.

Naturgemäß hat die Arbeiterbewegung bei der geistigen Hebung dieser großen Arbeiterschicht noch größere Schwierigkeiten zu überwinden als dies bei der großen Mehrzahl der Arbeiter anderer Berufe der Fall ist; Schwierigkeiten, die sich aus den ganz besonderen Verhältnissen, unter denen die Bergarbeiterschaft zu leben gezwungen ist, ergeben. Schon die Abgeschlossenheit des Bergarbeitermilieus bietet anfänglich fast unüberwindliche Hindernisse für die Agitation. Die übergroße Mehrzahl der Bergarbeiter kommt mit Angehörigen anderer Berufe fast gar nicht in Berührung. In Städten und Dörfern mit fast ausschließlicher Bergarbeiterbevölkerung wohnend, erstreckt sich ihr gesellschaftlicher Verkehr nur auf Berufsgenossen. In vielen Bezirken ist es ein gewisser Berufsdünkel, das einzige Erbe alter Traditionen, von denen sich nur das äußere Gewand noch erhalten hat, der die Bergarbeiter veranlaßt sich Angehörigen anderer Berufe gegenüber abzuschließen. Andererseits aber darf man nicht verkennen, daß auch Arbeiter anderer Berufe sich oft von den rauen Manieren der Bergarbeiter, von der Ungeschliffenheit ihrer Sprache abstoßen lassen. Hier schlägt nun die Arbeiterbewegung die ersten Brücken zu gegenseitiger Verständigung. Die Arbeiterpresse trägt jetzt in die entlegensten Bergarbeitertörfer die Ideen der Arbeiterbewegung, und, ohne noch mit Angehö-

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Bergarbeiterpsychologie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1376 ff.

rigen anderer Berufe persönlich Föhlung bekommen zu haben, erfahren die Bergarbeiter zunächſt durch ſie von den Leiden, den Kämpfen und den Erfolgen der organisierten Arbeiterschaft. Sie lernen, daß ſie unter der übrigen Arbeiterschaft Gefährten haben, die unter gleichen wirtschaftlichen Mängeln leiden wie ſie ſelbſt. Sie beginnen mit dieſen Leidensgefährten anderer Berufe zu ſympathisieren: das Solidaritätsgefühl iſt geweckt. Ganz allmählich vollzieht ſich nun auch die persönliche Annäherung an andere Berufsgruppen, woraus ſich den Bergarbeitern eine neue Quelle geiſtiger Anregungen erſchließt. Unbeſtreitbar iſt nämlich die Tatsache, daß die Arbeiter der meiſten Berufe in Dingen des geſellſchaftlichen Umgangs, des Literatur- und Kunſtverſtändniſſes der großen Mehrheit der Bergarbeiter überlegen ſind. Die Umgangsformen und Lebensſitten der Bergarbeiter verfeinern ſich alſo durch den Verkehr mit ſolchen höher ſtehenden Angehörigen anderer Berufe immer mehr, ſo daß heute ſchon, namentlich in größeren Städten und Landorten mit reger Arbeiterbewegung, die Bergarbeiter der übrigen Arbeiterschaft in keiner Beziehung nachſtehen. Das ſind doch jedenfalls recht beachtenswerte Ausätze einer Entwicklung, die den weiteren geiſtigen Aufſtieg der Bergarbeiterschaft garantieren.

Dieſer Aufſtieg zu verfeinerten Lebensſitten iſt um ſo bemerkenswerter, als ihn ſelbſt die chriſtliche Religion nicht ſchaffen konnte. Zwar will ich nicht direkt behaupten, daß die Bergarbeiter religiöſer veranlagt ſeien als andere Arbeiter, indes iſt doch nicht zu verkennen, daß auf ſie alle religiöſe Myſtik einen größeren Eindruck macht als auf andere Arbeiterkategorien. Psychologiſch läßt ſich das mit guten Gründen aus der eigenartigen Natur der Bergarbeit erklären. Der ganze Arbeitsprozeß in tiefſter Nacht und Abgeſchloſſenheit, all die verborgenen Gefahren bei der Arbeit müſſen ſchon eine Diſpoſition für den Glauben an Überſinnliches ſchaffen, wenn der in der Geologie und Geophyſik unerfahrene Arbeiter ſich Erſcheinungen gegenüber ſieht, die er ſich nicht anders erklären kann. Und dennoch haben die Vertreter der chriſtlichen Sittenlehre, obwohl ſie in der Natur der Bergarbeit eine kräftige Stütze hätten, es nicht vermocht einen veredelnden Einfluß auf dieſe Arbeiterschaft auszuüben. So blieb es der Arbeiterbewegung vorbehalten Wandel zu ſchaffen.

Auch jene Bergarbeiter, die heute noch in den Voreingenommenheiten alter Traditionen befangen ſind, werden ſich den Einflüſſen ihrer Umgebung nicht entziehen können und allmählich für die Ideen der Arbeiterbewegung reif werden. Ihr Geſichtskreis wird durch persönlichen Verkehr mit anderen Berufsangehörigen erweitert, ihr Verſtändnis durch die Lektüre der Arbeiterpreſſe geweckt, und durch Ausſprache über Eindrücke und Auffaſſungen das logiſche Denken geſchärft. So bildet ſich allmählich die Erkenntnis nach den verſchiedenſten Richtungen hin aus, die ökonomiſchen Zuſammenhänge werden dem ſuchenden Geiſt klarer, der ſich nun der Einſicht öffnet, daß die heutige Kläſſeneinteilung der Geſellſchaft lediglich in den ökonomiſchen Verhältniſſen begründet iſt.

Solange der einfache Arbeiter das Ganze des kapitaliſtiſchen Produktionsprozeſſes noch nicht begriffen hat, ſolange er nur etwas von dem Druck, der gerade auf ihm laſtet, nur etwas von den Schäden, von denen gerade er betroffen wird, weiß, iſt er naturgemäß geneigt die Schuld an den Zuſtänden einzelnen

Personen beizumessen. Das trifft auf alle Arbeiter zu, ganz gleich, welcher religiösen oder politischen Richtung sie angehören. Dadurch, daß die Arbeiterbewegung die Schäden der heutigen Produktionsweise aufdeckt und sie aus dem kapitalistischen System erklärt, zieht sie den Blick eben auf dies System, in dem dann die einzelnen Personen nebensächlich erscheinen. Wenn heute noch einzelne Personen, wie Stinnes, Kirdorf usw., tatsächlich von der gesamten Bergarbeiterschaft gehaßt werden, so hat das seinen Grund nicht darin, daß sie Besitzer von ausgedehnten Bergwerksgerechtsamen sind, sondern darin, daß sie in der rücksichtslosesten Weise jede Forderung der Bergarbeiter, möge sie noch so berechtigt sein, bekämpfen, und daß sie ihre gesellschaftliche Stellung dazu gebrauchen die Gesetzgebung zuungunsten der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Die Stellung jener Persönlichkeiten in der Gesellschaft und das allzeit bereitwillige Entgegenkommen der Regierung diesen Bergwerksindustriellen gegenüber kann die Arbeiterpresse selbstverständlich nicht unberücksichtigt lassen, und so kommt es ganz von selbst, daß die Aufmerksamkeit der Bergarbeiter auf die Politik hingelenkt wird.

Sorgt hier die Arbeiterbewegung dafür, daß die Bergarbeiterschaft sich nach und nach zur Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge emporarbeitet, so sorgt sie auch andererseits dafür, daß die Erkenntnis der Gesellschaftsorganisation ebenfalls Gemeingut der Bergarbeiterschaft wird. Diese Erkenntnis der gesellschaftlichen Organisation, der eigentliche Grundbegriff, um den sich die ganze Politik dreht, ist unter den Bergarbeitern durchaus noch nicht in dem Maß verbreitet wie es wünschenswert wäre. Ihre Kenntnisse von der Schule her reichen in den meisten Fällen noch nicht einmal aus, um die geographischen Grenzen des Staates zu bestimmen. Von der Organisation des Staates, abgesehen davon, daß sie günstigstenfalls vielleicht Provinzen, Regierungsbezirke, Kreise und dergleichen herzählen können, haben sie nicht die mindeste Ahnung. In anderen Berufen haben die Arbeiter noch vielfach die Vorteile sich durch Reisen, durch Wanderschaften zu bilden, Erfahrungen zu sammeln, Land und Leute kennen zu lernen, sich mit den verschiedensten Verwaltungssystemen vertraut zu machen. Das alles fällt bei den Bergarbeitern fort: Der Bergbau ist in wenigen, räumlich weit auseinanderliegenden Bezirken konzentriert, und das Reisen im Bezirk selbst bringt keinen sonderlichen Gewinn. Also muß auch hier die Arbeiterbewegung erst Bildungsarbeit verrichten, um Kenntnisse allgemeiner Art zu vermitteln und auf dem von ihr vorbereiteten Boden weiterbauen zu können. Die Unkenntnis über die Verwaltungseinrichtungen des Reichs und der Staaten, die ganz allgemein die Interesselosigkeit bei allen öffentlichen Angelegenheiten verschuldet, wird vor allen Dingen beseitigt und damit zugleich eben jene üble Interesselosigkeit. Das zeigt sich nicht bloß bei öffentlichen Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften sondern vorzugsweise auch bei den engeren Berufswahlen der Bergarbeiter. Es sei nur an die letzten Knappschafts- und Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrgebiet erinnert, wo die rege Beteiligung und der erzielte Erfolg als Resultate der jahrzehntelangen Aufklärungsarbeit der Arbeiterbewegung, und speziell des Bergarbeiterverbands, anzusprechen sind. Ich weiß aus einer ganzen Anzahl von Fällen, daß die Arbeiter selbst früher den Wahlen gar kein Interesse entgegenbrachten, so daß Knappschaftsälteste und Berggewerbegerichtsbesitzer gewissermaßen von den Zechenverwaltungen ernannt wurden; die Kandidaten waren von den Verwaltungen nominiert und wurden hauptsächlich

von den Zechenbeamten gewählt. Das ist heute, zum Ärger der Bergindustriellen, nicht mehr der Fall: Die Bergarbeiter nominieren durch ihre Organisationen die Kandidaten und wählen sie, selbst gegen den Willen der Grubenbesitzer. Genau so verhält es sich bei allgemeinen Wahlen. In den Bergbaubezirken haben die Bergarbeiter in vielen Gemeinden sozialdemokratische Vertreter gegen die Zechenvertreter in die Gemeindeverwaltungen gewählt. Bei all diesen Wahlen wird das Interesse an den Verwaltungseinrichtungen (sei es der Gemeinden, der Staaten oder des Reichs) geweckt, schon weil sich die Sozialdemokratie nicht damit begnügt nur ihre Kandidaten zu empfehlen, sondern weil sie durch Aufklärung neue Kenntnisse in die Bergarbeitermassen trägt, diese mit der Organisation des Staates (der Gesellschaft) vertraut macht.

Für die geistige Hebung leistet das Vereinsleben in der Arbeiterbewegung sehr gute Dienste, denn es erzieht zur Mitarbeit und zur Verantwortlichkeit. Es ist eine Tatsache, daß die Verhandlungen selbst in den kleinsten Zirkeln das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen wecken und weiter ausbilden, und daß diese Verhandlungen wesentlich dazu beitragen die erst unklaren Begriffe und Vorstellungen zu schärfen. So wirkt eine Unmasse von Umständen in der Arbeiterbewegung zusammen und schiebt langsam auch die Bergarbeiterschaft auf ein höheres geistiges Niveau.

Diese Entwicklung bleibt selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf das Gemütsleben der Bergarbeiter. Der Arbeiter, der sich durch die Einwirkungen des Systems der Grubenarbeit früher niederdrücken ließ, erkennt, daß ein Weg zur Änderung der Verhältnisse vorhanden ist. Je weiter er in dieser Erkenntnis vordringt, desto klarer wird ihm das Ziel. Wohl ist er noch in den Eigenheiten des Bergarbeitermilieus befangen. Die für ihn typische schnelle Erregbarkeit macht sich zwar während des Arbeitsprozesses noch zeitweilig bemerkbar. Aber er hat doch schon Selbstbeherrschung gelernt. Bei dem großen Bergarbeiterstreik von 1905 hat die Bergarbeiterschaft das schon deutlich bewiesen. In vollständiger Ruhe hat damals ein Heer von mehr als 200 000 Streikenden 4 Wochen lang im Kampf gestanden, um dann, als alle Aussichten auf Erfolg geschwunden waren, wenn auch mit Widerwillen, wieder in das alte Joch zurückzukehren. Auch die letzte Lohnbewegung der Ruhrbergleute liefert den Beweis, daß sich die Bergarbeiterschaft zu beherrschen gelernt hat. Die Disziplinlosigkeit eines Teils der Belegschaften der Zechen *Kaiserstuhl* und *Scharnhorst* bei Dortmund fallen nicht ins Gewicht. Was will es bedeuten, wenn von mehr als 300 000 Arbeitern 1000 in einen *wilden* Streik eintreten? Es ist das nur ein Beweis dafür, daß das Grubenkapital die Arbeiterschaft bereits zum Äußersten gereizt hat. Vergleicht man mit diesen Kämpfen den Bergarbeiterstreik von 1889, so fällt der riesige Unterschied in dem Verhalten der Streikenden sofort ins Auge. Wenn auch der Streik von 1905 ebenfalls spontan zum Ausbruch kam, weil die Erbitterung in den Arbeiterkreisen zu groß war, so sind doch nirgends Gewalttätigkeiten vorgekommen. 1889 tobte sich die Empörung förmlich aus. Selbst an totem Material wurde die lang aufgespeicherte Wut ausgelassen, ganz abgesehen von mancher anständigen Tracht Prügel, die an mißliebige Beamte verabreicht wurde. Damals sprang außerdem das Streikfeuer vom Ruhrrevier bis nach Schlesien über. Wenn sich 1905 nicht das selbe ereignete, so ist das lediglich der Bergarbeiterorganisation zu danken, denn Zündstoff war auch in Schlesien genug vorhanden. Auch jetzt glimmt die Erbitterung in den Herzen der Bergleute unvermindert weiter, und wenn

diesmal unbedachte Handlungen, wie sie bei früheren Kämpfen so häufig vorkamen, unterblieben, so ist das nicht das Werk eines Augenblicks sondern das jahrzehntelanger intensiver Aufklärungsarbeit durch die Arbeiterbewegung.

Man muß sie gekannt haben, als noch keine geistigen Interessen in ihnen geweckt waren, als sie noch die von der Fron des Grubenarbeitersystems, von der Mißachtung ihrer Rechte durch das Grubenkapital und die Gesetzgebung seelisch aus dem Gleichgewicht gebrachten Menschen waren, um ermessen zu können, welche Tat die Arbeiterbewegung hier vollbracht hat. Überall, auf dem Zechenweg, in der Grube, überhaupt bei jeder Gelegenheit bilden irgend welche Anordnungen und Bekanntmachungen der Organisationsleitungen das Thema zur Unterhaltung, werden politische Vorgänge besprochen. Und bei diesen Auseinandersetzungen weicht allmählich die seelische Depression, nicht nur bei denen, die sich an diesen Gesprächen beteiligen, sondern auch bei denen, die lediglich als Zuhörer folgen. Dabei haben diese Gespräche noch das Gute, daß sie die Gedanken in den meisten Fällen auch während der Arbeitsschicht beschäftigen und so nach und nach das Gleichgewicht im Gemütsleben auch beim Arbeitsprozeß erhalten. Das ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sich dadurch immer größere Kreise der Bergarbeiterschaft zu ruhigem Denken erziehen. Allerdings sind die Einwirkungen des Grubensystems auf die Seele der Bergarbeiterschaft heute noch stark genug, um eine schnelle Wandlung zum Bessern zu verhindern. Jedoch weiß ich aus meinen persönlichen Erfahrungen, daß die Bergarbeiterschaft mit dem weiteren Eindringen der Ideen der Arbeiterbewegung und mit der damit eng verbundenen Erweiterung der Kenntnisse von den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen, wenn auch langsam, so doch stetig, aus der in der Produktionsweise begründeten Misere emporsteigt.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

**National-liberale Partei** (Im nationalliberalen Lager stoßen die ältere und die jüngere Richtung unaufhörlich zusammen, und dem nach Berlin zum 12. Mai einberufenen Parteitag wird deshalb allseits eine außergewöhnliche Bedeutung beigemessen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht immer wieder, obwohl oft nur indirekt und unausgesprochen, das Problem der für Deutschland zu erstrebenden parlamentarischen Mehrheitsbildung. Stärkern Wiederanschluß nach rechts erstrebt die Gruppe um Friedberg, Schiffer und Schmieding, die ihren organisierten Kern mehr und mehr in der preußischen Landtagsfraktion findet. Auf eine umfassendere Verständigung der Linksparteien arbeiten dagegen die um Bassermann sich scharenden Elemente hin, mit vielen

Süddeutschen und vor allem den Jungliberalen an der Spitze.

Die Vorberatung des Zentralvorstands am 24. März in Berlin brachte zunächst eine Überrumpelung des linken Flügels. Man wünschte zwar ein »positives Zusammenarbeiten mit allen bürgerlichen Parteien«, wies jedoch »die Unterstellung der Absicht eine Großblockpolitik im Reich treiben zu wollen entschieden zurück«. Als Bassermann dann von neuem zum 1. Parteivorsitzenden, mit 79 Stimmen, gewählt wurde, erinnerten ihn nicht weniger als 30 unbeschriebene Zettel an die Maulwurfsarbeit der Opposition. In den geschäftsführenden Ausschuß wurde der Führer der Jungliberalen, Dr. Fischer, überhaupt nicht wiedergewählt, und ebenso unterlag Dr. Stresemann, dem man zu große Abhängigkeit vom *Hansabund* zutraute, ohne auf seine Gegenerklärung zu achten, daß er den Geschäftsführerposten im *Hansa-*



*bund* nicht annehmen werde. Den schärfsten Vorstoß gegen links enthält jedoch der Beschluß »dem nächsten Vertretertag den Entwurf einer Statutenänderung vorzulegen, nach welchem nur solche speziellen Vereine der Parteiorganisation angeschlossen werden können, welche ihrerseits den Landesverbänden angeschlossen sind und nicht einen besonderen organisierten Gesamtverband mit eigener Spitze bilden«. Denn dabei handelt es sich um die Grundlage der ganzen jungliberalen Organisation, um den neben der eigentlichen nationalliberalen Partei bis in die zentrale Spitze hinauf sonderorganisierten *Reichsverband der nationalliberalen Jugend*, der in den letzten Jahren, unter Führung einiger Intellektueller von vielfach naumannähnlichem Gepräge, die Mittelparteiler alten Schlages häufig einer scharfen Kritik unterwarf.

In gewissem Sinn geht es also am 12. Mai um die Zukunft der nationalliberalen Partei, sicherlich aber um die nächste Zukunft der nationalliberalen Mehrheitsbildung (siehe auch Quesel *Zerstörung der linken Mehrheit?* in diesem Band, pag. 463 ff.). Wenn die Politik einfach nach berühmten Mustern darin bestände überall bei sich regenden Neuentwicklungen und Meinungsverschiedenheiten *das Tischuch zu zerschneiden oder reinen Tisch zu machen*, so wäre für beide streitende Teile die Lösung des ganzen Problems, unbekümmert um die weiteren politisch-parlamentarischen Folgewirkungen, eine sehr einfache: geh du linkswärts, laß mich rechtswärts gehn! Vielleicht aber stimmen die Jungliberalen eher der Naumannschen *Hilfe* zu, wenn diese die Gesamtinteressen des bürgerlichen Liberalismus in folgender Weise darlegt: »Alles zeigt, wie schwer die Krisis ist, in die der Vorstoß der rechten Flügelgruppe die nationalliberale Partei hineingetrieben hat. Die Schwarzen und Blauen triumphieren denn auch bereits. Sie hoffen auf eine Spaltung der nationalliberalen Partei, aus der sie Kapital zu schlagen gedenken, da ja die geringste Abbröckelung nach rechts ausreicht die Mehrheit der Linken in diesem Reichstag zu vernichten. Die Volkspartei (und übrigens ebenso die Sozialdemokratie) hat keinen Anlaß den Schadenfrohen zu spielen. Selbst wenn ein Teil der Jungliberalen abbröckeln und bei der Volkspartei Anschluß suchen sollte, wäre damit für die Volkspartei nichts gewonnen,

für den Gesamtliberalismus aber viel verloren, da das zurückbleibende Gros der nationalliberalen Partei damit das liberale Gewissen preisgeben hätte. Die Volkspartei kann deshalb nur wünschen, daß der linke Flügel der nationalliberalen Partei in all den Erregungen die Besonnenheit wahren möge, damit, wenn es schon einmal unvermeidlich geworden sein sollte das Messer des Chirurgen zu gebrauchen, diese nur einige reaktionäre Fremdkörper herausschneidet, nicht aber ohne Not gesundes Fleisch verletzt.«

× **Finanz- und Wehrvorlagen** ×  
 Daß andererseits eine *Entente* der Linken heute keineswegs alle Hauptgebiete der Reichspolitik umfassen kann, muß sich sofort bei den Wehrvorlagen von neuem offenbaren. Die Jungliberalen vertreten auch hier (um mit den *Marrstudien* des Genossen Hilferding zu sprechen) die »fortschrittliche kapitalistische Politik gegenüber der überwundenen der Freihandelsära und der Staatsfeindschaft«; das heißt sie sind eher noch imperialistischer als der Altnationalliberalismus. Die Volksparteiler schwanken zwischen diesem historisch-notwendigen Fortschreiten im Sinn unseres neuesten Edelmarxismus und dem Fortschritt im Sinn des alten manchesterlichen, weltpolitikfeindlichen Eugen Richterschen Verhaltens. Die Arbeiterpartei steht durch ihre Vergangenheit und Gegenwart in schärfster Opposition zu allen Rüstungsplänen, soweit sie nicht von dem Grundgedanken der Miliz ausgehen. Eine Annahme der Vorlagen ist den Liberalen also nur mit Hilfe weiter rechts stehender Parteien möglich, und für die Grundbestimmungen scheint in der Tat eine reichlich genügende Koalitionsmehrheit vorhanden. Immerhin wird man auf heftigere parlamentarische Kämpfe wegen der Deckungsvorschläge gefaßt sein müssen. Die Regierung hat hier im Lauf weniger Monate, ja weniger Wochen eine verblüffende, freilich leicht begreifliche Generalschwenkung vollzogen. Noch beim Beginn der allgemeinen Etatsdebatten wies sie alle hauptsächlich von der Zentrumsseite ausgehenden günstigeren Auffassungen der Reichsfinanzlage zurück. Sie sträubte sich den Ertrag der Einzelsteuern im Voranschlag für 1912 höher anzusetzen, obwohl bei manchen Steuern, wie beim Zucker, abnorm niedrige, sogar niedrigere Eingänge als die tatsächlichen Erträgnisse in den Vorjahren veranschlagt waren. Der Zucker brachte

beispielsweise 1910 151 Millionen Mark, 1911 über 166 Millionen Mark, war jedoch für 1912 mit nur 145,2 Millionen Mark eingestellt. Ferner wollte der Schatzsekretär Wermuth die verfügbaren Überschüsse des Rechnungsjahres 1911 lediglich für außerordentliche Schuldentilgungen reserviert sehen. Er kam daher zu der Schlußfolgerung, daß anlässlich der Vermehrung des Heeres und der Flotte neue Steuerquellen mit einem jährlichen Ertrag von etwa 100 bis 120 Millionen Mark erschlossen werden müßten. Damit tauchte vor allem die Erbschaftsbesteuerung wieder am Horizont auf, sehr wenig zur Freude des schwarzblauen Blocks. Das alles hat sich seit den Berliner Ministerkonferenzen und dem Abgang Wermuths wie mit einem Schlag geändert. Allerdings, die Wehrvorlagen beanspruchen bis zum Jahr 1917 nach den jetzigen Regierungsangaben 650½ Millionen Mark (440½ Millionen für das Heer und 210 Millionen für die Flotte), also, wie vorher verkündet, jährlich rund 110 Millionen Mark. Schon für das kommende Rechnungsjahr werden jedoch die Etatsansätze mit einemmal, da nunmehr »eine genauere Schätzung der Einnahmen« als früher (das heißt als vor 6 Wochen) möglich sei, um 70 Millionen Mark günstiger eingestellt, und in jedem der weiteren 5 Jahre glaubt man über den gleichen Mehrbetrag verfügen zu können. Daran reihen sich als sichere und erwartete Überschüsse: 270 Millionen Mark aus dem eben beendeten Rechnungsjahr (1. April bis 31. März), herausgerechnete 150 Millionen aus der allgemeinen Finanzentwicklung der nächsten 6 Jahre und 215 Millionen, die nach der Fertigstellung des Nordostseekanals und aus Ersparnissen im Extraordinarium in Aussicht zu nehmen seien. Alles in allem glaubt deshalb die Regierung mit der Aufhebung der Branntweinliebesgabe für die alte Branntweinsteuergemeinschaft und mit der Ermäßigung der Liebesgabe für Bayern, Württemberg und Baden ohne weitere neue Steuern auskommen zu können. Sie erhofft davon im Rechnungsjahr 1912 14½ Millionen Mark Mehreinnahme, in den folgenden Jahren je 36 Millionen Mark. »Vorausgesetzt ist hierbei jedoch«, wie es charakteristisch weiter heißt, »daß bei der Finanzgebarung des Reichs die Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung ebenso wie in den letzten Jahren gewahrt bleiben. Voraussetzung ist ferner, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sich nicht fühlbar

verschlechtert, und keine besonderen neuen Anforderungen an das Reich herantreten. Sollten diese Voraussetzungen sich nicht erfüllen, so würde sich die Notwendigkeit ergeben neue Einnahmequellen zu erschließen.« Dieser plötzliche Optimismus dürfte noch zu den lebhaftesten Auseinandersetzungen zwischen Links und Rechts führen.

× Italien und Tripolis Die Memoiren Francesco Crispi, herausgegeben von Crispi Neffen, T. Palamenghi-Crispi (deutsch von W. Wichmann-Rom/Berlin, Fontane/), sind ein geschichtlich und persönlich hochinteressantes Quellenwerk, vor allem zur Entstehungsgeschichte des Dreibundes und zum Verständnis der tiefen französisch-italienischen Gegensätze, von denen, mehr als den miterlebenden Zeitgenossen zunächst erkenntlich, besonders die Jahre 1887 bis 1890 beherrscht waren. Auch auf die unaufhaltsamen weltpolitischen Tendenzen der italienischen Entwicklung fällt dabei manches scharfe Licht, und der gerade in Deutschland und in der deutschen sozialdemokratischen Presse weitverbreitete Irrtum, Italiens Streben nach der Vorherrschaft in Tripolis datiere erst von heute und gestern, verfließt hier vollends in nichts. Schon 1880 erklärte sich Freycinet in einem Gespräch mit dem italienischen Botschafter in Paris bereit Italien die Besetzung des Landes einzuräumen für den Fall, daß Frankreich Tunis in seine Gewalt nähme: »Warum versteifen Sie sich darauf an Tunis zu denken, wo Ihre Konkurrenz eines schönen Tages unsere guten Beziehungen stören kann? Warum richten Sie Ihre Augen nicht lieber auf Tripolis, wo Sie sich weder mit uns noch mit irgend jemand anderm zu streiten hätten?« Im Juli 1890 schreibt Crispi nach Berlin: Falls Frankreich seine absolute Herrschaft in Tunis aufrichte, sei die Angliederung Tripolitaniens an Italien die »einzig mögliche Sicherheit gegenüber einer Vergrößerung der Land- und Seemacht Frankreichs. Wir wollen im Einvernehmen mit den befreundeten Regierungen [des Dreibunds und Englands] vorgehen, aber wir sind entschlossen alle Mittel anzuwenden, damit Italien nicht von einem Ereignis betroffen werde, das einem Unglück gleichkäme.« Gleichzeitig schildert er Lord Salisbury brieflich die Gefahren eines von Marokko bis nach Ägypten sich erstreckenden französischen Gebietes, für England so gut wie für Italien selber. »Was Italien betrifft, so würde es bestän-

dig der französischen Bedrohung ausgesetzt sein; Malta und Ägypten wären für England keine genügende Bürgschaft mehr . . . . Italien muß deshalb einer Besetzung auch Tripolitanien durch Frankreich zuvorkommen. Wenn wir Tripolis besitzen, so wäre Biserta keine Bedrohung mehr weder für Italien noch für Großbritannien.« Lord Salisbury erwidert umgehend: Damit das Mittelmeer kein französisches Binnengewässer werde, sei die Besetzung Tripolis durch Italien »im Interesse Europas unbedingt erforderlich. Die einzige Frage, die zu erörtern wäre, ist die, ob der gegenwärtige Augenblick für das Unternehmen zweckmäßig ist.« Die Mahnung zum vorläufigen Abwarten begründete Salisbury damit, daß sich die empörte Türkei in die Arme des (damals für die gesamte orientalische Frage noch ausschlaggebenden) Rußlands werfen könnte. Trotzdem, der Zustimmung seitens Englands, Deutschlands und Österreich-Ungarns »im Prinzip sichere«, war Crispi entschlossen Frankreich die Aufhebung der italienischen Kapitulationen in Tunis bis zum Abschluß eines Vertrags zu verweigern, der Tripolis für die Einflußsphäre Italiens vorbehielt. »Crispi würde auch die Einwilligung Frankreichs leicht gewonnen haben . . . . Aber mit dem Rücktritt Crispis [1891] war dem Gebäude der Grundstein genommen. Der Widerspruch gegen die Befestigung von Biserta wurde von seinem Nachfolger fallen gelassen. Und Frankreich, das nun sein Gebiet in Tunesien nach Belieben befestigen konnte, hatte nicht mehr nötig sich zu Verhandlungen mit Italien zu bequemen und Konzessionen zu machen. Als die Frage über Tripolitanien wieder aufgenommen wurde, mußte Italien das Opfer anderer Interessen bringen.«

× **Kurze Chronik** Am 11. April brachte Asquith im englischen Unterhaus die neue Selbstregierungsvorlage für Irland ein. Irland soll dadurch eine eigene Volksvertretung von 164 erwählten und eine Erste Kammer von 40 ernannten Mitgliedern erhalten. Alle Fragen, die Krieg und Frieden, Verträge und ähnliches betreffen, bleiben dem Reichsparlament vorbehalten; ferner kann das Reichsparlament jederzeit ein in Irland beschlossenes Gesetz für ungültig erklären. Im übrigen ist die Selbstregierung Irlands, etwa wie bei den deutschen Einzelstaaten, in weitgehendem Maß gewährleistet. Die Arbeiterpartei erklärte sich durch Macdonald für die

Vorlage, unter dem Hinzufügen, daß sie eine ähnliche Entlastung des Reichsparlaments auch für Schottland, England und Wales erwarte. × Die türkischen Wahlen haben zu einem vollen Sieg des jungtürkischen Komitees geführt. Damit sind die Aussichten auf ein Nachgeben der Türkei gegenüber Italien kaum günstiger geworden. × Ein Abkommen über gegenseitige Zollbevorzugungen haben Kanada und Britisch Westindien abgeschlossen.

### Sozialpolitik / Johannes Heiden

**Unfallversicherung** Nach dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts umfaßte die Unfallversicherung im Jahr 1911 rund 24 Millionen Versicherte. Als Träger der Versicherung wirkten neben den 66 gewerblichen und 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 556 Ausführungsbehörden. 716 527 Versicherte erlitten Unfälle, von denen 133 365 die Arbeitsfähigkeit über die 13. Woche hinaus beeinträchtigten. An Renten wurden einschließlich der laufenden aus Unfällen früherer Jahre rund 167 Millionen Mark gezahlt.

Recht mangelhaft ist es noch immer mit der Unfallverhütung und der Überwachung der Betriebe bestellt, besonders in der Landwirtschaft. Das Reichsversicherungsamt betont seit Jahren die Notwendigkeit größeren Schutzes gegen Unfallgefahren in den landwirtschaftlichen Betrieben. Bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung ist aber bekanntlich der Vorschlag des Regierungsentwurfs vom Reichsversicherungsamt die Befugnis zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften und zur Anstellung von Aufsichtsbeamten für alle Berufsgenossenschaften zu geben auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften beschränkt und für die landwirtschaftlichen abgelehnt worden. Die Versicherungsträger erteilten insgesamt 409 284 Bescheide, von denen 70 324 mit Berufung angefochten wurden. Die Zahl der Berufungen ist gegen das Vorjahr um 3,56 % zurückgegangen. Außer den Berufungen hatten die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung noch 45 667 Anträge auf Änderung älterer Renten zu bearbeiten, die in der Hauptsache (42 715) von den Versicherungsträgern gestellt werden. Die Zahl dieser Anträge ist in den letzten Jahren stark gestiegen, was zum großen Teil auf den Umschwung in der Bewertung von Unfallfolgen zurückzuführen ist. Von den Schiedsgerichten wurden 103 808 Streitfälle erledigt und

zwar 18087 zugunsten der Verletzten und 85811 zugunsten der Versicherungsträger. Das Rechtsmittel des Rekurses wurde in 24184 Fällen ergriffen. Mit den Rückständen aus früheren Jahren hatte das Reichsversicherungsamt 42120 Rekurse zu bearbeiten. Hiervon wurden 22459 erledigt und 19661 ins neue Jahr hinübergenommen. Von den erledigten Sachen wurden 20175 durch Urteil entschieden, das in 14877 Fällen auf Bestätigung der Entscheidung der Vorinstanz und in 5051 Fällen auf Abänderung lautete; 247 Sachen wurden an die Vorinstanz zurückgewiesen. Der Anteil der Entscheidungen, die den Versicherten günstig sind, vermindert sich anhaltend, was teilweise auch auf die schon oben als Ursache des Wachsens der Zahl der Anträge auf Rentenänderung angegebene Veränderung in der Beurteilung der Unfallsfolgen zurückzuführen ist.

× **Hausarbeitsgesetz** Am 1. April ist ein Teil des Hausarbeitsgesetzes in Kraft getreten. Die Bestimmungen

über Publizierung der Löhne durch Anschlag in den Ausgabestätten der Heimarbeit und durch Arbeitszettel und Lohnbücher gelten noch nicht. Der Termin, an dem sie wirksam werden sollen, wird durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt. Der jetzt geltende Teil des Gesetzes enthält in der Hauptsache Vollmachten an die Behörden zum Erlaß von Vorschriften über Beschaffenheit der Arbeitsstätten, Regelung der Arbeitszeit von Jugendlichen und anderes. Für die Kenntnis des Umfangs der Heimarbeit kann die Registrierpflicht der Unternehmer, die Verzeichnisse über alle von ihnen beschäftigten Heimarbeiter zu führen haben, von Wert werden. Den Polizeibehörden und den Gewerbeaufsichtsbearbeitern muß jederzeit Einsicht in die Verzeichnisse gestattet werden. Der Bundesrat kann Fachausschüsse zur Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimarbeiter und zur Begutachtung von Vorschlägen auf gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse einsetzen. Tiefe Furchen wird das Gesetz nicht graben.

× **Gewerbeordnungs-novelle** Gleichfalls am 1. April ist die Novelle zur Gewerbeordnung in Kraft getreten. Sie befugt die Landeszentralbehörden und Polizeibehörden Verordnungen über Lohnbücher und Arbeitszettel zu erlassen. Andere Bestimmungen versuchen die

Pflicht zum Besuch der Fortbildungsschule auszudehnen. Es ist vorgesehen, daß die Schulpflichtigen auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit zum Besuch der Schule angehalten werden können, und den höheren Verwaltungsbehörden ist die Ermächtigung erteilt die Fortbildungsschulpflicht durch Statut zu begründen, wenn eine Gemeinde oder ein Kommunalverband trotz Antrags kein Statut erläßt. Die wichtigste Bestimmung der Novelle ist die, die die Möglichkeit der Einführung des Maximalarbeitstags erweitert. Die Landeszentralbehörden und Polizeibehörden können durch Polizeiverordnungen Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der Pausen regeln. Bisher war nur der Bundesrat zum Erlaß solcher Anordnungen zuständig. Die Gewerbeaufsichtsbearbeitern können bei der zuständigen Polizeibehörde den Erlaß solcher Anordnungen für einzelne Betriebe beantragen. Den Gewerbeaufsichtsbearbeitern ist damit die Möglichkeit gegeben für die Verwirklichung des Arbeitsschutzes etwas mehr zu tun als bloß übermäßig lange Arbeitszeiten zu registrieren und Vorstellungen bei den Unternehmern zu erheben.

× **KurzeChronik** Groß ist die Zahl der sozialpolitischen Anregungen, die bei den Debatten über den Etat des Reichsamts des Innern im Reichstag gegeben wurden. Allein 76 Resolutionen sind eingebracht worden. Die Abstimmung über sie soll erst nach der 3. Lesung des Etats erfolgen. Zu einigen dieser Resolutionen wird noch später Stellung zu nehmen sein. × Eine Erhebung des Metallarbeiterverbands, die sich auf 1141 Orte und 46342 Betriebe mit 1610379 Beschäftigten erstreckt, hat ergeben, daß 19,71% 48 bis 54 Stunden, 36,02% 54 bis 60 Stunden, 30,25% 60 Stunden und 14,03% mehr als 60 Stunden wöchentlich arbeiten. × Im Reichsamt des Innern ist ein Gesetzentwurf über Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe fertiggestellt worden. Er liegt den Regierungen der Einzelstaaten zur Begutachtung vor. × Der Versuch der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger engagementslosen Schauspielern durch Veranstaltung von Volksvorstellungen Beschäftigung zu verschaffen ist nicht ganz geglückt. Die Genossenschaft hat jetzt einer Anzahl größerer Vereine Stücke und Darsteller zur Verfügung gestellt. × Die Internationale Vereinigung für geset-

lichen Arbeiterschutzes wird vom 10. bis zum 12. September in Zürich eine Generalversammlung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen unter anderm: Heimarbeiterfragen in Deutschland und die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben der Großindustrie. X Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, hat in der Budgetkommission des Reichstags die Entscheidung der verbündeten Regierungen über den Erlaß eines Reichswohnungsgesetzes für den Herbst dieses Jahres in Aussicht gestellt. X Durch ein Gesetz betreffend Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1911-1912 ist die Errichtung des Direktoriums für die Reichsversicherungsanstalt der Privatangestelltenversicherung genehmigt worden. Der vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Koch, ist zum Präsidenten ernannt worden. Direktoren sind Dr. Beckmann aus dem Reichsamt des Innern und Dr. Lehmann vom Reichsversicherungsamt. X In Griechenland ist ein staatliches Arbeitsamt errichtet worden. Es soll die Arbeitsbedingungen im In- und Ausland beobachten und bei Streit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vermitteln. Weiter gehört zu seinen Aufgaben die Vorbereitung von sozialen Gesetzentwürfen und anderes. X Die Ernennung von Arbeitern zu Baukontrollleuren ist für Preußen abgelehnt worden, weil Arbeiter angeblich nicht genügende Befähigung haben und ihre Verwendung zur Verschärfung der Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern beitragen soll. X Für die Zeit vom 24. bis zum 27. Juni ist ein allgemeiner Fürsorgeerziehungstag nach Dresden einberufen worden. X Die preußische Regierung beabsichtigt in den neu zu errichtenden Versichertenämtern verabschiedete Offiziere anzustellen.

X  
**Literatur** In seinen *Grundsügen des Versicherungswesens* (Leipzig, Teubner/ gibt Professor Dr. Alfred Manes einen kurzen Leitfaden über Bedeutung und Entwicklung der Versicherung. Der Darstellung des Geschäftsgangs der Versicherungsbetriebe schließt sich eine Erläuterung der wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzes über den Versicherungsvertrag an. In einem 2. Teil werden die einzelnen Zweige der Versicherung behandelt. Kurze gedrängte Kapitel unterrichten über die Entwicklung jedes Versicherungszweigs und den jetzigen Stand. Für den Zweck ein Lehrbuch für Fortbildungsschulen zu

sein ist die kleine Schrift, die sich durch klare und leichtverständliche Sprache auszeichnet, sehr geeignet. X *Unfallgefahren und Unfallschutz in der Holzindustrie* ist ein kleines, vom Holzarbeiterverband herausgegebenes Schriftchen betitelt. Es enthält Angaben über die Verbreitung der mit motorischer Kraft arbeitenden Betriebe und der in ihnen aufgestellten Arbeitsmaschinen. Die besonderen Gefahren der Holzbearbeitungsmaschinen werden kurz behandelt und die Forderungen der Maschinenarbeiter und Säger zum Schutz gegen Unfallgefahren an die Berufsgenossenschaften, die Gewerbeinspektion und die Gesetzgebung begründet. Sie erstrecken sich auf die Einführung von Schutzeinrichtungen, auf die Vermehrung der Aufsichtsbeamten durch die Berufsgenossenschaften und Regierungen sowie auf Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen. Das Verlangen nach weiteren Schutzeinrichtungen und noch schärferer Kontrolle der Betriebe ist nur zu berechtigt. Sind doch gerade unter den Maschinenarbeitern der Holzindustrie Verletzungen besonders der Hände sehr häufig. Es ist zu wünschen, daß das Reichsversicherungsamt darauf eingehen möge, wenn der Holzarbeiterverband, wie in der Schrift angekündigt ist, um Erlaß schärferer Unfallverhütungsvorschriften und Anstellung einer größeren Anzahl von Aufsichtsbeamten nachsuchen wird. Die Befugnis dazu erhält das Amt mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung. X Der schweizerische Metallarbeiterverband hat für das Jahr 1910 eine *Haushaltungstatistik* erhoben, deren Ergebnis jetzt in dem Schriftchen *61 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern in der Schweiz* (Bern, Unionsdruckerei/ vorliegt. Die sehr verdienstvolle Arbeit bestätigt die auch bei anderen Erhebungen dieser Art festgestellte Tatsache, daß die Lebenshaltung der Arbeiter außerordentlich dürftig ist. Löhne, wie sie die Mehrzahl der Arbeiter erzielt, reichen nicht aus, um die Ernährung so zu gestalten, daß sie den Anforderungen, die die Physiologie an sie stellt, genügt. So schwierig Erhebungen über die Lebenshaltung sind, so groß ist doch der Wert der Feststellungen über die tatsächliche Lebenshaltung.

**Kommunalpolitik / Hugo Lindemann**

**Privatschulunterstützung** Sollen die Gemeinden private Schulen allgemein oder nur gewisse Arten von ihnen durch Subventionen unterstützen?

Welche Arten von Schulen kommen bei-  
jahendensfalls in Betracht? In welchem  
Umfang soll die kommunale Unter-  
stützung gereicht werden? Soll sie von  
besonderen Bedingungen abhängig ge-  
macht werden, und welche sind dies?  
Alle diese Fragen sind in der letzten  
Zeit in verschiedenen Gemeinden aktuell  
geworden. So hatten sich die Stadtver-  
ordnetenkollegien Breslaus und  
Charlottenburgs mit der Frage  
zu beschäftigen, ob privaten höheren  
Mädchenschulen eine städtische Unter-  
stützung zugewandt werden soll. Der  
Breslauer Magistrat beantragte den 12  
in Breslau vorhandenen höheren Privat-  
mädchenschulen einen jährlichen Zuschuß  
von 10 bis 22 Mark für jede einheimische  
Schülerin und der einen vorhandenen  
privaten Mädchenmittelschule einen sol-  
chen von 8 Mark zu gewähren. Die Not-  
wendigkeit für eine solche Unterstützung  
wurde in Breslau und ebenso auch in  
Charlottenburg mit den Verpflichtungen  
gerechtfertigt, die den höheren Mädchen-  
schulen durch die Bestimmungen über die  
Neuordnung des höhern Mädchenschul-  
wesens vom 18. August 1908 auferlegt  
wurden, und die ihnen gegen früher große  
Mehrkosten verursachen. Nach diesen  
Bestimmungen muß die Hälfte der Stun-  
den in den wissenschaftlichen Fächern  
der Mittel- und Oberstufe von akade-  
misch gebildeten Lehrern und Lehre-  
rinnen erteilt werden; ferner sollen  
männliche und weibliche Lehrkräfte in  
annähernd gleicher Zahl, mindestens aber  
im Verhältnis von 1 zu 2 unterrichten,  
die Zahl der durch nicht voll beschäftigte  
Hilfskräfte erteilten Stunden darf in der  
Regel ein Drittel der Gesamtstundenzahl  
nicht übersteigen; in der 4., 3., 2. und  
1. Klasse der Studienanstalten und in den  
wissenschaftlichen Seminarklassen darf  
der Unterricht in den wissenschaftlichen  
Fächern nur akademisch gebildeten  
Oberlehrern und Oberlehrerinnen über-  
tragen werden. Ferner dürfen, abgesehen  
von der Unterstufe, höchstens je 2  
Klassen mit zusammen höchstens 40  
Schülerinnen gemeinsam unterrichtet  
werden. Und schließlich werden größere  
Anforderungen an die Schulräume und  
deren Ausstattung gestellt. Diese Vor-  
schriften haben zum Teil die Wirkung  
gehabt, daß höhere Mädchenschulen von  
ihren bisherigen Unternehmern aufge-  
geben wurden, zum andern Teil, daß  
die Vorsteherinnen darauf verzichteten  
die Anerkennung als höhere Mädchen-  
schule auch für die Zukunft für ihre  
Schulen zu erwerben und sie als *geho-  
bene Mädchenschule, Privatmädchen-*

*schule* oder unter ähnlichen Namen  
weiterführten; ein Teil endlich ist an  
die Stadtverwaltungen um Beihilfen zu  
der Ausgestaltung und Fortführung ihrer  
Schulen herangetreten. Eine Umfrage  
hat ergeben, daß in Danzig, Schöneberg,  
Posen, Aachen, Bochum, Bonn, Gleiwitz,  
Beuthen, Koblenz, Bromberg Beihilfen  
gezahlt werden. Von diesen Städten  
haben Aachen, Bochum, Bromberg, Dan-  
zig und Schöneberg eigene höhere  
Mädchenschulen. Auch Breslau und  
Charlottenburg unterhalten solche An-  
stalten. Es handelt sich also um Schulen,  
die gleicherweise von den Städten wie  
von privaten Unternehmern betrieben  
werden. In den Lehrplänen, der Art des  
Unterrichts usw. wird zwischen den  
privaten und den öffentlichen Mädchen-  
schulen wohl kaum ein Unterschied be-  
stehen. Die Städte haben ferner durch  
die Errichtung solcher Mädchenschulen  
ihre Verpflichtung anerkannt für die  
höhere Bildung der Mädchen zu sorgen.  
Dabei wäre allerdings im einzelnen Fall  
zu untersuchen, ob die Stadtverwaltungen  
diese Verpflichtung als eine primäre oder  
subsidiäre ansehen, das heißt ob sie die  
Fürsorge für die höhere Mädchenbildung  
zunächst grundsätzlich den privaten  
Unternehmern überlassen und nur insow-  
weit eintreten als die private Unterneh-  
mung nicht ausreicht, oder ob sie umge-  
kehrt sich als den primären Träger be-  
trachten und der privaten Unternehmung  
nur eine subsidiäre Rolle zuweisen.  
Wenn die Städte höhere Mädchenschulen  
in ausreichender Zahl eingerichtet haben,  
so daß an und für sich kein Bedürfnis  
für private Schulen gegeben ist, würde  
die Gewährung von Unterstützungen an  
solche Unternehmungen nichts anderes  
als eine Prämie darauf bedeuten solche  
Konkurrenzunternehmungen aus irgend-  
welchen Motiven zu gründen. Die Mo-  
tive sind ja naheliegend. Sehr häufig  
wird in solchen Schulen ein lächerlicher  
Standesdünkel, eine konfessionelle Exklu-  
sivität gepflegt, der mit Unterstützung  
aus allgemeinen Steuermitteln kein Vor-  
schub geleistet werden darf. Anders  
liegt der Fall, wenn die Privatschulen  
den größeren Teil der Schülerinnen ver-  
sorgen und die städtischen höheren  
Mädchenschulen nur subsidiär neben  
diese getreten sind. Die geschichtliche  
Entwicklung hat sich in vielen Städten  
so abgespielt. Städtische höhere Mäd-  
chenschulen sind häufig ganz jungen Da-  
tums. In diesem Fall wird die Gewäh-  
rung einer Unterstützung von einem an-  
dern Gesichtspunkt aus zu betrachten  
sein. Die privaten Schulen haben lange

Jahre Aufgaben erfüllt, die eigentlich der Stadt obliegen, und ihr ganz bedeutende Lasten abgenommen. Die Gewährung von Unterstützungen an solche Schulen zwecks Ausgestaltung ihrer Schuleinrichtungen bedeutet übrigens gleichzeitig eine Ausdehnung des städtischen Einflusses auf die Gestaltung des höhern Mädchenschulwesens und die Vorbereitung für eine spätere Kommunalisierung. Zugleich erspart sie den Städten die bedeutenden Kosten neuer Schulen für längere Zeit hinaus, und die ersparten Summen können für andere Schulzwecke (ich denke hierbei an die Ausgestaltung des Volks- und Mittelschulwesens) verwandt werden.

Bei der Gewährung der Unterstützung ist aber jederzeit daran festzuhalten, daß sie aus allgemeinen Steuermitteln gewährt und diese von der Gesamtheit der Bürgerschaft aufgebracht werden. Der Magistrat der Stadt Charlottenburg hat aus dieser Tatsache mit Recht die Folgerung gezogen, daß solche Schulen, die entgegen den städtischen Grundsätzen bei der Auswahl ihrer Schülerinnen konfessionelle Rücksichten walten lassen und Schülerinnen bestimmter religiöser Bekenntnisse von ihrer Anstalt grundsätzlich ausschließen, nicht mit städtischen Mitteln unterstützt werden sollen. In der gleichen Weise sollten auch solche Schulen behandelt werden, die eine soziale Exklusivität pflegen, nur die Schülerinnen bestimmter Kreise aufnehmen und ein besonders hohes Schulgeld zwecks plutokratischer Auslese der Schülerinnen erheben. Denn weder die eine noch die andere Art von Anstalten dürfen aus städtischen Mitteln, die von der Gesamtheit der Bürgerschaft aufgebracht werden, unterstützt werden, während sie die Kinder eines Teils der besteuernden Mitbürger direkt oder indirekt ausschließen. Mit der Gewährung von Unterstützungen an private Schulen übernehmen die Stadtverwaltungen auch eine gewisse Verantwortlichkeit für den Schulbetrieb dieser Anstalten. Denn selbstverständlich können nur solche Privatschulen unterstützt werden, die die Gewähr für einen ausreichenden Unterricht und für die hygienische Unterbringung ihrer Schüler bieten. Nun unterstehen ja die Privatschulen bereits einer gewissen staatlichen Aufsicht. Diese entbindet aber die städtischen Verwaltungen nicht von der Verpflichtung selber eine ergänzende Aufsicht zu führen. Die Breslauer städtischen Kollegien haben daher auch die Gewährung von Zuschüssen an die

Bedingung gebunden, daß dem Stadtschulrat und dem Stadtarzt der Zutritt zu den Privatschulen eingeräumt werde. In welcher Weise soll nun die Unterstützung erfolgen? Dafür werden sich kaum allgemeine Grundsätze aufstellen lassen. Am gebräuchlichsten ist die Gewährung eines Kopfbeitrags, der zum Beispiel in Breslau derart abgestuft ist, daß Schulen mit geringerer Schülerinnenzahl einen höhern Zuschuß für jeden Kopf erhalten als die mit größerer. Hier sollen Schulen mit weniger als 126 Schülerinnen 22 Mark für jede einheimische Schülerin erhalten; für je 25 weitere Schülerinnen sinkt der Beitrag um 1 Mark bis zu 10 Mark bei mehr als 400 Schülerinnen. Dabei macht Breslau die weitere Bedingung, daß das Schulgeld mindestens auf die staatlichen Sätze festgesetzt wird, während Charlottenburg einen einheitlichen Kopfbeitrag nur für die Klassen gewährt, für die ein Schulgeld von nicht mehr als 150 Mark erhoben wird; außerdem sollen in Zukunft Ermäßigungen des Schulgeldsatzes auf einen Betrag von 150 Mark und weniger der Zustimmung des Magistrats bedürfen. Ein zweiter Weg, den Charlottenburg neben der Gewährung eines Kopfbeitrags eingeschlagen hat, besteht in dem Ersatz der tatsächlich gewährten halben und ganzen Freischulstellen. Die Begründung des Magistrats rechtfertigt diese Unterstützung damit, daß es sich hier nicht eigentlich um eine solche sondern um eine Entschädigung für Dienste handle, die von der privaten Schule der Bürgerschaft geleistet werden. Würden diese Schülerinnen nicht von den Privatschulen als Freischülerinnen aufgenommen, so würden sie wohl in der Mehrzahl auf städtische Schulen übergegangen sein. Ein dritter Weg ist schließlich die Übernahme der Pensionslast für die an privaten Schulen angestellten Lehrkräfte. Die Mehrzahl von ihnen ist ohne Versorgung für den Fall der Dienstunfähigkeit, da sie von den meist ganz unzulänglich bemessenen Gehältern keine Rücklagen machen können. Die Renten, die nach der Reichsversicherungsordnung und dem Versicherungsgesetz für Angestellte zur Auszahlung kommen können, sind so gering, daß sie eine Notlage nicht ausschließen. Eine Anzahl von Stadtverwaltungen hat daher zum Teil recht bedeutende Summen für die Pensionsversicherung der Lehrkräfte aufgewandt. Der Charlottenburger Magistrat will durch den Anschluß der Lehrkräfte an die *Allgemeine deutsche Pensionsanstalt*

für Lehrerinnen und Ersicherinnen und Übernahme der Hälfte der Prämiensätze auf die Stadtkasse die Versorgung der arbeitsunfähigen Lehrerinnen erreichen. Diese über die allgemeine Reichsversicherung hinausgehende Versicherung soll aber nur für vollbeschäftigte Lehrkräfte eintreten. Außerdem müssen sich die Vorsteherinnen zu den folgenden Bedingungen verpflichten: 1. Eine Kündigung fest angestellter Lehrkräfte darf nur mit mindestens vierteljährlicher Frist zum Schluß eines Schulsemesters erfolgen. 2. Eine Maximalstundenzahl von 24 Stunden wöchentlich ist einzuhalten. 3. Privatstunden dürfen daneben nur in dem Umfang gegeben werden, daß die Gesamtstundenzahl der lektionsplanmäßigen und der Privatstunden in der Woche 28 nicht überschreitet. 4. Das monatliche Mindestgehalt der wissenschaftlichen Lehrkräfte, die 18 oder mehr Stunden wöchentlich erteilen, soll 75 Mark, das der technischen Lehrkräfte mit mindestens 12 wöchentlichen Pflichtstunden 50 Mark betragen; alle 3 Jahre, insgesamt 6mal, müssen diesen Lehrkräften Zulagen von mindestens 5 Mark monatlich gezahlt werden.

Die Vorschläge des Charlottenburger Magistrats sind sehr beachtenswert. Sie zeigen zunächst, daß mit der einfachen Gewährung eines einmaligen oder laufenden Beitrags an die privaten Schulen die Aufgaben der städtischen Verwaltungen nicht erschöpft sind. Greift die Stadtverwaltung in das private Schulwesen ein, ermöglicht sie durch ihre Unterstützung die Fortführung des Betriebs der privaten Schulen und die Ausbildung ihrer Unterrichtseinrichtungen, so erwächst ihr zugleich eine weitergehende sozialpolitische Verantwortung für die an diesen Schulen beschäftigten Lehrkräfte. Die Stadt kann es nicht dulden, daß die von ihr finanziell unterstützten privaten Anstalten von den Besitzern ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Profiterzielung betrieben, und daß mit der Arbeitskraft der von ihnen beschäftigten Lehrkräfte Raubbau getrieben wird. Die Frage der zweckmäßigsten Beitragsgewährung führt also notwendigerweise zu einem weitgehenden Eingreifen der städtischen Verwaltung in den gesamten privaten Schulbetrieb und zu seiner scharfen Kontrolle.

× **Kurze Chronik** Der Verkauf des dänischen Fleisches, der von der Stadtgemeinde I l m e n a u unternommen wurde, hat einen Über-

schuß von 72,63 Mark erbracht. Die Stadt bezog im ganzen rund 2600 Kilo Rindfleisch, die eine Ausgabe von 3 190,70 Mark erforderten. × Die Stadt Frankfurt am Main hat ein städtisches Wohnungsamt eingerichtet. × Die Verstadtlichung des Anschlagswesens ist von Neukölln beschlossen worden. Die Verwaltung berechnet einen Gewinn von 50 000 Mark pro Jahr. × Der Verband süddeutscher Industriellen hat an den bayrischen Städtetag das Ersuchen gerichtet bei den Stadtverwaltungen dahin zu wirken, daß bei größeren Unternehmungen die Materiallieferungen getrennt ausgeschrieben und getrennt vergeben werden. × Die Stadtverordnetenversammlung von Remscheid beschloß die Errichtung einer Stadtarztstelle, die dem jeweiligen Kreisarzt für die Dauer seines Hauptamts übertragen werden soll. Der Stadtarzt soll zugleich die ganze schulärztliche Tätigkeit, die bisher von mehreren nebenamtlich angestellten Ärzten bezirksweise ausgeübt wurde, übernehmen. × Die im Jahr 1910 von der Stadt Mannheim beschlossene Spareinrichtung für Arbeitslose, die aus Rücksicht auf die Unternehmer jede Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen vermieð, hat sich als vollständig verfehlt erwiesen. Es haben sich ihr 13 Sparer angeschlossen, und von den für ihre Unterstützung zur Verfügung gestellten 5000 Mark wurden 8 Mark ausgegeben. Es wurde daher neuerdings eine Kommission eingesetzt, die eine Vorlage für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System ausarbeiten soll.

× **Literatur** Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat 3 sehr wertvolle Schriften über die Verhältnisse der städtischen Arbeiter herausgegeben. Davon behandelt die eine die Arbeitslöhne, eine andere die Arbeitszeit und die dritte die Arbeiterfürsorge in den Gemeindebetrieben. Die erste Schrift stellt außer den Lohnsätzen auch noch die Art der Lohnzahlung und der Lohneinbehaltung, die Entfernungszulagen und die Gewährung freier Straßenbahnfahrt dar. Behandelt sind besonders ausführlich die Gaswerke, dann die Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Schlacht- und Viehhöfe, Häfen, Straßenreinigung, Kanalreinigung, Parks und öffentliche Plätze, Friedhöfe, zoologische Gärten, Theater und Schule. Den einzelnen Abschnitten sind kurze zusammenfassende



Besprechungen der Tabellen vorausgeschickt. In der Tabelle über die Lohnsätze sind sämtliche Lohnarten in Tagelöhne ungerechnet. Dabei wurden die Stundenlöhne mit der Zahl der regelmäßig zu leistenden täglichen Arbeitsstunden multipliziert, und bei den Wochen- und Monatslöhnen der Berechnung die Zahl der wirklich geleisteten Arbeitsschichten zugrunde gelegt. Diese Umrechnung erweckt Bedenken, auf die ich hier aber nicht im einzelnen eingehen kann. Die Zusammenstellung über die Arbeitszeit in den Gemeindebetrieben ist gegen früher durch Einbeziehung der Gasarbeiter, der Arbeiter der städtischen Häfen, der Theater und zoologischen Gärten bedeutend erweitert worden. Bei dem Gastanstaltspersonal sind allein 17 Kategorien unterschieden. In der dritten Schrift werden Sommerurlaub, die Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen, bei militärischen Übungen, bei kürzeren Versäumnissen, für Wochenfeiertage und bei früherem Arbeitsschluß vor Feiertagen, ferner die Gewährung von Ruhelohn, die Hinterbliebenenversorgung und die Pensionsleistungen behandelt. Das reichhaltige Material sei allen in den Stadtverwaltungen beschäftigten Gemeindevorstern zum Studium empfohlen.

## WISSENSCHAFT

### Philosophie / Kurt Grelling

**Rechtsphilosophie** Wenn wir von den speziellen Problemen des Strafrechts absehen, wo der Kampf der Schulen noch immer heftig tobt, können wir sagen, daß die allgemeine Rechtsphilosophie heute ziemlich aus der Mode gekommen ist. Der Grund liegt offenbar in der auf diesem Gebiet fast unbestrittenen Herrschaft der historischen Schule, für die eine Rechtsphilosophie im eigentlichen Sinn nicht existiert.

Wie in der Naturphilosophie sich Rationalismus und Empirismus gegenüberstanden, so standen sich in der Rechtsphilosophie Naturrechts- und historische Schule gegenüber. Genau wie der Rationalismus die gesamte Naturwissenschaft aus bloßen Begriffen *a priori* entwickeln wollte, versuchte die Naturrechtsschule das gesamte Recht auf diesem Wege zu entwickeln, und wie als Reaktion gegen den Rationalismus der Empirismus aufkam, der die Philosophie gänzlich aus der Naturwissenschaft verbannen will, so will die historische Schule auch aus der Rechtswissenschaft die Philosophie gänzlich beseitigen. Kant, der den Streit der

Rationalisten und Empiristen geschlichtet hat, tat das selbe für den Streit der Naturrechts- und historischen Schule (noch ehe diese zu einiger Bedeutung gelangt war) durch die Begründung der kritischen Rechtsphilosophie, die nur die regulativen Prinzipien des Rechts für die Philosophie in Anspruch nimmt, die Ausführung des einzelnen aber unter diesen Prinzipien der durch geschichtliche Erfahrung und die Rücksicht auf gegebene Verhältnisse geleiteten Willkür des Gesetzgebers überläßt. Die kritische Rechtsphilosophie hat die ihr gebührende Beachtung nicht gefunden; von den Schülern Kants war es nur Fries, der sie fortgesetzt hat, und heute ist es Rudolf Stammler, der (ohne Fries zu kennen) wieder an Kant anknüpft und vorzüglich in seiner *Lehre vom richtigen Recht* die kritische Rechtsphilosophie erneuert. Es ist deshalb von großem Interesse die Arbeit dieser beiden Philosophen zu vergleichen. Das tut Georg Fraenkel in einer Abhandlung *Die kritische Rechtsphilosophie bei Fries und bei Stammler* (Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/).

Stammler geht von der Tatsache aus, daß wir gewisse Rechtsnormen als richtig, andere als falsch oder ungerecht bewerten, und er will diese Beurteilung auf Prinzipien zurückführen. Er lehnt deshalb die Berufung auf ein Gefühl oder auf die im Volk herrschenden Anschauungen ab. Das gesuchte Prinzip muß ein philosophisches sein. Er sucht ihm durch Analyse des Rechtsbegriffs auf die Spur zu kommen. Dabei gelangt er zu dem »sozialen Ideal« als dem obersten Zweck des Rechts. Dieses soziale Ideal ist die »Gemeinschaft frei wollender Menschen«; »frei wollend« ist aber derjenige, der die objektiv berechtigten Zwecke der anderen zu den seinigen macht. Aus diesem sozialen Ideal ergeben sich dann, nach Stammlers Meinung rein logisch, die Grundsätze des Achtens und Teilnehmens, die dann zur Entscheidung bestimmter Rechtsfälle verwendbar sein sollen.

Was Fraenkel vor allem an diesem sozialen Ideal auszusetzen hat, ist seine Leerheit, denn es kommt darü der Begriff der *objektiv berechtigten Zwecke* vor. Ob aber irgend ein Zweck objektiv berechtigt ist, kann ich erst mit Hilfe des sozialen Ideals entscheiden. Wir drohen uns also mit diesem Begriff im Kreise und kommen keinen Schritt weiter. Deshalb sind auch die Grundsätze des Achtens und Teilnehmens nicht aus

diesem Ideal abzuleiten sondern sie werden von Stammler erschlichen, indem er nämlich die Achtung jedes Menschen als Selbstzweck voraussetzt, die in dem sozialen Ideal durchaus nicht enthalten ist. Wie wenig daher das soziale Ideal für die Anwendung leistet, zeigt Fraenkel durch eine Kritik der von Stammler gegebenen Entscheidungen, die zwar an sich durchweg zu billigen sind, deren Zurückführung auf das soziale Ideal sich aber als unmöglich erweist.

Fraenkel geht schließlich auch den Gründen nach, die das Mißlingen des Stammlerschen Unternehmens herbeigeführt haben. Er findet sie vor allem darin, daß Stammler, anstatt unsere Urteile über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit von Rechtsnormen zu analysieren und auf ihre Prinzipien zurückzuführen, vielmehr den Begriff des Rechts analysiert, wobei er denn natürlich nur leere analytische Formeln finden kann. Indem er sich mit der innern Widerspruchslosigkeit als Kriterium der Richtigkeit des Rechtes begnügt, wird seine Vorschrift zu weit und umfaßt auch das Recht, das den schlechtesten Zwecken dient, solange diese sich nur nicht widersprechen. Ein weiterer Fehler Stammlers, der mit dem ersten eng zusammenhängt, ist der, daß er auf das soziale Ideal, wenn wir einmal von seiner Leerheit absehen, alle Zwecke als auf ihr Endziel zurückzuführen zu können meint. Er übersieht dabei die Mannigfaltigkeit der ästhetischen und sinnlichen Werte, die dem Handeln des Menschen den Inhalt geben und für die jenes Ideal nur negativ als Einschränkung in Betracht kommen kann. Dennoch erkennt Fraenkel bereitwillig an, daß Stammler das Problem richtig gestellt hat, daß er der richtigen Methode auf der Spur war, und daß das soziale Ideal verwertbar ist, wenn man sich bewußt ist, daß der kategorische Imperativ darin enthalten ist.

Dem Stammlerschen Versuch einer Neubegründung der kritischen Rechtsphilosophie stellt Fraenkel nun die Fries'sche Rechtsphilosophie gegenüber.

Tugendlehre und Rechtslehre unterscheiden sich bei Fries (wie übrigens auch, wenn auch weniger konsequent, bei Kant) nicht durch den Inhalt sondern allein dadurch, daß die Tugendlehre noch über die Materie des Gesetzes hinaus fordert, daß das Motiv der Befolgung lediglich die Achtung vor diesem Gesetz selber sei, also auf die Gesinnung geht, während die Rechtslehre sich nur auf äußere Handlungen bezieht, von denen sie fordert, daß

sie legal, das heißt dem Gesetz gemäß seien. Das gemeinsame oberste Prinzip für Tugend- und Rechtslehre ist der kategorische Imperativ, den Fries so formuliert: »Jeder Person kommt ein absoluter Wert als Würde zu, sie existiert als Zweck schlechthin, und ihre Würde gibt jeder Person den gleichen absoluten Wert mit jeder andern.« Es würde zu weit führen diese Formulierung mit den verschiedenen Formen zu vergleichen, in denen Kant den kategorischen Imperativ ausgesprochen hat; der wesentliche Fortschritt liegt jedenfalls darin, daß Fries gegenüber dem reinen Formalismus der Kantischen Ethik dem kategorischen Imperativ einen wirklichen, aus der Vernunft geschöpften Gehalt gegeben hat. In der Rechtsphilosophie speziell geht Fries nicht wie Kant von der Freiheit, das heißt dem Recht im Sinne von Befugnis, aus sondern von der Pflicht den andern mir gleich zu achten, der natürlich das Recht des andern im Sinne von Anspruch auf die gleiche Achtung entspricht.

Viel klarer als bei Stammler ist bei Fries das Verhältnis der Rechtsphilosophie zum positiven Gesetz. Denn während es bei Stammler doch schließlich wieder so aussieht, als wolle er das positive Recht im Sinne der Naturrechtslehre durch das philosophische ersetzen, betont Fries, daß er mit seiner Rechtsphilosophie sich durchaus nur an den Gesetzgeber wendet, der sich bei seiner Arbeit durch die Idee des Rechts leiten lassen soll, d. r aber die jeweiligen geschichtlichen, wirtschaftlichen usw. Verhältnisse des Volkes und Staates, für die er Gesetze gibt, durchaus berücksichtigen muß. Aus dem kategorischen Imperativ leitet Fries weiter 5 Grundgesetze einer allgemeinen Gesetzgebung ab, die sich als Bedingungen der Anwendbarkeit des Rechts auf eine menschliche Gesellschaft darstellen. Diese Gesetze leiten schon zur Politik über, die nach Fries die Frage zu beantworten hat, wie es zu machen sei, daß dasjenige, was recht ist, auch in der Gesellschaft rechtens werde. Auch darüber gibt Fraenkel einen ausführlichen Bericht, ebenso über Fries' *Kritik aller positiven Gesetzgebung*, die zum Teil sehr moderne, andererseits auch wieder einige Gedanken enthält, die für die Gegenwart kaum mehr verwendbar sind. Ich versage es mir hier auf Einzelheiten einzugehen und möchte nur einen Punkt, der für die Leser dieser Zeitschrift besonderes Interesse hat, noch etwas mehr hervorheben als Fraenkel dies tut. Ich meine Fries' Verhältnis zum Sozialismus.

Man hat ja in neuerer Zeit vielfach, speziell von neukantischer Seite, Kant für den Sozialismus in Anspruch genommen, ja in ihm den wahren und wirklichen Urheber des deutschen Sozialismus erblickt. Daß dies im historischen Sinn eine fromme Sage ist, hat Vorländer nachgewiesen und mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ausgesprochen. In diesem historischen Sinn hat natürlich Fries ebenso wenig wie Kant etwas mit dem modernen Sozialismus zu tun. Soll aber die Bedeutung Kants für den Sozialismus darin bestehen, daß man heute glaubt eine philosophische Begründung des Sozialismus an Kant anknüpfen zu können, so müßte das nach meiner Meinung weit besser bei Fries geschehen. Dafür sprechen zwei Gründe: Einmal geht, wie ich schon erwähnte, Kant in der philosophischen Rechtslehre von dem Gedanken der Freiheit aus, wodurch wir, wie Fries sagt, statt eines Gesetzes der vernünftigen Geselligkeit eine Regel der intelligiblen Ungeselligkeit, der Unabhängigkeit jedes einzelnen vom andern erhalten. Die politische Konsequenz dessen ist aber weit eher das Manchestertum als der Sozialismus. Fries dagegen nimmt zum Ausgangspunkt das Gesetz der persönlichen Gleichheit. Das zweite der oben erwähnten Grundgesetze lautet dann: »Das Eigentum soll nach dem Grundsatz der Gleichheit in der Gesellschaft verteilt werden.« Hierzu führt er aus, daß es nicht auf eine Gleichheit des Besitzes ankäme, und daß auch nicht der Kommunismus damit gefordert werde, sondern der Besitz sei nur Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse, also muß eigentlich Gleichheit in der Befriedigung der Bedürfnisse gefordert werden. Da aber in der Gesellschaft Bedürfnisse nicht ohne Arbeit befriedigt werden können, so kommt Fries zu der Forderung: »Ein jeder muß die Früchte seiner Arbeit selbst genießen . . . niemand soll der unbezahlte Knecht eines anderen sein.« In diesen Sätzen scheint mir ein wesentlicher Bestandteil des Sozialismus enthalten zu sein. Daß Fries sich über die Tragweite dieses Prinzips recht klar gewesen ist, zeigt die Bemerkung, die er daran knüpft: »Das Gesetz der Freiheit und Gleichheit des Genusses dient mehr, um eine richtige Beurteilung des Ganzen zu leiten; aber dieses Gesetz, daß niemand gezwungen sein soll für den Beutel des andern zu arbeiten, ist ein Prinzip, dessen Anwendung sehr in das Besondere der positiven Einrichtungen eingreift.« Daß er auch einen schar-

fen Blick für die Gefahren des beginnenden Kapitalismus und ihre Ursachen (sogar die Anarchie der Produktion spielt dabei eine Rolle) gehabt und dafür Vorschläge zur Abhilfe gemacht hat (vor allem in seiner Schrift *Von deutschem Bund und deutscher Staatsverfassung*), will ich nur nebenbei erwähnen. Es ist selbstverständlich, daß seine Ausführungen hierüber auf unsere heutigen Verhältnisse nur eine sehr beschränkte Anwendung gestatten.

× Schopenhauer ×  
 Es hat fast den Anschein, als sollte das Interesse für Schopenhauer, das man als ziemlich erloschen betrachten konnte, wieder neu erwachen. So konnte ich hier von der Gründung einer *Schopenhauergesellschaft* berichten (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 58). Einen neuerlichen Beweis dafür bietet das Erscheinen zweier Bücher über den Philosophen. Der *Inselverlag* fügt jetzt der Neuausgabe seiner Werke und den Tagebüchern seiner Schwester den Briefwechsel hinzu (*Schopenhauers Briefwechsel und andere Dokumente seines Lebens*), den Max Brahn ausgewählt hat. Dieser Briefwechsel, der bisher in verschiedenen Werken zerstreut und dadurch schwer zugänglich war, wird hier dem Publikum in einer handlichen Ausgabe geboten, die in ihrer Ausstattung alle Vorzüge aufweist, die man beim *Inselverlag* gewohnt ist. Die hier aufgenommenen Briefe sind durchweg interessant, sei es für die Beurteilung der Schopenhauerschen Philosophie sei es für die seines Charakters. Zugleich erhält man, der Absicht des Herausgebers gemäß, ein gutes Bild von dem Lebens- und Entwicklungsgang des Philosophen. Was jedem Kenner von Schopenhauers Charakter und Lebensweise auffällt, ihre mangelnde Übereinstimmung mit seiner Lehre, kann natürlich auch dem Leser dieses Buches nicht entgehen. Es ist deshalb sehr verständlich, daß Brahn in der Einleitung versucht den Philosophen gegen diesen Vorwurf zu verteidigen. Darin, daß diejenigen, die so über Schopenhauer geurteilt haben, häufig äußerst kleinlich vorgegangen sind, kann man ihm recht geben. Brahn gesteht aber selbst zu, daß jene Diskrepanz in hohem Maß vorhanden ist. Ich kann der Frage keine Wichtigkeit beimessen; denn einmal kommt es für die rein wissenschaftliche Beurteilung der Lehren eines Philosophen nicht in Betracht, wie weit er selbst ihnen gemäß gelebt hat, und zweitens haben wir über-

haupt kein Recht uns zum Richter über den Lebenswandel eines andern aufzuwerfen, auch wenn dieser das Unglück hat Philosoph zu sein.

Über *Arthur Schopenhauer als romantischen Philosophen* hat Ernest Seillière ein geistreiches Buch geschrieben, das F. von Oppeln-Bronikowski ins Deutsche übertragen hat (Berlin, Barsdorf). Schopenhauer soll nach ihm der Lehrer der vierten Generation der Romantiker sein. Diese Generation ist das Geschlecht, das zwischen 1860 und 1890 wirkte. Daß sein stärkster Einfluß ungefähr in diese Zeit fällt, ist ja wohl nicht zu bestreiten, daß aber diese Generation, sei es in der Philosophie sei es in der Literatur eine geistige Einheit bildete, dürfte wenigstens für Deutschland schwer zu erweisen sein. Das Wort *Romantik* hat ja sehr mannigfache Bedeutungen, welche dem Verfasser eigentlich vorschwebt, sagt er wenigstens in diesem Buch nicht; jedenfalls ist es eine ziemlich weite, und mit der des Wortes *Mystizismus* nahe verwandte. Der Verfasser ist selbst ein Gegner dieser Geistesrichtung. Leider scheint er etwas zu sehr auf dem Boden der Aufklärung zu stehen, um der Romantik ganz gerecht zu werden. Besonders im 2. Teil des Buchs, der der Philosophie Schopenhauers gewidmet ist, ergießt Seillière die ganze Schale seines Spotts über die »Anleihen« und »Konzessionen«, aus denen diese Philosophie nach seiner Ansicht größtenteils besteht. Seine Bemerkungen hierüber sind häufig treffend, nicht immer tief, aber durchweg unterhaltend.

Neuausgaben Im Anschluß an meinen Artikel *Ernst Friedrich Apelt und die Friessche Schule* (in diesem Band, pag. 289 ff.) gebe ich hier eine Zusammenstellung der von der neufriesschen Schule neu herausgegebenen Werke von Fries und seinen Schülern. Zu nennen wären von den Werken von Fries: *Wissen, Glaube und Ahndung*, herausgegeben von L. Nelson; dies Erstlingswerk Fries' enthält eine Übersicht seiner spekulativen Philosophie und Ästhetik, speziell des transzendentalen Idealismus; dann *Julius und Evagoras*, neu herausgegeben und mit Einleitung versehen von Wilhelm Bousset: In diesem philosophischen Roman hat Fries seine Philosophie sowie seine Ansichten über Politik und Erziehung in gemeinverständlicher Form dargestellt. Beide Bücher sind in dem Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen erschienen. Dort wird

dennächst ferner *Tradition, Mystizismus und gesunde Logik*, herausgegeben und eingeleitet von Hans Mühlestein, erscheinen. Dieses bisher niemals in Buchform publizierte Werk wird noch hier besprochen werden. Über Apelts *Metaphysik*, herausgegeben und eingeleitet von Rudolf Otto, die bei Otto Hendel in Halle herauskam, habe ich hier bereits eingehend referiert (siehe diese Rundschau, 1911, 3. Band, pag. 1281). Bemerkte sei, daß auch Apelts *Epochen der Geschichte der Menschheit*, herausgegeben und eingeleitet von Hans Mühlestein, in Vorbereitung sind und bei Georg Müller in München in der *Bibliothek der Philosophen* erscheinen werden. Von Fries' Schüler Heinrich Schmid sind, wie hier schon erwähnt, *Vorlesungen über das Wesen der Philosophie* bei Otto Hendel in Halle erschienen, deren Herausgeber Rudolf Otto jst.

× Kurze Chronik Am 12. März feierte Professor Adolf Lasson in Berlin seinen 80. Geburtstag.

× In Freiburg in Baden habilitierte sich Dr. R. Kroner für Philosophie.

## KUNST

### Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Berlin: Sezession 1912 Der diesjährigen *Sezession* wird mit viel Ubelwollen begegnet. Und in der Tat ist ein wesentlicher Unterschied zwischen dieser Ausstellung und den bisherigen. Es ist, als sei dem Kriegsgeschrei der Jungen das Tor geöffnet, und man spürt an ihm wieder einmal die Kluft, die sich zwischen den Generationen mittlerweile aufgetan hat. Die junge Kunst, die bisher still aus der frühern herauswuchs, deren Sehnsucht dahin geht die Welt in ihrer Ganzheit zu fassen, ist (wie in manchem der Früheren) auch in einigen der Franzosen, in Hodler und in van Gogh. Diese wollen sich nicht mehr an einem Teilschnitt der Welt in irgendeinem bestimmten Zeitausschnitt genug sein lassen, sondern Dauer und Größe der Welt sollen mitklingen. Und aus dieser urlebendigen Sehnsucht haben jetzt die Futuristen und ihre Anhänger die outriertesten Doktrinen gebildet. Weil eben nie das einzelne Ding einzeln erfaßt wird, malen sie zum Beispiel ihre Dinge durchsichtig, um die Welt dahinter durchschimmern zu lassen. Oder aber sie reduzieren ein andermal die Gestalt auf die einfachsten kubischen Gebilde, die mit Zirkel und Transporteur mehr zu tun

haben als mit den Augen. Die Farbe, die gerade durch Vereinfachung verstärkt wirken soll, entfernt sich so sehr von jeder Form, daß sie sinnlos wird, und statt einer Steigerung ist die tatsächliche Wirkung nur eine Verarmung. In dieser Art schulhaft und doktrinär ist mir vor allem Picasso. Aber was hat schließlich ein solcher Doktrinarismus mit der auf-schießenden Kraft wirklicher Kunst eigentlich zu tun? Der Prinzipienstreit wird eben erst von den Doktrinären geschaffen, die, nicht durch ihre Kunst selbst sondern durch allgemeine Feinfühligkeit geführt, wittern, wo die jungen Säfte hinschießen werden; sie bauen denn um ihre Heroen herum eine Schutzmauer von Theorien und können eben durch eine solche Propaganda wie vielleicht auch in manchem andern Sinn wohl ihre eigene gute Mission haben. Ich für meinen Teil fühle aber keinerlei Verpflichtung an dem Streit mit einem Ja oder Nein teilzunehmen und die Seligkeit hier oder dort zu suchen.

Hat man hinter einander immer wieder Bilder mit halb beteiligter Seele gesehen, so steht man bei van Gogh mit einem Schlag vor Werken, die durch ihre Einfachheit und den Glanz der Klarheit einzig sind. Was sind das nur für kräftige Sinne, die eine solche Kunst schaffen konnten. Seine 4 Bilder sind nicht groß: eine Mühle und ein Blumenstück wohl aus der jungen Zeit, dann eine arlesische Frau und ein See im Abendgelb. Die Linien sind ganz ruhig und haben noch nichts von dem Barock, das den späteren Bildern oft die phantastischen Zerrungen gibt, die reinen Farbflächen haben in sich die Frische der reinsten Natur. Es ist seltsam, wie die Einfachheit van Goghs und seine freie Naivetät so intensiv und ganz direkt ohne alle Zwischenglieder zu uns sprechen, wo all die Experimente der Doktrinäre uns stumm bleiben. Und andererseits ist ebenso herrlich das Porträt von Leibl, der mit so gänzlich anderen Augen die Natur sah. Ganz still und vornehm steht das Bild vor uns. Die Hände liegen ruhig in einander und sind ins letzte Überfeine nuanciert, ohne nur im geringsten durch plastische Modellierung die Zartheit der Fläche zu durchreißen.

So ausschließlich künstlerisch wirkt auch Klemm in seiner *Obsternte*, wenn auch seine Natur ganz anders ist: lange nicht so kultiviert wie Leibl und nicht naïv wie van Gogh; dabei gedrängter und derb mit etwas schwer beweglichem Humor. Septemberabend, unten naßschwarze

Erde, gegen den Abendhimmel einfache Obstäste und einige Leute auf Leitern, die das Obst pflücken. Von Beckmann ein wuchtiger Ansatz zur *Amazonenschlacht*, vor allem aber ein Doppelporträt, *Liebespaar* genannt. Ein nicht junger Mann und eine nicht junge Frau sitzen schwer und unbewegt jeder auf seinem Platz und sehen den Beschauer an; und gerade in dieser Verhaltenheit und den stillen Farben liegt starke Kraft. Corinth ist nicht gut vertreten. Oppenheimer hat eine Operation dargestellt, die all das Grandiose, das seine Ausstellung bei Cassirer bot, hier nur in Anläufen zeigt. Es ist eine Aufstürmung von Menschen über einander, mit einzelnen sehr gut gefaßten Porträts; aber man glaubt in diesem Werk nicht die Ausreifung zu spüren, die die meisten seiner Bilder von damals trugen, als wenn es beendet sei, bevor es seine letztmögliche Form sich geschaffen. Von Kyhn sind sehr schöne Tierbilder, in ihrer guten sinnlichen Beobachtung an Liljefors erinnernd. Von Serton eine schöne Sommerlandschaft: ein aufsteigendes Hügelland mit Feldern. Feininger und Pascin abstrus und geistvoll. Von Hodler ein Frauenakt von hinten, der spinnenartig gespreizt mit winzigen Füßen entlang spaziert. Brandenburg hat eine sehr interessante Gruppe von Jüngern, zu denen Jesus tritt. Von Brockhusen und Rösler sind sehr schöne Landschaften. Schlecht aber wirkt Kardorff und auch das große Doppelporträt von Breyer; sie fallen wieder in den alten Fehler der zu starken Plastik. In all diesem Durcheinander der verschiedensten Gebilde sitzt still in einer Ecke Henri Rousseau. Primitiv mit aller Gläubigkeit, ohne einen Schimmer von Koketterie, malt er die simpelsten Geschöpfe im Paradies in allerhand heiteren Beschäftigungen, oder er malt weiße Häuser, kleine schwarze Männer auf den Straßen und einen hellen hohen Himmel darüber oder auch Affen im Urwald: alles ganz fein und glatt; phantastisch, aber in aller Phantastik ordentlich und verständlich. Es sind das Bilder, wie man sie recht lieb gewinnen muß, wenn man sie von der Kindheit her in seinen Stuben neben sich hatte. Von Kolbe ist eine schöne Tänzerin mit der erst ansetzenden Drehung des Körpers. Von Oppler ein sehr schöner Mädchenakt in ganz einfacher Stellung, klar und schön gebaut. Endlich von Barlach eine Vision, die für mich wieder von wunderbarer Schönheit

ist. Gewiß kann man ihm strittig machen sich Plastiker zu nennen. Was er aber geben will, ist mit letzter seelischer Kraft gegeben, ohne eine Nebenwirkung. Auf einem Holzpflöck im Relief die Frau im Schlaf, auf einem zweiten darüber die Gestalt ihrer Vision absolut wagerecht schwebend und schwer und gerade ziehend wie ein Segelschiff.

×  
**Expressio-  
nisten**

In Herwarth Waldens Ausstellung in der Berliner Tiergartenstraße fragt man sich immer wieder, weshalb man sich eigentlich nun so gewaltsam in die Impressionen jener Menschen hineinversetzen soll. Wer könnte dazu nötigen? Auch wenn ich gern glauben mag, daß sie jene Impressionen empfangen, daß die Hengste mit ihren wulstigen Formen und den runden Schenkeln in der Seele des Malers sich wohl im vollsten Blau wiederholt haben mögen, oder ein andermal das Gelb eines Hauses ihn über wältigend stark beeindruckt haben mag, so daß das gesamte Umher sich diesem Gelb unterstellte, so brauche ich doch nicht auch so zu fühlen und Seele und Augen zu verrenken, um mich ebenso einzustellen? Mich dazu zu nötigen ist die Sache des Malers; er hat etwas zuwege zu bringen, was mich mit der selben Kraft wie ihn zu ähnlich klingenden Eindrücken zwingt. Und das finde ich fast nirgends. Daß ihre Kunst bei mir nicht anklingt, wird in den Augen jener Maler daran liegen, daß meine Sinne noch zu unentwickelt und materiell noch zu gebunden sind. Nun, ich glaube getan zu haben, was ich konnte, ich habe mit allem Frühern *tabula rasa* gemacht, um auf einen Eindruck zu warten, der aber in den meisten Fällen ausblieb. Besonders bei den Kubisten. Vollständig ohne irgendwelchen künstlerischen Konnex stehe ich vor ihren Bauklötzen. Gut sind mir nur einige Franzosen geschienen, die aber auch ihren Platz in der *Seession* haben konnten, zum Beispiel die Landschaften von Dufy und Herbin, und vor allem auch die Zeichnung von Badenden von Kähler aus Prag mit dem engen Aneinander von Frauenkörpern. Von den Deutschen schien mir am künstlerischsten Bloch. Sein Tänzerbild ist wohl eine Reminiszenz an das Karnevalballett der Russen und hat viel von ihrem verschlungenen leichten Rhythmus. Überhaupt ist oft alles Gegenständliche um einer rein motorischen Wirkung willen gelöst, die dann und wann auch gut zum Ausdruck kommt, wie zum Beispiel auch

in den drei Clowns von Bloch. Mit den Bildern Kandinskys ist nichts anzufangen, bestenfalls können sie als psychologische Experimente interessieren. Eine ganz isolierte Stellung in dieser Gruppe nimmt Kokoschka ein. Ich sehe durchaus keine Verbindung von ihm zu den anderen. Bei ihm handelt es sich um ganz andere Impressionen. Alles Sinnliche unterstellt sich durchaus einer ganz ausschließlich geistigen Konzeption des Menschen. Das Charakteristische gerade dieses einen Menschen will er fassen, und hierin finde ich ihn tatsächlich von einer fabelhaften Kraft, was sich auch schon durch die Dringlichkeit zeigt, mit der seine Porträts in der Erinnerung weiter leben. So scharf geistig und intensiv ist er gerichtet, daß es unmöglich ist dem Eindruck auszuweichen. Ähnlich liegt es auch mit vielen seiner Skizzen. Ob nun aber die merkwürdig zerzauste Strichführung, die allen seinen Arbeiten eigen ist, wirklich und mit Notwendigkeit mit seiner Kunst verknüpft ist, ist mir nicht klar. In seinen besten Sachen, wie in den Porträts von Kraus und von Walden, tritt sie zurück, und die Striche scheinen wie gezügelt von der geistigen Straffheit des Ganzen. In anderen Sachen wuchert seine zauselige Zeichenart derart, daß oft ganze Blätter unkenntlich sind, oder man sich höchstens nur in ungefähren Ahnungen über den Gegenstand bewegen kann. Gewiß ist Kokoschka eine Kraft, die es wohl verlangen kann, daß man sich den Weg zu ihr durch allerhand Mühseligkeiten hindurch erarbeiten muß: Aber wozu ein Gestrichel, das manchmal wie eine Krankhaftigkeit berührt, die unter der Leidenschaft des Eindruckes wehrlos einem Geschwirr von Pünktchen und Fältchen ausgeliefert ist?

×  
**Plastik**

Der Callweysche Verlag gibt eine Monatszeitschrift heraus, die *Plastik* betitelt ist und einen wirklichen Bedarf in unserem Kunstleben deckt. Der lebhafteste Konnex, der Publikum und Künstler der verschiedensten Städte durch Ausstellungen und vor allem durch Zeitschriften verbindet, fehlt in der *Plastik*. Zum Teil durch die Schwierigkeit des Transports und oft durch die Gebundenheit an eine Architektur bekommt das Publikum verhältnismäßig wenig *Plastik* zu sehen, worauf wohl auch zurückzuführen ist, daß Urteil und Interesse so auffallend gegen das Verständnis in den anderen Kunstzweigen zurücksteht. Aber gerade

aus diesen Blättern erhellt es, wie außerordentlich auch diese Kunst sich jetzt hebt. Eine so umfassende Zusammenstellung gibt ein vollständig neues Bild, und die Unvollkommenheit des einzelnen Kunstwerks, über die man beim Anschauen des einzelnen Werks nicht hinwegkommt, tritt hier vollständig gegenüber dem lebendig pulsierenden jungen Blut zurück, das sich in plastischen Arbeiten überhaupt zeigt. Gerade daß die Plastik ihre Probleme sich einfacher stellt, um auch ihre Figuren bis in die letzten und kleinsten Formen hinein plastisch zu beherrschen, und nicht von anderswo her ihr Heil erwartet, scheint mir so wesentlich. Das Blatt ist sicherlich jedem, der mit unserer Kunst in Verbindung bleiben will, sehr zu empfehlen, zumal die Auswahl die verschiedenen Kunstrichtungen zu berücksichtigen sucht. Die Artikel der Zeitschrift sind in erster Reihe von Künstlern selbst.

× **Kurze Chronik** ×  
In Paris haben die Futuristen eine sehr besuchte Ausstellung zustande gebracht.

Bei einem Vortrag des Hauptes dieser Schule, F. T. Marinetti, kam es im Kunstsalon zu einer Schlägerei. × In Rom ist im Hof des Palazzo Farnese Rodins *Marcheur* aufgestellt. × In der Berliner Nationalgalerie ist die Sammlung Bernt Grönvold ausgestellt, die Bilder von Wasmann und Leibl enthält. × Als Frucht der Vinnenschen Broschüre (siehe Blei *Der Protestmaler* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 636 ff.) ist es zu bezeichnen, daß in Bremen dem verdienstvollen Leiter der Kunsthalle Dr. Gustav Pauli vom Bremer Staat ein *Geschmacksbeirat* beigeordnet wurde, offenbar weil Pauli sich durch den Ankauf guter französischer Bilder mißliebig gemacht hat. × Von der philosophischen Fakultät der Berliner Universität wurde Max Liebermann zum Ehrendoktor ernannt.

× **Literatur** ×  
Das Buch Wilhelm Schäfers *Karl Stauffers Lebensgang* /München, Georg Müller/ gibt den Lebenslauf Stauffer-Berns als eine *Chronik der Leidenschaft*. Es ist in der Ichform geschrieben und eine Art Fiktion der eigenen Lebenserinnerungen. Wenn das Unternehmen auch zu Anfang ein wenig gewagt sich ausnehmen mag, da Stauffer und die bösen Mißgeschicke seines Lebens, wie auch seine Briefe noch jedem

in Erinnerung sind, so schwindet dieses Bedenken schließlich doch, da das Bild Stauffers unter der Kraft dieser Schilderung uns jetzt geprägt ist und in dieser Form lebt. Die Sprache hat jene Anschaulichkeit und Schwebbeweglichkeit, in der jedes Wort mit einer absoluten Gegenständlichkeit und Deutlichkeit dasteht, die in dem Fluß des grammatikalischen Gefüges sich etwas schwer handlich zeigt, und die Augeneindrücke der Bilder sind derart fest, daß alles Vergleichhafte beinahe ganz zurücktritt. Das Tempo der Sätze ist gedrungen und kräftig und spiegelt die unheimliche Wechselwirkung des Mißgeschicks und jener sich selbst fressenden Leidenschaft. In dem Leben des Stauffer scheinen sich wie in einem Brennpunkt die extremsten Naturkräfte zusammenzuziehen. Mit der Kraft von Sturzbächen strömen sie, um in einem mächtigen Strudel sich zu verschlingen. Diese Allgewalt des Schicksals, die das Leben Stauffers vor sich her trieb wie einen Fetzen Papier, ohne daß für ihn die Möglichkeit eines Widerstands war, hat die Hand von ihm erst abgelaassen, als sie ihn endgültig zertümmert sah. Den Grundzug des Gehetzseins, dessen Fluch wir durch das ganze Buch hindurch fühlen, hat Schäfer mit großer Kraft gegeben. Unter all den prachtvollen Details über Stauffers Arbeiten über Kunst und über seine andern Lebensereignisse zieht es sich immer durch als starkströmender Unterton. Nur in einigen Zeiten in München und in der italienischen Reise mäßigt sich das Tempo der Schilderung zu etwas ruhigerer Erzählung. In Stauffers Natur laufen stets neben einander her die schwere Dringlichkeit seiner Schweizer, speziell der Berner Natur und die flammende Sehnsucht nach neuen Kunstzielen, verbunden mit dem ganzen Eigensinn seiner enormen Willenskraft. Und dies ist eines von den großen Rätseln der Natur, daß sie imstande ist in einem Menschen Einsicht und Gefühl und ein Verständnis für die Kunst zusammenzubinden, das ihm in das innerste Mark zu dringen vermag, und neben dem allen die engen Grenzen der Fähigkeiten. Kurze Anläufe abgerechnet, hat Stauffer immer die Gebundenheit seiner künstlerischen Kraft gefühlt und ist, wie Schäfer es ähnlich sagt, im Kreis herumgelaufen wie der Bär im Berner Zwinger der sich, der Mauer entlang, blutig reißt und, hestensfalls, vom hohen Baum aus über die Mauer hinwegschauen kann. Und das ist eine schlimme Härte der

Natur, die eigentlich nur gerade ihre Günstlinge zu fühlen brauchen; denn den anderen, den Handwerkern der Kunst, deckt sie meist zu, was sie nicht erreichen können, und lüftet das Tuch höchstens so weit nur als Erreichung möglich ist: so fallen die Ansprüche an die eigenen Leistungen und das Vermögen nicht so klaffend auseinander wie bei Stauffer-Bern. Die ersten jungen Jahre der Illusion abgerechnet, geht der Riß durch sein ganzes Leben. Immer wieder rennen sein Ehrgeiz und seine wahnsinnige bäuerische Arbeitskraft los, um hinüber zu kommen, und immer wieder schlägt ihn die Unmöglichkeit zu Boden. Die Form verschmilzt sich ihm nicht mit der Farbe, und schließlich sind ihm seine Arbeiten immer trocken und mühsam geblieben. Neben Böcklins Pegasus nennt er seinen Genius ein preußisches Ordonanzpferd. Trotz seiner Leidenschaft zu ihr hat die Natur mit ihrem prangenden Licht sich der Kunst Stauffers versagt und ihn nicht in ihr Reich gelassen. Was ihm glückte und glänzend glückte, waren einzelne Dinge, deren Form ihm greifbar war. Die Unerreichbarkeit aber gerade dessen, was seine Seele mit ihrer unmäßig leidenschaftlichen Spannung erfaßte, hat ihn wohl mehr zerschlagen als die äußeren Schicksale, die sein Ende mit sich brachten. Aber wie es eben wohl meist ist: Der Lebenssaft ist dem Menschen durch Enttäuschung und durch Mißtrauen gegen die eigenen Kräfte ausgesogen; und steht man da, lose in den Wurzeln, ohne Kraft, dann kommt das Schicksal als Verbündeter und schlägt einen nieder, so daß man nicht wieder aufsteht. Dieser doppelten Knebelung erlag Stauffer-Bern. Und das sehen wir in der schlicht erzählenden, gerade darum so wunderbaren und einen ganz mitnehmenden Darstellung Wilhelm Schäfers.

## KULTUR

### Kolonisation / Gerhard Hildebrand

**Togo** Während der Marokkoverhandlungen ist gelegentlich (wenigstens in den Zeitungen) davon die Rede gewesen, daß Togo als Austauschgebiet in die Masse geworfen werden sollte. Nur außerordentlich bedeutende Zugeständnisse Frankreichs hätten uns mit diesem Gedanken versöhnen können. Denn das kleine Togo ist wohl für jeden, der seine Geschichte kennt, eine besonders erfreuliche Erscheinung innerhalb der deutschen Kolonialtätigkeit. Das Land besitzt eine für afri-

kanische Verhältnisse starke und regsame Bevölkerung. Seine Entwicklung zeigt seit Jahren einen fast ununterbrochenen Aufschwung, denn auch der durch besondere Verhältnisse verursachte Stillstand des Jahres 1910 ist inzwischen wieder durch neue Fortschritte überwunden worden. 1909 war eine Ausfuhrsumme von 7 372 056 Mark erzielt worden. 1910 brachte einen Rückgang auf 7 222 123 Mark. 1912 bringt einen neuen Ausfuhrhöhepunkt mit (nach den vorläufigen Zusammenstellungen) 9 317 552 Mark, also eine Steigerung um 2 Millionen gegen den Durchschnitt der beiden vorhergehenden Jahre. Einen Rückgang zeigt in der Hauptsache nur die Maisausfuhr von 13,5 Millionen Kilo im Jahr 1909 auf 4,5 Millionen 1910 und 2,7 Millionen 1911. Sehr bedeutend ist dagegen wieder die Ausfuhr von Palmprodukten gestiegen: Von 8 und 8,2 Millionen auf 13,29 Millionen Kilo und dem Wert nach von 1 $\frac{1}{2}$  und 2 Millionen auf 3,58 Millionen Mark. Palmöl von 2,78 und 3,1 Millionen Kilo auf über 4 Millionen Kilo im Wert von 1,69 Millionen Mark. Auch die Kautschukausfuhr ist der Menge nach um 10 000 auf 144 640 Kilo gestiegen, wenn auch der internationale Preisfall den Ausfuhrwert von 1,15 Millionen auf 832 296 Mark heruntergedrückt hat. Die Kakaosausfuhr ist von 133 617 und 137 045 Kilo in den Vorjahren auf 230 956 Kilo, dem Wert nach von unter 100 000 auf 174 001 Mark in die Höhe gegangen. Die Ausfuhr von Rohbaumwolle hat sich ungefähr im Maßstab des Jahres 1909 wiederholt: 517 495 Kilo im (gestiegenen) Wert von 554 128 Mark. Die Bemühungen der Regierung die Hackkultur durch die Pflugkultur zu ersetzen sind leider an der Unausrottbarkeit der Tsetsegefahr vorläufig gescheitert. Dafür soll jetzt nach dem amtlichen Bericht *Die deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee 1910-1911* / Berlin, Mittler/ erhöhte Aufmerksamkeit darauf verwandt werden die Aufbereitungsart der gewonnenen Landesprodukte zu verbessern. Namentlich die Einführung einfachen maschinellen Handbetriebs scheint in dieser Hinsicht nicht aussichtslos zu sein, und es werden besonders mit Hilfe der Mädchenschulen entsprechende Apparate eingebürgert. Die Ausdehnung des Baumwollbaus findet ihre Grenzen zum Teil an der Erfahrung der Eingeborenen mit dem Anbau von Ölprodukten bessere Erfolge zu erzielen. Doch stehen auch andere, zum Teil vorübergehende Hindernisse im Weg. Im



Bezirk Sokode setzt die Baumwollkultur als Volkskultur den Weiterbau der Bahn über Atakpame hinaus voraus, erst recht natürlich in den entlegenen Mangu und Kete-Kratschi. Einstweilen muß vor allen Dingen auf die Lösung der Qualitätsfrage Wert gelegt werden, da der Anbau nur bei systematischer Züchtung besserer Qualitäten dauernd in größerem Umfang lohnend gestaltet werden kann. Die Bahnfrage darf freilich noch aus einem in Afrika recht seltenen Grund nicht aus dem Auge verloren werden: Die Küstenbezirke sind zum Teil bereits so stark bevölkert, daß sich mehr und mehr Landmangel geltend macht. Infolgedessen macht sich beispielsweise aus dem Süden des Bezirks Anecho, wo die durchschnittliche Volksdichtigkeit von 40,7 auf dem Quadratkilometer wesentlich überschritten wird, eine Abwanderung nach den nördlichen Teilen bemerkbar. Auch in den südlichen Teilen des Lomelandbezirks wird, wie der erwähnte Bericht feststellt, das Land schon knapp, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß auch hier eine Abwanderung der Bevölkerung nach Norden zu einsetzt. »Für die Verwaltung erwächst hieraus die Aufgabe die Besiedelung bisher menschenleerer Gebiete an den Bahnstrecken und ihren Zufuhrstraßen noch mehr als bisher planmäßig in die Hand zu nehmen und dadurch auch diese Landesteile wirtschaftlich nutzbar zu machen.« Immerhin reicht hiernach das dem Verkehr bereits erschlossene Hinterland für die Unterbringung des Bevölkerungszuwachses vorläufig noch aus.

×  
Samoa: Arbeiterfrage

Da die samoanische Bevölkerung Lohnarbeit weder liebt noch im allgemeinen nötig hat, müssen die europäischen Unternehmer auswärtige Kontraktarbeiter heranziehen. In erster Linie kommen Chinesen in Frage, deren es am Anfang vorigen Jahres 1340 auf Samoa gab. Infolge ihrer wiederholten Beschwerden hat die chinesische Regierung zweimal Kommissare nach Samoa entsandt und dort schließlich einen Konsul stationiert. Ihren Bemühungen ist es neuerdings gelungen den chinesischen Kontraktarbeitern die Rechtsgleichheit mit Nichteingeborenen zu sichern und neue Schutzbestimmungen zu ihren Gunsten durchzusetzen. Die Verbesserungen gegenüber den 1909 und 1910 eingeführten Zuständen bestehen unter anderem darin, daß die Arbeitszeit 10 Stunden nicht überschreiten darf (früher von Sonnenauf-

gang bis Sonnenuntergang mit 1½stündiger Pause), daß die Arbeit an allen Sonntagen statt an 2 Sonntagen im Monat zu ruhen hat, daß die sonstigen Feiertage ein für allemal festgesetzt sind, daß die körperliche Züchtigung aufhört, und daß den Arbeitern bei unverschuldeter Krankheit nur ein Drittel statt des ganzen Tagelohns abgezogen werden darf. Die Arbeitgeber halten vielfach diese Bestimmungen für zu weitgehend. Der samoanische Pflanzerverein hat deshalb an den Reichstag die Bitte gerichtet 1. darauf zu dringen, daß von seiten des Auswärtigen Amtes alles getan werde, um die Einwilligung auch der holländischen Regierung zur *Kuliausfuhr* nach Samoa zu erhalten, 2. das Kolonialamt zur Begünstigung der Arbeiteranwerbung in Neuguinea zu veranlassen, 3. für eine regelmäßig 8wöchentlich verkehrende Dampferlinie zwischen Neuguinea und Samoa einzutreten und eine anfängliche Subvention zu bewilligen. Von der holländischen Regierung wird sich schwerlich etwas erreichen lassen, da sie auf dem nicht unbegreiflichen Standpunkt steht die Anwerbung javanischer Kontraktarbeiter nur zuzulassen, wenn deren Verkehr mit der Heimat durch eine regelmäßige Verbindung zwischen Batavia und Apia sicher gestellt wird. Auch gegen die Erfüllung der anderen Wünsche sind finanzielle und vom Standpunkt Neuguineas aus volkswirtschaftliche Bedenken zu erheben. Bei dem großen chinesischen Menschenüberfluß sollte es den samoanischen Pflanzern nicht schwer fallen bei entsprechender Behandlung der Arbeiter genügend Kräfte zu bekommen und wirklich unbrauchbare Elemente leicht wieder abzustößen.

×  
Kanada

Die jetzt veröffentlichten Einzelheiten über die Ergebnisse des kanadischen Zensus von 1911 beweisen auch zahlenmäßig den Fortschritt der westkanadischen Siedlung. Obwohl sich seit 1901 Industrie und Handel, die zur Zeit hauptsächlich noch im Osten domizilieren, ungemein stark entwickelt haben, ist doch die Bevölkerungszunahme des Westens bedeutend größer gewesen als die des Ostens. Die Ostprovinzen Quebec und Ontario sind zusammen von 3 831 845 auf 4 525 920, das heißt um 694 075 Köpfe gewachsen. Von den Westprovinzen hat Manitoba über 200 000, Saskatchewan über 400 000, Alberta über 300 000 und Britisch Kolumbien fast 214 000 Bewohner gewonnen. Insgesamt ist ihre Be-

völkerung seit 1901 von 598 169 auf 1 715 189 Köpfe gestiegen. Für den äußersten Osten hat die Zählung nur eine geringe Zunahme (Neubraunschweig und Neuschottland), für die Prinz Eduards-Insel, Yukon und die Nordwestterritorien sogar eine Abnahme ergeben. Die kanadische Gesamtbevölkerung ist von 5 371 315 auf 7 204 527 gewachsen.

× **Kurze Chronik** Die s a m o a n i s c h e Volkszählung vom 2. Oktober 1911 hat eine eingeborene Bevölkerung von 33 554 Köpfen gegen 33 478 vom 1. Oktober 1906 ergeben. Die Mischlingsbevölkerung wird alljährlich gezählt und war am 1. Januar 1911 auf 1009 angewachsen. × Das *Deutsche Kolonialblatt* berichtet über günstige Ergebnisse der Viehzucht in der Sennerei Buea am Kamerungebirge. Allgäuer Rinder haben sich sowohl in Reinzucht wie in Kreuzung mit den einheimischen Buckelrindern gut entwickelt. Bei der geringen Ausdehnung des Zuchtgebiets kommt das Kamerungebirge freilich in erster Linie als Akklimatisationsgebiet und Zwischenetappe für die Hebung der sehr aussichtsreichen Viehzucht im innern Hochland in Frage. × In Südwestafrika ist am 3. März die Nord-südbahn in voller Länge dem Verkehr übergeben worden. Damit sind das nördliche und das südliche Eisenbahnsystem aneinandergeschlossen, und der wirtschaftlichen Entwicklung des großen Gebiets zwischen Windhuk und Keetmanshoop stehen keine wesentlichen Verkehrshemmnisse mehr im Weg. × Die Ausfuhr aus Südnigeria hat im Jahr 1910 um mehr als 1,1 Millionen Pfund Sterling, von 4,11 auf 5,29 Millionen, zugenommen. Baumwolle und Mais hatten ähnlich wie aus Togo einen Rückgang, dagegen sind Palmfrüchte, Kautschuk und Kakao bedeutend gestiegen. × Die belgische Regierung hat mit der *Société Générale* eine Vereinbarung geschlossen, wodurch diese Großbank verpflichtet wird die Vorstudien für eine Eisenbahnverbindung von Kasai-Sankuru nach Katanga zu machen.

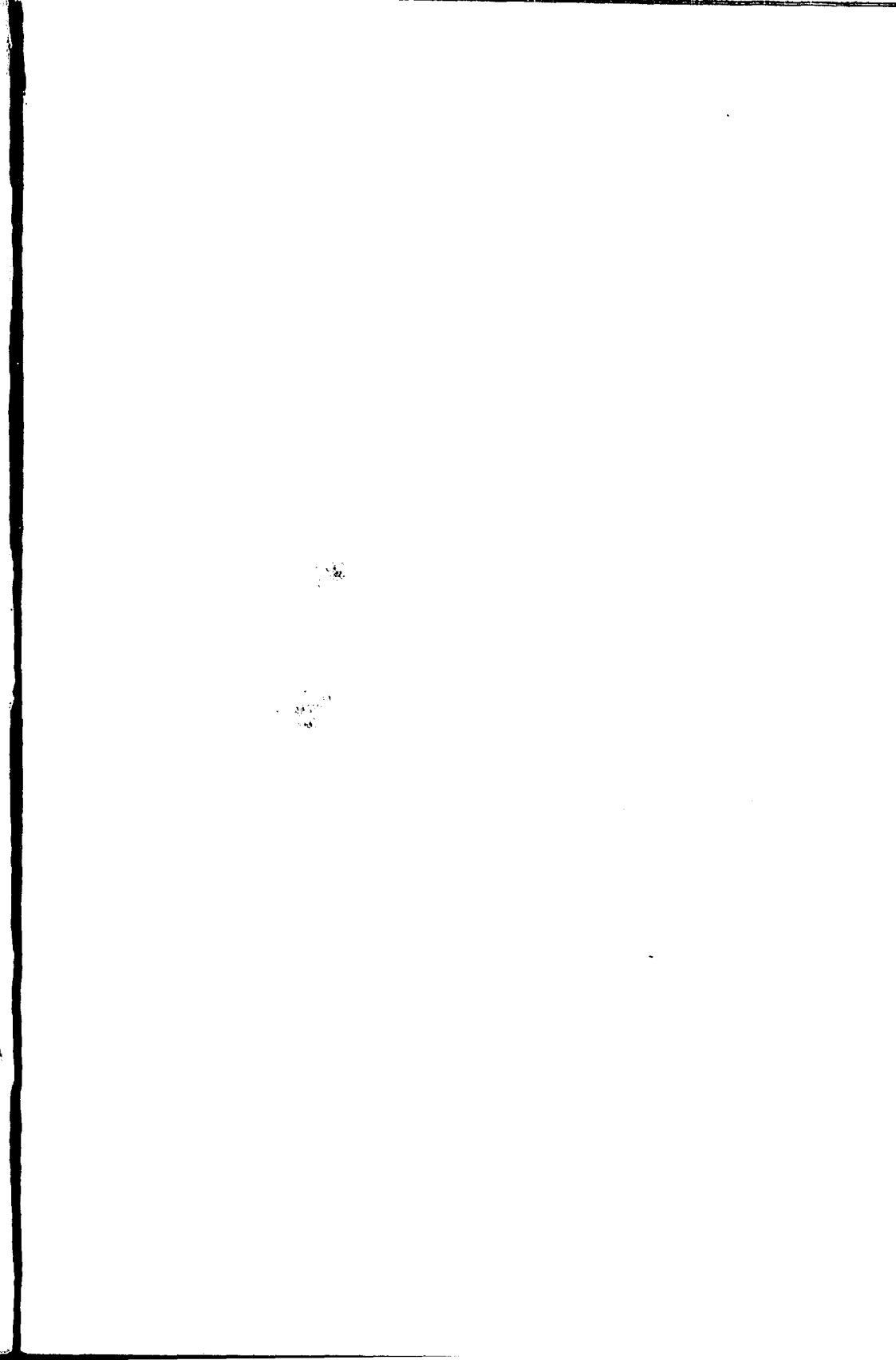
## DIVERSA

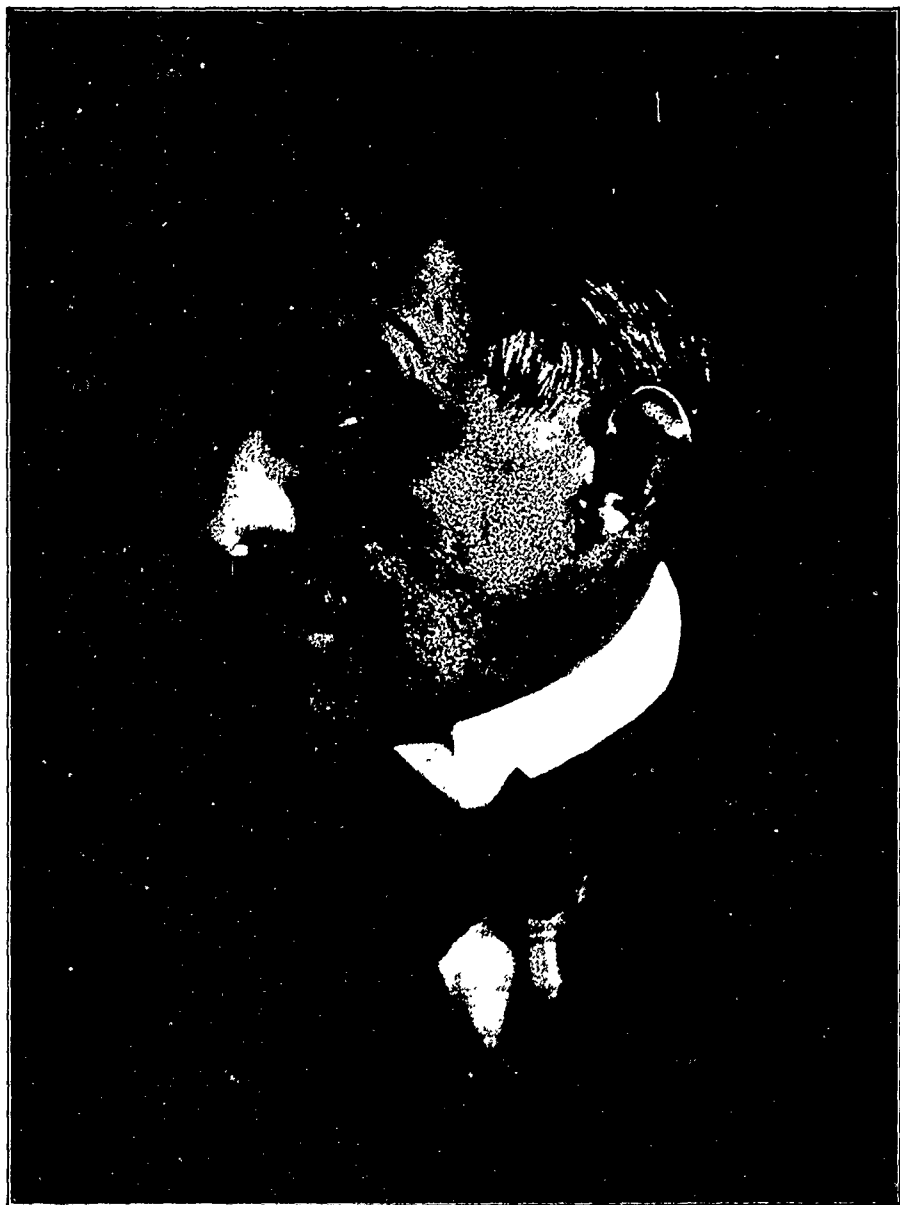
### Notizen

**Ware Arbeitskraft** Die Rubrik *Sozialwissenschaften der Sozialistischen Monatshefte* enthält in diesem Band, pag. 387 ff., eine Notiz über

mein Buch *Probleme der Volkswirtschaft*, in der eine Stelle des Buches folgendermaßen zitiert wird: »Der Arbeiter produziert nach Marx nicht beliebige Arbeitsprodukte sondern nur Arbeitskraft für den Verkauf. Nicht während er arbeitet, sondern während er Güter verzehrt (ißt, trinkt, schläft) und erhält usw., ist er Warenproduzent, nämlich Produzent der Arbeitskraft.« Diese Stelle, in der zusammenfassend gezeigt wird, zu welchen absurden Konsequenzen die Theorie von der Produktion der Ware Arbeitskraft führt, ist leider falsch wiedergegeben worden. Der zweite Satz hat in Wirklichkeit folgenden Wortlaut: »Nicht während er arbeitet, sondern während er Güter verzehrt (ißt, trinkt, schläft, sich unterhält usw.), ist er Warenproduzent, nämlich Produzent von Arbeitskraft.« Daß man bei Annahme der erwähnten Theorie zu diesem Satz gelangen muß, läßt sich leicht erweisen. Die gegenwärtige Volkswirtschaft charakterisiert sich nach Marx vor allem dadurch, daß die Gesellschaftsmitglieder nicht unmittelbar Güter für den eigenen Bedarf sondern Waren für den Markt produzieren. Die vom Arbeiter zum Verkauf angebotene Ware ist nach Marx seine Arbeitskraft. »Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andern Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit.« (Marx *Das Kapital*, 1. Band, 4. Auflage /Hamburg 1890/, pag. 133) Worin besteht nun die Produktion der Ware Arbeitskraft? »Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eigenen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln.« (Marx, loc. cit., pag. 133) Der Arbeiter produziert demnach Arbeitskraft, indem er Lebensmittel konsumiert. Seine Konsumtion ist Produktion, nämlich Produktion der eigenen Persönlichkeit respektive der Arbeitskraft. »Das Produkt der individuellen Konsumtion ist daher der Konsument selbst.« (Marx, loc. cit., pag. 146) »Daß in der Nahrung zum Beispiel, einer Form der Konsumtion, der Mensch seinen eigenen Leib produziert, ist klar; es gilt dies aber von jeder andern Art der Konsumtion, die in einer oder der andern Art den Menschen nach einer Seite hin produziert.« (Marx *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, 2. Neuausgabe /Stuttgart 1907/, pag. XXII)

GEORG HANISCH





**HERMAN BANG / LETZTE AUFNAHME  
1907**